

VERKAUFSPROSPEKT



Deutsche Bank AG

Bis zu 5 000 000 Gold X-pert Zertifikate™
bezogen auf eine Feinunze Gold (31,1035 g)
Emitteert im Rahmen des *Xavex*™-Programms

Ausgabepreis: wird am Ausgabedatum festgelegt

ISIN: DE0007223737

Die Deutsche Bank AG (die "**Emittentin**") ist eine Gesellschaft nach deutschem Recht.

Die Emittentin kann im Rahmen ihres Xavex-Programms (das "**Programm**") bestimmte Wertpapiere begeben, die sich auf Aktien und/oder Indizes und/oder Schuldverschreibungen und/oder Waren und/oder Devisen beziehen. Die Emittentin hat beschlossen, bis zu 5 000 000 Gold X-pert Zertifikate™ (die "**Wertpapiere**" oder "**X-pert Certificates**") zu den in Kapitel I dieses Prospekts beschriebenen Produktbedingungen (die "**Produktbedingungen**") und den in Kapitel II dieses Prospekts beschriebenen allgemeinen Emissionsbedingungen (die "**Allgemeinen Emissionsbedingungen**"), zusammen mit den Produktbedingungen die "**Bedingungen**" genannt) zu begeben. Verweise auf den Begriff "**Ware**" sind als Verweise auf eine Feinunze Gold (31,1035 g) zu verstehen.

Nach Maßgabe der Nr. 8 der Allgemeinen Emissionsbedingungen hat die Emittentin das Recht auf Ersetzung der Emittentin und das Recht, die Geschäftsstelle, über die sie tätig ist, zu wechseln.

Es ist beantragt worden, die Wertpapiere zur amtlichen Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse zuzulassen. Zur Erfüllung der Rechtsvorschriften für das Angebot und/oder die Notierung der Wertpapiere außerhalb Deutschlands können diesem Prospekt ein oder mehrere Länderanhänge beigefügt sein (jeweils ein "**Länderanhang**"). Die Beifügung eines oder mehrerer Länderanhänge schließt die Beifügung weiterer Länderanhänge zur gegebenen Zeit nicht aus. Verweise auf "**diesen Prospekt**" beziehen jeden zur gegebenen Zeit beigefügten Länderanhang mit ein, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt.

Die Wertpapiere werden durch eine separate Globalurkunde (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die von der Emittentin bei der Clearstream Banking AG am Tag der Ausgabe der Wertpapiere hinterlegt wird. Effektive Stücke werden nicht ausgegeben.

Die Wertpapiere können von der Emittentin im Falle einer Börsennotierung unter Beachtung der entsprechenden Regeln der jeweiligen Börse zu den von ihr festgelegten Zeiten und Preisen verkauft werden. Die Emittentin ist nicht zum Verkauf sämtlicher Wertpapiere verpflichtet. Die Wertpapiere können zur jeweils gegebenen Zeit nach Wahl der Emittentin in einem oder mehreren Geschäften, im außerbörslichen Markt oder anderweitig zum geltenden Marktpreis oder zu im Einzelfall verhandelten Konditionen angeboten und verkauft werden.

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich über die Art der Wertpapiere und das Ausmaß der mit einer Anlage in den Wertpapieren verbundenen Risiken in vollem Umfang Klarheit verschaffen und die Eignung einer solchen Anlage jeweils mit Rücksicht auf ihre eigenen finanziellen, steuerlichen und sonstigen Verhältnisse bewerten. Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten die "Allgemeinen Risikofaktoren" in Kapitel II dieses Prospekts zur Kenntnis nehmen. Die Wertpapiere stellen nicht nachrangige, unbesicherte vertragliche Verpflichtungen der Emittentin dar, die untereinander in jeder Beziehung gleichrangig sind.

Die Wertpapiere sind nicht nach dem United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung registriert, und der Handel in den Wertpapieren wurde nicht von der United States Commodity Futures Trading Commission und nicht nach dem United States Commodity Exchange Act in der geltenden Fassung genehmigt. Eine Beschreibung bestimmter Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen findet sich in dem Abschnitt "Allgemeine Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen" in Kapitel II dieses Prospekts.

Das Datum des Unvollständigen Verkaufsprospekts ist der 25. Januar 2002. Er enthält Informationen über verschiedene Arten von Finanzinstrumenten, die im Rahmen des Programms begeben werden können. Dieser Prospekt stellt, jedoch ausschließlich mit Bezug auf die Wertpapiere, eine vervollständigte Fassung des Unvollständigen Verkaufsprospekts dar und datiert vom 29. Januar 2002.

™ Es wurde beim Deutschen Patent- und Markenamt Antrag auf Eintragung der Warenzeichen Xavex und X-pert Zertifikat gestellt.

Deutsche Bank 

WICHTIGER HINWEIS

Händler, Vertriebspersonal oder andere Personen sind nicht befugt, im Zusammenhang mit dem Angebot oder Verkauf der Wertpapiere andere als die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben zu machen oder Zusicherungen zu geben. Falls solche Angaben gemacht oder Zusicherungen gegeben wurden, können sie nicht als von der Emittentin genehmigt angesehen werden. Dieser Prospekt und etwaige sonstige Angaben über die Wertpapiere sind nicht als Grundlage einer Bonitätsprüfung oder sonstigen Bewertung gedacht und sollten nicht als Empfehlung der Emittentin an den jeweiligen Empfänger angesehen werden, die angebotenen Wertpapiere zu erwerben. Anleger, die den Kauf der Wertpapiere beabsichtigen, sollten eine eigene unabhängige Prüfung der mit einer Anlage in den Wertpapieren verbundenen Risiken vornehmen. Weder dieser Prospekt noch andere Angaben über die Wertpapiere stellen ein Angebot seitens oder im Namen der Emittentin oder anderer Personen zur Zeichnung oder zum Kauf der Wertpapiere dar.

Soweit nachstehend in Angaben zu dem Bezugsobjekt in Kapitel I nichts anderes angegeben ist, trägt die Emittentin die Verantwortung für die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben. Diese entsprechen nach bestem Wissen der Emittentin den Tatsachen und lassen nichts aus, was dazu geeignet ist, die Bedeutung dieser Angaben erheblich zu beeinflussen (und die Emittentin hat dies mit der gebotenen Sorgfalt überprüft).

Die Aushändigung dieses Prospekts bedeutet nicht, daß die darin enthaltenen Angaben zu einem späterem Zeitpunkt als dem Datum dieses Prospekts zutreffend sind oder daß etwaige sonstige Angaben über die Wertpapiere zu einem späteren als dem Zeitpunkt zutreffend sind, der in dem Schriftstück, das diese Angaben enthält, genannt wird.

Die Verbreitung dieses Prospekts und das Angebot der Wertpapiere können in bestimmten Ländern gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin gibt keine Zusicherung über die Rechtmäßigkeit der Verbreitung dieses Prospekts oder des Angebots der Wertpapiere in irgendeinem Land nach den dort geltenden Registrierungs- und sonstigen Bestimmungen oder geltenden Ausnahmeregelungen und übernimmt keine Verantwortung dafür, daß eine Verbreitung des Prospekts oder ein Angebot ermöglicht werden. In keinem Land dürfen demgemäß die Wertpapiere direkt oder indirekt angeboten oder verkauft oder der Prospekt, irgendwelche Werbung oder sonstige Verkaufsunterlagen verbreitet oder veröffentlicht werden, es sei denn in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden rechtlichen Vorschriften. Personen, die im Besitz dieses Prospekts sind, müssen sich über die geltenden Beschränkungen informieren und diese einhalten. Ergänzend wird auf die Abschnitte „Allgemeine Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen“ in Kapitel II und die Zusatzinformationen in Kapitel IV dieses Prospekts sowie etwaige Länderanhänge verwiesen.

Der nachstehende Abschnitt ist ein kurzer Auszug aus den in Abschnitt I beschriebenen Produktbedingungen. Er stellt keine vollständige Beschreibung der Wertpapiere dar, unterliegt den Produktbedingungen und den Allgemeinen Emissionsbedingungen und ist in Verbindung mit diesen zu lesen.

**Bis zu 5.000.000 Gold X-pert Certificates
bezogen auf eine Feinunze Gold (31,1035 g)**

Emittentin:	Deutsche Bank AG
Anzahl der Zertifikate:	Bis zu 5.000.000 Gold X-pert Certificates
Ware:	Feinunze Gold (31,1035 g)
Bezugswährung	USD
Ausgabepreis:	Wird am Ausgabedatum festgelegt
Ausgabedatum:	30. Januar 2002
Multiplikator:	0,1, vorbehaltlich Anpassungen nach Nr. 4.4 der Produktbedingungen
Ausubungstage:	Jeweils der letzte Geschäftstag im Januar, April, Juli und Oktober während der Ausübungsperiode
Ausübungsperiode:	Der mit dem 15. Februar 2002 beginnende und diesen Tag einschließende Zeitraum
Endgültiger Ausübungstag:	der Ausübungstag, der dem Tilgungstag unmittelbar vorausgeht, ausschließlich des Tilgungstags selbst
Ausübungsreferenzkurs:	vorbehaltlich einer Anpassung gemäß Nr. 4 der Produktbedingungen, ein (als Geldgegenwert in der Bezugswährung zu betrachtender) Betrag in Höhe des Vormittags-Fixing-Preises der Ware, der am betreffenden Bewertungstag an der Börse notiert wird, ungeachtet später veröffentlichter Korrekturen, umgerechnet in die Abwicklungswährung zum Wechselkurs, wie jeweils von der Berechnungsstelle festgestellt
Abwicklung:	Bar
Abwicklungstag:	Der fünfte Geschäftstag nach dem betreffenden Bewertungstag
Bewertungstag:	Der jeweilige Ausübungstag, oder wenn er kein Geschäftstag ist, der erste Geschäftstag danach
Abwicklungswährung:	Euro
Barausgleichsbetrag:	Barausgleichsbetrag = Ausübungsreferenzkurs x Multiplikator
Mindestausubungsbetrag:	1 Wertpapier
Tilgungs-Barausgleichsbetrag:	Tilgungs-Barausgleichsbetrag = Tilgungs-Referenzkurs x Multiplikator
Berechnungsstelle:	Deutsche Bank AG
Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle:	Deutsche Bank AG
WKN:	722373
ISIN Kennzahl:	DE0007223737
Common Code:	Xxxxxxxxxx
Valoren:	1367680

INHALT

	Seite	
KAPITEL I	ANGABEN ZU DEM PRODUKT	
	Produktbedingungen	I-1
	Angaben zu der Ware	I-11
KAPITEL II	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	
	Allgemeine Emissionsbedingungen	II-1
	Allgemeine Risikofaktoren	II-6
	Allgemeine Informationen zur Besteuerung	II-11
	Allgemeine Verkaufs- und Übertragungs- beschränkungen	II-13
	Allgemeine Informationen über die Emittentin	II-14
KAPITEL III	AKTUELLE GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN	III-1
KAPITEL IV	ZUSATZINFORMATIONEN	IV-1

KAPITEL I: ANGABEN ZU DEM PRODUKT

PRODUKTBEDINGUNGEN

ANGABEN ZU DER WARE

Diese Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind im Zusammenhang mit den und vorbehaltlich der in Kapitel II dieses Prospekts wiedergegebenen Allgemeinen Emissionsbedingungen zu verstehen. Die Produktbedingungen und die Allgemeinen Emissionsbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere und sind der Globalurkunde, die die Wertpapiere verbrieft, beigelegt.

PRODUKTBEDINGUNGEN

1. Definitionen

„**Abwicklungstag**“ ist der fünfte Geschäftstag nach dem betreffenden Bewertungstag;

„**Abwicklungswährung**“ ist Euro;

„**Abwicklungsmitteilung**“ ist die in Nr. 3.4. der Produktbedingungen beschriebene Mitteilung;

„**Ausübungsperiode**“ ist der mit dem 15. Februar 2002 beginnende und diesen Tag einschliessende Zeitraum;

„**Ausübungsmitteilung**“ ist die in Nr. 3.4. der Produktbedingungen als solche beschriebene Mitteilung;

„**Ausübungsreferenzkurs**“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß Nr. 4 der Produktbedingungen, ein (als Geldgegenwert in der Bezugswährung zu betrachtender) Betrag in Höhe des Vormittags-Fixing-Preises der Ware, der am betreffenden Bewertungstag an der Börse notiert wird, ungeachtet später veröffentlichter Korrekturen, umgerechnet in die Abwicklungswährung zum Wechselkurs, wie jeweils von der Berechnungsstelle festgestellt;

„**Ausübungstage**“ ist jeweils der letzte Geschäftstag im Januar, April, Juli und Oktober während der Ausübungsperiode;

„**Barausgleichsbetrag**“ ist der von der Berechnungsstelle wie folgt berechnete Betrag in der Abwicklungswährung:

$$\text{Barausgleichsbetrag} = \text{Ausübungsreferenzkurs} \times \text{Multiplikator}$$

wobei der Barausgleichsbetrag nicht unter Null liegen darf. Der Barausgleichsbetrag wird auf die nächsten zwei Dezimalstellen gerundet, wobei 0,005 abgerundet wird;

„**Bewertungstag**“ ist der Geltende Ausübungstag oder, falls dieser Tag kein Handelstag ist, der erste darauffolgende Handelstag, wenn nicht nach Auffassung der Berechnungsstelle an diesem Tag eine Marktstörung eingetreten ist. Liegt an diesem Tag eine Marktstörung vor, ist der Bewertungstag der darauffolgende Handelstag, an dem keine Marktstörung vorliegt, es sei denn, es tritt an jedem der fünf Handelstage unmittelbar nach dem ursprünglichen Tag, der (ohne eine Marktstörung) der Bewertungstag gewesen wäre, eine Marktstörung ein. In diesem Fall (i) gilt der fünfte Tag als Bewertungstag (ungeachtet der Marktstörung), und (ii) bestimmt die Berechnungsstelle nach Treu und Glauben den Ausübungsreferenzkurs, indem sie den Preis der Ware unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Marktbedingungen, des letzten Handelspreises der Ware sowie weiterer ihrer Ansicht nach maßgeblicher Faktoren bestimmt.

„**Bezugswährung**“ ist USD;

„**Börse**“ ist die London Bullion Market Association oder ein Nachfolger dieser Börse oder dieses Notierungssystems; wenn jedoch die Börse die Ware nicht mehr notiert oder in sonstiger Weise einbezieht, kann die Emittentin nach eigenem Ermessen eine andere Börse oder ein anderes Notierungssystem als Börse benennen. Dies gibt die Emittentin gegebenenfalls nach Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen bekannt;

„**Clearingstelle**“ ist jeweils die Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear-Systems und Clearstream Banking, société anonyme/Clearstream Banking Aktiengesellschaft und die (oder das) etwa von der Emittentin akzeptierte(n) und den Gläubigern gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen bekanntgegebene(n) zusätzliche(n) oder andere(n) Clearingstelle(n) oder Clearingsystem(e) (jeweils eine „Clearingstelle“ und zusammen die „Clearingstellen“), wobei dieser Begriff einen Unterverwahrer einschließt, der die Globalurkunde für die Clearingstelle(n) verwahrt;

„**Emittentin**“ ist die Deutsche Bank AG;

„**Endgültiger Ausübungstag**“ ist der Ausübungstag, der dem Tilgungstag unmittelbar vorausgeht, ausschließlich des Tilgungstags selbst;

„**Geltender Ausübungstag**“ ist der in der Ausübungsmittelung als Ausübungstag bezeichnete Ausübungstag;

„**Geschäftstag**“ ist ein Tag (außer Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in London und Frankfurt am Main abwickeln und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist, sowie, sofern es um die Absicht geht, Zahlungen in Euro vorzunehmen, ein Tag, an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET) - System geöffnet ist;

„**Gläubigerauslagen**“ sind sämtliche auf das jeweilige Wertpapier anfallenden Steuern, Abgaben und/oder Kosten, einschließlich gegebenenfalls anfallender Depotgebühren, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempelsteuern, Wertpapierumsatzsteuer, Emissions-, Zulassungs-, Verkehrs- und/oder sonstiger Steuern oder Abgaben in Verbindung mit (i) der Ausübung oder dem Rückzahlung des jeweiligen Wertpapiers und /oder (ii) jeglichen Zahlungen, die bei der Ausübung oder bei Rückzahlung oder anderweitig bezüglich des jeweiligen Wertpapiers fällig werden;

„**Globalurkunde**“ hat die in Nr. 2 der Produktbedingungen angegebene Bedeutung;

„**Handelstag**“ ist jeder Handelstag an allen Börsen (oder ein Tag, der ein solcher Handelstag wäre, wenn keine Marktstörung eingetreten wäre), ausgenommen Tage, an denen vorgesehen ist, daß der Handel an irgendeiner der Börsen vor dem zu Werktagen üblichen Börsenschluß geschlossen wird;

„**Marktstörung**“ ist jedes Ereignis, das in Nr. 4 der Produktbedingungen als Marktstörung bezeichnet ist;

„**Multiplikator**“ ist, vorbehaltlich Anpassungen nach Nr. 4.4 der Produktbedingungen, 0,1;

„**Tilgungs-Abwicklungstag**“ ist, vorbehaltlich von Nr. 3.3 der Produktbedingungen, der fünfte Geschäftstag nach dem Tilgungs-Bewertungstag;

„**Tilgungs-Barausgleichsbetrag**“ ist der von der Berechnungsstelle wie folgt berechnete Betrag in der Abwicklungswährung:

$$\text{Tilgungs - Barausgleichsbetrag} = \text{Tilgungs - Referenzkurs} \times \text{Multiplikator}$$

wobei der Barausgleichsbetrag nicht unter Null liegen darf. Der Barausgleichsbetrag wird auf die nächsten zwei Dezimalstellen gerundet, wobei 0,005 abgerundet wird;

„**Tilgungs-Bewertungstag**“ ist der Tilgungstag oder, wenn dieser Tag kein Handelstag ist, der erste darauffolgende Handelstag, wenn nicht nach Auffassung der Berechnungsstelle an diesem Tag eine Marktstörung eingetreten ist. Liegt an diesem Tag eine Marktstörung vor, ist der Tilgungs-Bewertungstag der erste darauffolgende Handelstag, an dem keine Marktstörung auftritt, es sei denn, es tritt an jedem der fünf Handelstage unmittelbar nach dem ursprünglichen Tag, der (ohne eine Marktstörung) der Tilgungs-Bewertungstag gewesen wäre, eine Marktstörung ein. In diesem Fall (i) gilt der fünfte Handelstag als der Tilgungs-Bewertungstag (ungeachtet der Marktstörung) und (ii) bestimmt die Berechnungsstelle nach Treu und Glauben den Tilgungs-Referenzkurs, indem sie den Preis der Ware unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Marktbedingungen, des letzten Handelspreises der Ware sowie weiterer ihrer Ansicht nach maßgeblicher Faktoren bestimmt;

„**Tilgungsperiode**“ ist der mit dem 13. Februar 2006 beginnende und diesen Tag einschliessende Zeitraum;

„**Tilgungsmitteilung**“ ist die in Nr. 3.1 der Produktbedingungen als solche beschriebene Mitteilung;

„**Tilgungs-Referenzkurs**“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß Nr. 4 der Produktbedingungen, ein (als Geldgegenwert in der Bezugswährung zu betrachtender) Betrag in Höhe des Vormittags-Fixing-Preises der Ware, der am Tilgungs-Bewertungstag an der Börse notiert wird, ungeachtet später veröffentlichter Korrekturen, umgerechnet in die Abwicklungswährung zum Wechselkurs, wie jeweils von der Berechnungsstelle festgestellt;

„**Tilgungstag**“ ist der von der Emittentin in der Tilgungsmitteilung angegebene Tag innerhalb der Tilgungsfrist, wobei dieser Tag nicht weniger als zwölf (12) Monate nach dem Tag, an dem diese Tilgungsmitteilung gemäß Nr. 4.1 der Allgemeinen Emissionsbedingungen als abgegeben gilt und der nicht mit eingerechnet wird, liegen darf. Wenn dieser Tag kein Geschäftstag ist, dann ist der Tilgungstag der unmittelbar folgende Geschäftstag;

„**Ware**“ ist eine Feinunze Gold (31,1035 g);

„**Wechselkurs**“ ist der Wechselkurs zwischen der Bezugswährung und der Abwicklungswährung (ausgedrückt als Einheiten der Bezugswährung oder Bruchteile einer solchen Einheit, die zum Kauf einer Einheit der Abwicklungswährung erforderlich sind), der ungefähr um 13:00 Uhr (MEZ) (oder sobald danach, wie nach Einschätzung der Berechnungsstelle durchführbar), je nach Fall am Bewertungstag oder am Tilgungs-Bewertungstag vorherrscht, wie ihn die Berechnungsstelle unter Bezugnahme auf Quellen, die sie vernünftigerweise als zu dieser Zeit sachgerecht bestimmt, feststellt;

„**Wertpapiere**“ sind die bis zu 5.000.000 durch die Globalurkunde verbrieften auf die Ware bezogenen Zertifikate mit Barausgleich; einzeln jeweils ein „**Wertpapier**“; und

„**Zahl- und Verwaltungsstelle**“ ist vorbehaltlich von Nr. 5 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, die Deutsche Bank AG, handelnd entweder durch ihre Hauptniederlassung in Frankfurt am Main (die „Zentrale Zahl- Verwaltungsstelle“) oder ihre Londoner Geschäftsstelle (Deutsche Bank AG London) (jeweils eine „**Zahl- und Verwaltungsstelle**“ und zusammen die „**Zahl- und Verwaltungsstellen**“).

Begriffe, die nicht in diesen Produktbedingungen definiert sind, haben die ihnen in den Allgemeinen Emissionsbedingungen zugewiesene Bedeutung.

2. Form

Die Wertpapiere werden durch eine Globalurkunde verbrieft (die „**Globalurkunde**“), die, wenn sie bei einer Clearingstelle in Deutschland verwahrt wird, entsprechend dem deutschen Recht auf den Inhaber lautet.

Die Globalurkunde wurde bei den/der Clearingstelle(n) hinterlegt. Es werden keine effektiven Stücke ausgegeben. Die Wertpapiere sind nach dem jeweils anwendbaren Recht und gegebenenfalls den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearingstelle übertragbar, in deren Unterlagen die Übertragung vermerkt wird. Wenn die Wertpapiere gemäß Nr. 5 der Produktbedingungen englischem Recht unterliegen, wird jede Person (abgesehen von einer anderen Clearingstelle), die zum fraglichen Zeitpunkt in den Aufzeichnungen der zuständigen Clearingstelle als Berechtigter eines bestimmten Nennbetrags der Wertpapiere geführt wird (in dieser Hinsicht ist jede Bescheinigung oder jedes andere Dokument, das die Clearingstelle über den dem Konto einer Person gutzuschreibenden Nennbetrag der Wertpapiere ausstellt, außer in Fällen offenkundigen Irrtums, endgültig und bindend), von der Emittentin und den Zahl- und Verwaltungsstellen für alle Zwecke als Gläubiger dieses bestimmten Nennbetrags der Wertpapiere behandelt (und der Begriff „**Gläubiger**“ und **ähnliche Begriffe** sind entsprechend zu verstehen). Wenn die Wertpapiere gemäß Nr. 5 der Produktbedingungen deutschem Recht unterliegen, sind der Begriff „**Gläubiger**“ und ähnliche Begriffe so zu verstehen, daß sie sich auf die nach deutschem Recht als Eigentümer der Wertpapiere anerkannten Personen beziehen.

3. Ausübungsrechte und Verfahren, Tilgungsrechte und Verfahren

3.1. *Ausübungsrecht und Tilgungsrecht*

Die Wertpapiere können nur an einem Ausübungstag und in der in Nr. 3.4 der Produktbedingungen angegebenen Weise ausgeübt werden. Ihre Ausübung steht unter dem Vorbehalt des Tilgungsrechts.

Die Emittentin hat das unbedingte und unwiderrufliche Recht (das "**Tilgungsrecht**"), nach Abgabe einer Tilgungsmitteilung (wie unten definiert) die Wertpapiere am Tilgungs-Abwicklungstag durch Zahlung des Tilgungs-Barausgleichsbetrags, abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen, zur Gänze, aber nicht teilweise zu tilgen, wobei die Zahlung von der Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Abwicklungsmitteilung, wie sie in Nr. 3.4 der Produktbedingungen beschrieben ist, durch den betreffenden Gläubiger abhängig ist.

"**Tilgungsmitteilung**" ist die von der Emittentin an die Gläubiger gegebene unwiderrufliche Mitteilung, daß die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausüben wird, wobei diese Mitteilung den Tilgungstag anzugeben hat.

Vorbehaltlich Nr. 3.8 der Produktbedingungen hindert die Ausübung des Tilgungsrechts durch die Emittentin die Gläubiger nicht daran, Wertpapiere an einem Ausübungstag bis einschließlich dem Endgültigen Ausübungstag auszuüben oder Wertpapiere zu verkaufen oder zu übertragen; ein solcher Verkauf oder eine solche Übertragung ist wirksam, wenn sie an irgendeinem Tag bis zum Tilgungstag (diesen nicht eingeschlossen) vorgenommen wird.

3.2. *Barausgleich*

Jeder Gläubiger hat das Recht, bei ordnungsgemäßer Ausübung durch den Gläubiger und vorbehaltlich eines Nachweises über Nicht-US-Eigentum, von der Emittentin am Abwicklungstag den Barausgleichsbetrag abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen zu beziehen.

Wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausübt, gibt jedes Wertpapier nach Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Abwicklungsmitteilung durch den Gläubiger und vorbehaltlich eines Nachweises über Nicht-US-Eigentum dessen Inhaber das Recht, von der Emittentin am Tilgungs-Abwicklungstag den Tilgungs-Barausgleichsbetrag abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen zu beziehen.

Wenn eine ordnungsgemäß ausgefüllte Abwicklungsmitteilung nicht in Übereinstimmung mit Nr. 3.4 der Produktbedingungen vorgelegt wird, wird der Tilgungs-Barausgleichsbetrag, abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen, vorbehaltlich des unten Bestimmten so bald wie möglich nach dem ursprünglichen Tilgungs-Abwicklungstag gezahlt (dieser Zahlungstag gilt für diese Wertpapiere als der Tilgungs-Abwicklungstag). **Wenn eine Abwicklungsmitteilung für ein Wertpapier nicht am dreizehnten Kalendertag nach dem Tilgungstag um oder vor 10.00 Uhr (MEZ) in der in Nr. 3.4 der Produktbedingungen angegebenen Weise vorgelegt wird, erlöschen die Verpflichtungen der Emittentin in bezug auf diese Wertpapiere.**

Zur Klarstellung: Wenn entweder (i) die Zahlung des Tilgungs-Barausgleichsbetrags in der oben vorgeschriebenen Weise nach dem ursprünglichen Tilgungs-Abwicklungstag erfolgt oder (ii) die Verpflichtungen der Emittentin in der oben vorgeschriebenen Weise erlöschen, haben die betreffenden Gläubiger gegen die Emittentin keine Zahlungsansprüche, weder für Zinsen noch sonstigen Inhalts.

3.3. *Allgemeines*

Außer bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz sind weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder die Zahl- und Verwaltungsstelle für Fehler oder Versäumnisse bei der Berechnung von Barausgleichbeträgen oder Tilgungs-Barausgleichbeträgen verantwortlich.

3.4. *Ausübungs- und Abwicklungsmitteilung*

Wertpapiere können nur durch Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Ausübungsmitteilung an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle mit einer Kopie an die Clearingstelle am Geltenden Ausübungstag um oder vor 10.00 Uhr MEZ ausgeübt werden. Wenn eine Ausübungsmitteilung nach diesem Zeitpunkt vorgelegt wird, gilt sie als am folgenden Ausübungstag vorgelegt, und dieser Ausübungstag gilt als der Geltende Ausübungstag. Ausübungsmitteilungen, die am Endgültigen Ausübungstag nach 10.00 Uhr MEZ vorgelegt werden, sind ungültig.

Wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausübt, müssen die Gläubiger, wie in Nr. 3.2 der Produktbedingungen bestimmt, am Tilgungstag um oder vor 10.00 Uhr MEZ eine ordnungsgemäß ausgefüllte Abwicklungsmitteilung der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle und der Clearingstelle eine Kopie vorlegen, um den Tilgungs-Barausgleichsbetrag abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen zu erhalten.

Formulare für die Ausübungsmitteilung oder die Abwicklungsmitteilung sind während der üblichen Geschäftszeiten bei den angegebenen Geschäftsstellen einer jeden Zahl- und Verwaltungsstelle erhältlich.

Diese Ausübungsmitteilungen oder Abwicklungsmitteilungen müssen:

3.4.1. im Fall einer Ausübungsmitteilung die Anzahl der auszuübenden Wertpapiere und im Fall einer Abwicklungsmitteilung die Anzahl der getilgten Wertpapiere angeben;

3.4.2. im Fall einer Ausübungsmitteilung einen Ausübungstag als Geltenden Ausübungstag bezeichnen;

3.4.3. die Nummer des Kontos bei der Clearingstelle angeben, das mit den Wertpapieren belastet wird, die ausgeübt oder, im Fall einer Ausübung ihres Tilgungsrechts durch die Emittentin, getilgt werden;

3.4.4. die Clearingstelle unwiderruflich anweisen und ermächtigen, das Konto bis einschließlich zum Abwicklungstag oder dem Tilgungs-Abwicklungstag mit den Wertpapieren zu belasten;

3.4.5. das Konto bei der Clearingstelle angeben, dem der (etwaige) Barausgleichsbetrag oder der (etwaige) Tilgungs-Barausgleichsbetrags für diese Wertpapiere gutzuschreiben ist;

3.4.6. eine Verpflichtungserklärung des Gläubigers zur Zahlung sämtlicher Gläubigerauslagen enthalten, sowie eine Vollmacht an die Clearingstelle, einen Betrag in dieser Höhe von dem an den Gläubiger fälligen Barausgleichsbetrag oder Tilgungs-Barausgleichsbetrag abzuziehen und/oder ein angegebenes Konto bei der Clearingstelle zu belasten und die Gläubigerauslagen zu entrichten;

3.4.7. bestätigen, daß weder der Gläubiger noch eine Person, in deren Namen die Wertpapiere gehalten werden, eine **US-Person** ist oder in den Vereinigten Staaten ansässig ist; „US-Personen“ in diesem Zusammenhang sind (i) natürliche Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder deren Staatsbürger, (ii) Körperschaften, Personengesellschaften und sonstige rechtliche Einheiten, die in oder nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder deren Gebietskörperschaften errichtet sind bzw. ihre Hauptniederlassung in den Vereinigten Staaten haben, (iii) Nachlässe oder Treuhandvermögen, die unabhängig von ihrer Einkommensquelle der US-Bundeseinkommensteuer unterliegen, (iv) Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Treuhandvermögen ausüben kann und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur maßgeblichen Gestaltung aller wichtigen Beschlüsse des Treuhandvermögens befugt sind, (v) Pensionspläne für Arbeitnehmer, Geschäftsführer oder Inhaber einer Körperschaft, Personengesellschaft oder sonstigen rechtlichen Einheit im Sinne von (ii), (vi) Gesellschaften, die zum Zweck der Erzielung hauptsächlich passiver Einkünfte existierende Rechtsträger, deren Anteile zu 10 Prozent oder mehr der von den Personen im Sinne von (i) bis (v) gehalten werden, falls der Rechtsträger hauptsächlich zur Anlage durch diese Personen in einen Warenpool errichtet

wurde, deren Betreiber von bestimmten Auflagen nach Teil 4 der CFTC-Vorschriften befreit ist, weil dessen Teilnehmer keine US-Personen sind, oder (vii) sonstige „US-Personen“ im Sinne der Regulation S des United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung oder der aufgrund des United States Commodity Exchange Act geltenden Vorschriften;

3.4.8. eine Einwilligung zur Verwendung der Mitteilungen in Verwaltungsverfahren oder Prozessen enthalten.

3.5. *Überprüfung*

Der jeweilige Gläubiger muß anlässlich jeder Ausübungs- oder Abwicklungsmitteilung in einer die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle vernünftigerweise zufriedenstellenden Form nachweisen, daß er der Gläubiger der betreffenden Wertpapiere ist.

3.6. *Abwicklung*

Die Emittentin zahlt oder veranlaßt die Zahlung

3.6.1. des etwaigen Barausgleichsbetrags für jedes ordnungsgemäß ausgeübte Wertpapier auf das in der Ausübungsmitteilung genannte Konto zur Wertstellung am betreffenden Abwicklungstag abzüglich Gläubigerauslagen oder

3.6.2. des etwaigen Tilgungs-Barausgleichsbetrags für jedes Wertpapier nach Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Abwicklungsmitteilung an das in der betreffenden Abwicklungsmitteilung angegebene Konto zur Wertstellung am Tilgungs-Abwicklungstag abzüglich Gläubigerauslagen.

3.7. *Feststellungen*

Wird eine Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung nicht ordnungsgemäß ausgefüllt und vorgelegt, kann sie als unwirksam angesehen werden. Die Entscheidung über das ordnungsgemäße Ausfüllen und die Vorlage von Ausübungsmitteilungen oder Abwicklungsmitteilungen trifft die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle; sie ist endgültig und bindend für die Emittentin und den jeweiligen Gläubiger. Vorbehaltlich der nachstehenden Regelungen ist jede Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung unwirksam, wenn festgestellt wird, daß sie unvollständig ist oder nicht in ordnungsgemäßer Form vorgelegt wird oder nicht unverzüglich nach Zustellung an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle in Kopie an die Clearingstelle weitergeleitet wurde.

Wird die Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung nachträglich zur Zufriedenheit der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle korrigiert, gilt sie als eine zu dem Zeitpunkt eingegangene neue Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung, an dem der Clearingstelle die korrigierte Fassung mit Kopie an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle vorgelegt wird.

Die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle wird sich nach angemessenen Kräften bemühen, um den Gläubiger unverzüglich zu benachrichtigen, wenn sie feststellt, daß eine Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung unvollständig ist oder nicht die ordnungsgemäße Form hat. Außer bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz haften die Emittentin oder die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle niemandem für Handlungen oder Unterlassungen aus oder in Verbindung mit einer solchen Feststellung oder der Benachrichtigung eines Gläubigers über eine solche Feststellung.

3.8. *Zugang der Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung*

Der Zugang einer Ausübungsmitteilung gilt als unwiderruflich getroffene Wahl des betreffenden Gläubigers, die angegebenen Wertpapiere auszuüben. Die Vorlage einer Abwicklungsmitteilung gilt als unwiderruflich getroffene Wahl des betreffenden Gläubigers, den Tilgungs-Barausgleichsbetrag zu erhalten. Ausübungsmitteilungen oder Abwicklungsmitteilungen können nach Zugang bei der Clearingstelle, wie oben vorgesehen, nicht zurückgezogen werden. Nach Zugang einer Ausübungsmitteilung können Wertpapiere, auf die sich die Ausübungsmitteilung bezieht, nicht übertragen werden. Nach Zugang der Abwicklungsmitteilung können Wertpapiere, auf die sich diese Mitteilung bezieht, nicht übertragen oder ausgeübt werden.

3.9. *Gläubigerauslagen*

Sämtliche hinsichtlich eines Wertpapiers anfallenden Gläubigerauslagen trägt der jeweilige Gläubiger. Zahlung des Barausgleichsbetrags oder des Tilgungs-Barausgleichsbetrags erfolgt nur, wenn zuvor alle diesbezüglichen Gläubigerauslagen zur Zufriedenheit der Emittentin gezahlt wurden.

3.10. *Ausübungs- und Abwicklungsrisiko*

Die Ausübung und Abwicklung hinsichtlich der Wertpapiere unterliegt sämtlichen am jeweiligen Ausübungs-, Abwicklungs- Tilgungstag oder Tilgungs-Abwicklungstag geltenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Verfahren. Weder die Emittentin noch die Zahl- und Verwaltungsstellen haften für den Fall, daß sie aufgrund dieser Gesetze, sonstigen Vorschriften oder Verfahren trotz zumutbarer Anstrengung nicht in der Lage sein sollten, die beabsichtigten Transaktionen durchzuführen. Die Emittentin und die Zahl- und Verwaltungsstellen haften unter keinen Umständen für Handlungen oder Unterlassungen von Clearingstellen aus oder in Verbindung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Wertpapieren.

4. **Berichtigungsvorschriften**

4.1. *Marktstörungen*

Die Berechnungsstelle setzt die Gläubiger so bald wie praktikabel gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen vom Eintritt einer Marktstörung in Kenntnis.

Eine „**Marktstörung**“ liegt vor, wenn

4.1.1. an einem Handelstag innerhalb der halben Stunde, die mit dem Vormittags-Fixing an der Börse endet, (wegen Preisbewegungen, die die von der jeweiligen Börse zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels in

4.1.1.1. der Ware an der Börse; oder

4.1.1.2. Options- oder Termingeschäften auf die Ware an einer Börse, an der Options- und Termingeschäfte auf die Ware gehandelt werden,

eintritt oder vorliegt, wenn die Aussetzung oder Beschränkung nach Feststellung der Berechnungsstelle wesentlich ist oder

4.1.2. ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte in dem Land verhängt wird, in dem eine Börse ihren Sitz hat.

Beschränkungen der Börsenzeiten und -tage stellen keine Marktstörung im Sinne dieser Definition dar, wenn sie sich aus einer angekündigten Änderung der üblichen Geschäftszeiten der Börse ergeben. Eine im Verlauf des Tages auferlegte Beschränkung des Handels wegen Preisschwankungen, die die von der betreffenden Börse zugelassenen Grenzen überschreiten, kann jedoch nach Feststellung der Berechnungsstelle eine Marktstörung darstellen.

4.2. *Potentielle Anpassungsereignisse*

Nach Eintritt eines Potentiellen Anpassungsereignisses legt die Berechnungsstelle fest, ob das betreffende Potentielle Anpassungsereignis eine Auswirkung auf den Wert der Ware hat und, falls dies der Fall sein sollte, (1) paßt sie gegebenenfalls eine oder mehrere Bedingungen an, so wie es nach ihrer Auffassung sachgerecht ist, um der betreffenden Auswirkung Rechnung zu tragen, und (2) legt sie den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Anpassung fest. Die Berechnungsstelle kann (muß jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die eine Terminbörse aus Anlaß des betreffenden Potentiellen Anpassungsereignisses bei den an dieser gehandelten Optionen auf die Ware vornimmt.

Nach Vornahme der Anpassungen teilt die Berechnungsstelle den Gläubigern nach Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen unter kurzer Beschreibung des Potentiellen Anpassungsereignisses so bald wie praktikabel mit, welche Anpassungen an den Bedingungen vorgenommen wurden.

„Potentielles Anpassungsereignis“ ist

4.2.1. die Ware wird an der Börse in einer anderen Qualität oder Zusammensetzung gehandelt (zum Beispiel mit einem anderen Reinheitsgrad oder einem anderen Herkunftsort);

4.2.2. jedes andere Ereignis und jede andere Maßnahme, in deren Folge die Ware, wie sie an der Börse gehandelt wird, verändert oder ersetzt wird, und das bzw. die nach Auffassung der Berechnungsstelle eine Auswirkung auf den Wert der Ware haben kann;

4.2.3. Options- und Termingeschäfte auf die Ware, die an einer Börse gehandelt werden, werden in der unter Produktbedingung 4.2.1. oder 4.2.2. beschriebenen Weise abgeändert.

4.3. *Einstellung des Börsenhandels; Anderes zur Kündigung berechtigendes Ereignis*

Wenn die Ware an keiner Börse und in keinem Notierungssystem mehr gehandelt wird

(„**Einstellung der Börsennotierung**“) oder wenn, nach Eintritt eines Potentiellen Anpassungsereignisses, eine Anpassung gemäß den Bestimmungen von Produktbedingung 4.2., nach Feststellung der Berechnungsstelle, aus irgendeinem Grunde nicht möglich ist („**Anderes zur Kündigung berechtigendes Ereignis**“), kann die Emittentin, nach ihrem Ermessen und ohne dazu verpflichtet zu sein, die Wertpapiere durch Mitteilung an die Gläubiger nach Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen kündigen. Werden die Wertpapiere derart gekündigt, zahlt die Emittentin, wenn und soweit dies nach dem jeweils anwendbaren Recht zulässig ist, an jeden Gläubiger für jedes von diesem gehaltene Wertpapier einen Betrag in Höhe des Marktwerts eines Wertpapiers, unter Berücksichtigung der Einstellung des Börsenhandels oder des Anderen zur Kündigung berechtigenden Ereignisses, abzüglich der Kosten, die der Emittentin aus der Auflösung zugrundeliegender Absicherungsmaßnahmen entstehen, jeweils nach Maßgabe der von der Berechnungsstelle getroffenen Feststellungen. Zahlungen erfolgen auf die den Gläubigern nach Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen mitgeteilte Weise.

Im Falle einer Einstellung des Börsenhandels oder eines Anderen zur Kündigung berechtigenden Ereignisses setzt die Berechnungsstelle die Gläubiger davon nach Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen so bald wie möglich in Kenntnis. Die Gläubiger sollten jedoch zur Kenntnis nehmen, daß zwangsläufig Verzögerungen zwischen dem Zeitpunkt des Eintritts eines solchen Ereignisses und dessen Bekanntgabe an die Gläubiger entstehen.

4.4. *Splits*

Die Emittentin hat das ihrem alleinigen Ermessen unterliegende Recht, die Wertpapiere jederzeit derart zu splitten, daß jeder Gläubiger, der zur Zeit dieses Splits ein Wertpapier besitzt, danach eine von der Emittentin festgelegte Anzahl von Wertpapieren besitzt. Von jedem solchen Split hat die Emittentin die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen zu unterrichten. Eine solche Mitteilung hat mindestens 10 Geschäftstage vor Ausführung des Splits zu erfolgen und das Datum dieses Splits und den im Anschluß an diesen Split angepaßten Multiplikator anzugeben. Die Emittentin hat davon auch die Clearingstellen in Kenntnis zu setzen und zu verlangen, daß sie im Anschluß an diesen Split ihre Aufzeichnungen entsprechend abändern. Eine Anpassung des Multiplikators erfolgt nur, um die wirtschaftliche Position und die Rechte der Gläubiger so zu erhalten, wie sie vor dem Split gewesen sind.

5. **Anwendbares Recht**

Die Wertpapiere unterliegen deutschem Recht und werden diesem gemäß ausgelegt.

ANGABEN ZU DER WARE

Die nachfolgenden Informationen sind Auszüge oder Zusammenfassungen von öffentlich zugänglichen Informationen. Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die Genauigkeit des Auszuges aus diesen Informationen. Die Emittentin hat die Informationen nicht eigenständig überprüft und übernimmt keine weitere oder anderweitige Verantwortung (ausdrücklich oder stillschweigend) in bezug auf die Informationen.

Historische Goldkursstände

Die nachstehende Tabelle zeigt die Spanne der Schlußstände der Feinunze Gold (31,1035 g) für den angegebenen Zeitraum.

Zeitraum	Höchststand (USD)	Datum des Höchststandes	Tiefststand (USD)	Datum des Tiefststandes
1999	325,50	05.10.1999	252,80	20.07.1999
2000	312,70	07.02.2000	263,80	27.10.2000
2001	293,25	17.09.2001	255,95	02.04.2001
Juli 2001	270,30	19.07.2001	265,10	06.07.2001
August 2001	277,45	17.08.2001	266,40	08.08.2001
September 2001	293,25	17.09.2001	271,30	05.09.2001
Oktober 2001	291,85	08.10.2001	275,50	24.10.2001
November 2001	286,60	01.11.2001	272,60	26.11.2001
Dezember 2001	278,85	18.12.2001	272,20	11.12.2001

Der Schlußstand einer Feinunze Gold betrug am 24. Januar 2002 USD 279,20.

Quelle: Bloomberg

ABSCHNITT II: ALLGEMEINE INFORMATIONEN

ALLGEMEINE EMISSIONSBEDINGUNGEN

ALLGEMEINE RISIKOFAKTOREN

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR BESTEUERUNG

ALLGEMEINE VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN

Diese Allgemeinen Emissionsbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind im Zusammenhang mit den und vorbehaltlich der in Kapitel I dieses Prospekts wiedergegebenen Produktbedingungen zu verstehen. Die Produktbedingungen und die Allgemeinen Emissionsbedingungen bilden zusammen die Bedingungen für die Wertpapiere und sind der Globalurkunde, die die Wertpapiere verbrieft, beigelegt.

ALLGEMEINE EMISSIONSBEDINGUNGEN

1. Status der Wertpapiere

Die Wertpapiere sind nicht nachrangige und unbesicherte vertragliche Verpflichtungen der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind.

2. Vorzeitige außerordentliche Kündigung, Rechtswidrigkeit und höhere Gewalt

Stellt die Emittentin fest, daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Wertpapiere ganz oder teilweise aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist oder daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Beibehaltung ihrer Absicherungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wertpapiere aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist, ist die Emittentin berechtigt, nach eigenem Ermessen und ohne dazu verpflichtet zu sein die Wertpapiere vorzeitig zu kündigen, indem sie die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen davon in Kenntnis setzt.

Sollte eine Bestimmung oder sollten mehrere Bestimmungen der Bedingungen unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der restlichen Bestimmungen davon unberührt.

Werden die Wertpapiere durch die Emittentin vorzeitig gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach dem jeweils geltenden Recht zulässig, jedem Gläubiger für jedes von ihm gehaltene Wertpapier einen Betrag in Höhe des Marktpreises des Wertpapiers, ungeachtet dieser Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit, abzüglich der Kosten der Emittentin für die Auflösung etwaiger zugrundeliegender Absicherungsmaßnahmen; alles Vorstehende wird durch die Berechnungsstelle nach freiem Ermessen festgestellt. Die Zahlungen erfolgen in der den Gläubigern mitgeteilten Weise gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen.

3. Erwerb von Wertpapieren

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben. Alle derart erworbenen Wertpapiere können gehalten, weiterverkauft oder zur Vernichtung eingereicht werden.

4. Mitteilungen

4.1. Wirksamkeit

Mitteilungen an die Gläubiger sind wirksam, wenn sie der/den Clearingstelle(n) zur Benachrichtigung der Gläubiger zugehen; solange die Wertpapiere jedoch in einem Land an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, sind Mitteilungen an die Gläubiger nach den Vorschriften der betreffenden Börse und des betreffenden Landes zu veröffentlichen.

4.2. *Zugang*

Mitteilungen nach Nr. 4.1 werden, falls sie der/den Clearingstellen zugehen, am dritten Tag nach Zugang bei der Clearingstelle bzw. allen Clearingstellen, falls es mehrere gibt, wirksam oder, falls sie veröffentlicht werden (unabhängig davon, ob dies zusätzlich geschieht), am Tag der Veröffentlichung oder, falls sie mehr als einmal veröffentlicht werden, am Tag der ersten Veröffentlichung, oder falls die Veröffentlichung in mehr als einer Zeitung erforderlich ist, am Tag der ersten Veröffentlichung in allen erforderlichen Zeitungen.

5. **Zahl- und Verwaltungsstellen, Berechnungsstelle, Festsetzungen und Änderungen**

5.1. *Zahl- und Verwaltungsstellen*

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Benennung der Zahl- und Verwaltungsstellen zu ändern oder zu kündigen sowie zusätzliche Zahl- und Verwaltungsstellen zu ernennen; diese Änderungen oder Kündigungen erfolgen unter den Voraussetzungen, daß die Änderung oder Kündigung der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle nicht wirksam wird, bevor an deren Stelle eine neue Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle ernannt wurde und, falls und soweit die Wertpapiere in einem Land an einer Börse notiert oder zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt sind, für dieses Land eine Zahl- und Verwaltungsstelle benannt ist, die gemäß den jeweiligen geltenden Gesetzen und Vorschriften der entsprechenden Börsen und des anwendbaren Rechts erforderlich ist. Nach Maßgabe von Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen erhalten die Gläubiger über Neuernennungen, Kündigung von Ernennungen oder Änderungen der genannten Niederlassungen der Zahl- und Verwaltungsstellen eine Mitteilung. Zahl- und Verwaltungsstellen handeln allein als Erfüllungsgehilfen der Emittentin und übernehmen keine Verpflichtungen oder Aufgaben gegenüber den Gläubigern und handeln nicht als Erfüllungsgehilfen oder Treuhänder für die Gläubiger. Sämtliche Berechnungen oder Festsetzungen in bezug auf die Wertpapiere, die durch eine Zahl- und Verwaltungsstelle durchgeführt oder ermittelt werden, sind (außer im Falle eines offensichtlichen Irrtums) für die Gläubiger endgültig, abschließend und bindend.

5.2. *Berechnungsstelle*

Die Emittentin übernimmt die Aufgaben der Berechnungsstelle (die „**Berechnungsstelle**“; Rechtsnachfolger sind in diesem Begriff eingeschlossen) in bezug auf die Wertpapiere, soweit die Emittentin nicht beschließt, gemäß den unten genannten Feststellungen eine andere Berechnungsstelle als Nachfolger zu ernennen.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit eine andere Stelle zur Berechnungsstelle zu ernennen. Die Kündigung der bestehenden Berechnungsstelle wird nicht wirksam, bevor an deren Stelle eine neue Berechnungsstelle ernannt wurde. Die Gläubiger werden über Kündigungen oder Ernennungen nach Maßgabe von Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen in Kenntnis gesetzt.

Die Berechnungsstelle (wenn sie nicht zugleich die Emittentin ist) handelt allein als Erfüllungsgehilfin der Emittentin und übernimmt keine Verpflichtungen oder Aufgaben gegenüber den Gläubigern und handelt nicht als Erfüllungsgehilfin oder Treuhänderin für die Gläubiger. Sämtliche

Berechnungen oder Festsetzungen in bezug auf die Wertpapiere, die durch die Berechnungsstelle durchgeführt oder ermittelt werden, sind (außer im Falle eines offensichtlichen Irrtums) für die Gläubiger endgültig, abschließend und bindend.

Die Berechnungsstelle kann mit Zustimmung der Emittentin die Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten auf Dritte übertragen, soweit sie es für angemessen hält.

5.3. *Feststellungen durch die Emittentin*

Sämtliche Feststellungen seitens der Emittentin aufgrund der Bedingungen sind (außer im Falle eines offensichtlichen Irrtums) für die Gläubiger und die Emittentin endgültig, abschließend und bindend.

5.4. *Änderungen*

Die Emittentin kann, soweit nach dem jeweils anwendbaren Recht zulässig, die Bedingungen ohne Zustimmung einzelner oder aller Gläubiger ändern, soweit ihr dies angemessen und erforderlich erscheint, um dem wirtschaftlichen Zweck der Bedingungen gerecht zu werden, falls die Änderung die Interessen der Gläubiger nicht wesentlich nachteilig beeinflusst oder formaler, geringfügiger oder technischer Art ist oder dazu dienen soll, einen offensichtlichen Irrtum zu berichtigen oder eine mangelhafte Bestimmung dieser Bedingungen zu heilen, zu korrigieren oder zu ergänzen. Die Gläubiger werden von solchen Änderungen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen unterrichtet; das Ausbleiben der Unterrichtung oder ihres Zugangs berührt die Wirksamkeit der Änderung jedoch nicht.

6. **Besteuerung**

Der betreffende Gläubiger hat hinsichtlich eines jeden Wertpapiers sämtliche Gläubigerauslagen nach Maßgabe der Produktbedingungen zu zahlen. Sämtliche Zahlungen oder etwaige Lieferungen im Hinblick auf die Wertpapiere unterliegen in allen Fällen den jeweils geltenden Steuergesetzen sowie sonstigen gesetzlichen Vorschriften (einschließlich gegebenenfalls der Gesetze, die Abzüge oder Einbehalt von Steuern, Abgaben und sonstigen Gebühren vorschreiben). Nicht die Emittentin, sondern der betreffende Gläubiger ist verpflichtet, Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge oder sonstige Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigentum an von ihm gehaltenen Wertpapieren, ihrer Übertragung oder einer Zahlung und/oder Lieferung hinsichtlich dieser Wertpapiere anfallen, zu zahlen und entsprechend haftbar. Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, von den an den Gläubiger zahlbaren Beträgen oder ihm geschuldeten Lieferungen zur Begleichung von Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen den erforderlichen Betrag oder Anteil einzubehalten oder abzuziehen. Jeder Gläubiger hat die Emittentin von Verlusten, Kosten oder sonstigen Verbindlichkeiten, die ihr in Verbindung mit derartigen Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen im Hinblick auf die Wertpapiere des jeweiligen Gläubigers entstehen, freizustellen.

7. **Weitere Emissionen**

Die Emittentin behält sich vor, gegebenenfalls ohne Zustimmung einzelner oder aller Gläubiger weitere Wertpapiere zu begeben in der Weise, daß diese mit den bereits begebenen Wertpapieren zusammengefaßt werden und eine einheitliche Emission mit ihnen bilden.

8. Ersetzung

8.1. Ersetzung der Emittentin

Die Emittentin oder eine zuvor an deren Stelle gesetzte Gesellschaft kann jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger sich selbst als Hauptschuldnerin der Wertpapiere durch eine Gesellschaft (die „**Ersatzschuldnerin**“), die entweder eine Tochtergesellschaft oder ein verbundenes Unternehmen der Emittentin ist, ersetzen lassen. Die Ersetzung kann erfolgen, wenn:

- 8.1.1. die Verpflichtungen der Ersatzschuldnerin der Wertpapiere durch die Deutsche Bank AG garantiert werden (es sei denn, die Deutsche Bank AG ist selbst die Ersatzschuldnerin),
- 8.1.2. sämtliche Maßnahmen, Bedingungen und Aufgaben, die eingeleitet, erfüllt und durchgeführt werden müssen (einschließlich der Einholung erforderlicher Zustimmungen), um sicherzustellen, daß die Wertpapiere rechtmäßige, wirksame und bindende Verpflichtungen der Ersatzschuldnerin darstellen, eingeleitet, erfüllt und vollzogen worden sind und uneingeschränkt rechtsgültig und wirksam sind,
- 8.1.3. mindestens 30 Tage vor der beabsichtigten Ersetzung eine Mitteilung an die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen erfolgte.

Alle in den Bedingungen enthaltenen Verweise auf die Emittentin beziehen sich im Falle einer Ersetzung der Emittentin auf die Ersatzschuldnerin.

8.2. Ersetzung der Geschäftsstelle

Die Emittentin ist berechtigt, die Geschäftsstelle zu ändern, über die sie in bezug auf die Wertpapiere tätig ist, indem sie die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen über diese Änderung und deren Zeitpunkt benachrichtigt. Die Niederlassung kann nicht vor dieser Benachrichtigung geändert werden.

9. Ersatz von Wertpapieren und Zinsscheinen

Bei Verlust, Diebstahl, Beschädigung, Verunstaltung oder Vernichtung eines Wertpapiers kann dieses durch die angegebene Geschäftsstelle der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle (bzw. durch eine andere Stelle, die den Gläubigern gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen angezeigt wurde) ersetzt werden; der Ersatz erfolgt gegen Übernahme der daraus entstehenden Kosten durch den Anspruchsteller zu von der Emittentin festgelegten angemessenen Bedingungen betreffend Nachweise und Schadloshaltung. Beschädigte oder verunstaltete Wertpapiere werden nur gegen Einreichung der beschädigten oder verunstalteten Exemplare ersetzt.

10. Anpassungen aufgrund der Europäischen Währungsunion

10.1. Umstellung

Die Emittentin hat die Wahl, ohne Zustimmung der Gläubiger durch Mitteilung an diese gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, bestimmte Merkmale der Wertpapiere mit Wirkung von dem in der Mitteilung angegebenen Anpassungstag an auf Euro umzustellen.

Diese Wahl hat folgende Auswirkungen:

10.1.1. Ist die Abwicklungswährung die Nationale Währungseinheit eines Landes, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beteiligt ist, unabhängig davon, ob ab 1999 oder später, gilt die Abwicklungswährung als ein Betrag in Euro, der aus der ursprünglichen Abwicklungswährung zum festgesetzten Kurs in Euro umgetauscht wurde. Dies gilt vorbehaltlich etwaiger von der Emittentin festgesetzt und in der Mitteilung an die Gläubiger angegebenen Rundungsvorschriften. Nach dem Anpassungstag erfolgen sämtliche Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere in Euro, als ob in ihnen der Euro als Abwicklungswährung genannt wäre.

10.1.2. Ist in den Bedingungen ein Wechselkurs angegeben oder gibt eine Bedingung eine Währung (die „**Originalwährung**“) eines Landes an, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beteiligt ist, unabhängig davon, ob ab 1999 oder später, gelten der angegebene Wechselkurs und/oder sonstige Währungsangaben in den Bedingungen als Angabe in Euro, oder, soweit ein Wechselkurs angegeben ist, als Kurs für den Umtausch in oder aus Euro unter Zugrundelegung des Festgesetzten Kurses.

10.1.3. Die Emittentin kann weitere Änderungen an den Bedingungen vornehmen, um diese den dann gültigen Gepflogenheiten anzupassen, die für Instrumente mit Währungsangaben in Euro gelten.

10.2. *Anpassung der Bedingungen*

Die Emittentin kann ferner, ohne Zustimmung der Gläubiger durch Mitteilung an diese gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, solche Anpassungen der Bedingungen vornehmen, die sie nach ihrem Ermessen für angebracht hält, um den Auswirkungen der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gemäß dem Abkommen auf die Bedingungen Rechnung zu tragen.

10.3. *Kosten der Euro-Umrechnung etc.*

Ungeachtet der Nr. 10.1. und/oder 10.2. der Bedingungen haften die Emittentin, die Berechnungsstelle und die Zahl- und Verwaltungsstellen weder gegenüber den Gläubigern noch gegenüber sonstigen Personen für Provisionen, Kosten, Verluste oder Ausgaben, die aus oder in Verbindung mit der Überweisung von Euro oder einer damit zusammenhängenden Währungsumrechnung oder Rundung von Beträgen entstehen.

10.4. *Definitionen*

In dieser Allgemeinen Emissionsbedingung gelten die folgenden Definitionen:

„**Abkommen**“ ist der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft;

„**Anpassungstag**“ ist ein durch die Emittentin in der Mitteilung an die Gläubiger gemäß dieser Bedingung angegebener Tag, der, falls die Währung diejenige eines Landes ist, das nicht von Anfang an an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnimmt, auf oder nach den Beginn der Teilnahme dieses Landes an der dritten Stufe fällt;

„**Festgesetzter Kurs**“ ist der Wechselkurs der Originalwährung (gemäß den Vorschriften zur Rundung nach geltenden EU-Bestimmungen) in Euro, der durch den Rat der Europäischen Union nach Maßgabe des ersten Satzes von

Artikel 123 Absatz 4 (vormals Artikel 109 I (4)) des Abkommens festgesetzt worden ist;

„**Nationale Währungseinheit**“ ist die Währungseinheit eines Landes, entsprechend der Definition der Währungseinheiten am Tag vor Eintritt in die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion oder, in Verbindung mit der Erweiterung dieser dritten Stufe, oder eines Landes, das nicht von Anfang an dieser dritten Stufe beteiligt ist.

11. Definitionen

Begriffe, die nicht in diesen Allgemeinen Emissionsbedingungen definiert sind, haben die ihnen in den Produktbedingungen zugewiesene Bedeutung.

ALLGEMEINE RISIKOFAKTOREN

Die nachstehenden Erläuterungen sind allgemeiner Natur; sie beschreiben verschiedene Risikofaktoren, die mit der Anlage in Wertpapieren, die im Rahmen des Programms begeben werden, verbunden sind. Welche Faktoren einen Einfluß auf die Wertpapiere der in diesem Prospekt beschriebenen Emission haben können, hängt von verschiedenen miteinander verbundenen Faktoren ab, insbesondere der Art der Wertpapiere und des Bezugsobjekts.

Eine Anlage in den Wertpapieren sollte erst erfolgen, nachdem alle für die jeweiligen Wertpapiere relevanten Faktoren zur Kenntnis genommen und sorgfältig geprüft wurden.

Hier verwendete Angaben und Begriffe folgen den in den Bedingungen gegebenen Definitionen.

1. Einführung

Eine Anlage in den Wertpapieren unterliegt bestimmten Risiken. Diese Risiken können unter anderem aus Risiken aus dem Aktienmarkt, Rentenmarkt, Devisenmarkt, Zinssätzen, Marktvolatilität und politischen Risikofaktoren bestehen, sowohl einzeln als auch als Kombination dieser und anderer Risikofaktoren. Einige dieser Risikofaktoren werden nachstehend kurz umrissen. Potentielle Erwerber sollten Erfahrung im Hinblick auf Geschäfte mit Instrumenten wie den Wertpapieren oder dem Bezugsobjekt haben. Sie sollten die Risiken, die mit der Anlage in den Wertpapieren verbunden sind, verstehen und vor einer Anlageentscheidung zusammen mit ihren Rechts-, Steuer-, Finanz- und sonstigen Beratern folgende Punkte eingehend prüfen: (i) die Eignung einer Anlage in den Wertpapieren in Anbetracht ihrer eigenen besonderen Finanz-, Steuer- und sonstigen Situation, (ii) die Angaben in diesem Dokument und (iii) das Bezugsobjekt.

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich darüber im klaren sein, daß die Wertpapiere an Wert verlieren können und auch mit einem Totalverlust der Anlage in den Wertpapieren gerechnet werden muß. Je kürzer die Restlaufzeit eines Wertpapiers ist, desto höher ist das Risiko eines Wertverlustes des Wertpapiers. Selbst bei Wertpapieren, die eine Art „garantierte Rendite“ oder eine „Geld-zurück-Garantie“ enthalten, kann die garantierte Rendite oder der zurückgezahlte Garantiebetrug unter dem Betrag liegen, den der Erwerber bei Erwerb des Wertpapiers angelegt hat. Eine Anlage in den Wertpapieren sollte erst nach einer Abschätzung des Verlaufs, des Eintritts und der Tragweite potentieller künftiger Wertentwicklungen des Bezugsobjekts erfolgen, da die Rendite aus der jeweiligen Anlage unter anderem von Schwankungen der genannten Art abhängt. Mehrere Risikofaktoren können den Wert der Wertpapiere gleichzeitig beeinflussen; daher läßt sich die Auswirkung eines einzelnen Risikofaktors nicht vorausbestimmen. Zudem können mehrere Risikofaktoren auf bestimmte Art und Weise zusammenwirken, so daß sich deren gemeinsame Auswirkung auf die Wertpapiere ebenfalls nicht vorherbestimmen läßt. Über die Auswirkungen einer Kombination von Risikofaktoren auf den Wert der Wertpapiere lassen sich keine verbindlichen Aussagen treffen.

2. Marktfaktoren

2.1. *Bewertung des Bezugsobjekts*

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich bewußt sein, daß eine Anlage in den Wertpapieren mit einem Bewertungsrisiko im Hinblick auf das

Bezugsobjekt verbunden ist. Sie sollten Erfahrung mit Geschäften über Wertpapiere haben, deren Wert von dem Bezugsobjekt abgeleitet wird.

Der Wert des Bezugsobjekts kann zeitlichen Schwankungen unterworfen sein; diese Wertschwankungen sind von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, wie z. B. Tätigkeiten des Unternehmens, volkswirtschaftlichen Faktoren und Spekulationen. Besteht das Bezugsobjekt aus einem Korb verschiedener Objekte, können Schwankungen im Wert eines enthaltenen Objektes durch Schwankungen im Wert der anderen enthaltenen Objekte ausgeglichen oder verstärkt werden.

2.2. *Wechselkurse*

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich darüber im klaren sein, daß mit der Anlage in den Wertpapieren Risiken aufgrund von schwankenden Wechselkursen verbunden sein können. Beispielsweise (i) kann das Bezugsobjekt auf eine andere Währung lauten als die Abwicklungswährung der Wertpapiere; (ii) können die Wertpapiere auf eine Währung lauten, die nicht die Heimatwährung des Erwerbers ist und/oder (iii) können die Wertpapiere auf eine andere Währung lauten als diejenige, in der ein Erwerber Zahlungen zu erhalten wünscht.

Wechselkurse zwischen Währungen werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Devisenmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen (einschließlich Devisenkontrollen und -beschränkungen) beeinflußt werden. Schwankende Wechselkurse können den Wert der Wertpapiere beeinflussen.

2.3. *Zinssatz*

Potentielle Erwerber von Wertpapieren sollten sich darüber im klaren sein, daß mit der Anlage in den Wertpapieren Zinsrisiken aufgrund von Währungsschwankungen bei der Währung, auf die das Bezugsobjekt und/oder die Wertpapiere lauten.

Zinssätze werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Geldmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen beeinflußt werden. Schwankungen in kurzfristigen oder langfristigen Zinssätzen können den Wert der Wertpapiere beeinflussen. Schwankungen der Zinssätze für die Währung, auf die die Wertpapiere lauten, oder für die Währung(en), auf die die Bezugsobjekte lauten, können ebenfalls den Wert der Wertpapiere beeinflussen.

Ist das Bezugsobjekt ein festverzinsliches Wertpapier, ist zu erwarten, daß der Wert der Wertpapiere durch Zinsschwankungen beeinflußt wird.

2.4. *Marktvolatilität*

Die Marktvolatilität spiegelt den Grad der Instabilität und erwarteten Instabilität der Wertentwicklung des Bezugsobjekts wider. Der Grad der Marktvolatilität ist nicht nur ein Maßstab für die aktuelle Volatilität, sondern wird weitgehend durch die Preise der Instrumente bestimmt, die den Anlegern Schutz gegen jene Marktvolatilität bieten. Die Preise dieser Instrumente werden durch Angebot und Nachfrage an den Options- und Derivatmärkten im allgemeinen bestimmt. Diese Kräfte von Angebot und Nachfrage werden

jedoch auch selbst durch Faktoren wie aktuelle Volatilität, erwartete Volatilität, volkswirtschaftliche Faktoren und Spekulationen beeinflusst.

3. Absicherung

Potentielle Erwerber, die Wertpapiere zu dem Zweck kaufen möchten, ihr Risiko in bezug auf das Bezugsobjekt abzusichern, sollten sich der Risiken einer solchen Nutzung der Wertpapiere bewußt sein. Über die Korrelation zwischen Wertentwicklung der Wertpapiere und Wertentwicklung des Bezugsobjekts können keine verbindlichen Aussagen getroffen werden. Zudem kann es sich als unmöglich erweisen, die Wertpapiere zu einem Preis zu erwerben, der direkt dem Wert des Bezugsobjekts entspricht. Anleger müssen daher mit wesentlichen Verlusten aus den Wertpapieren rechnen, ungeachtet der Verluste, die in Verbindung mit Anlagen in das Bezugsobjekt oder dem Risiko in bezug auf das Bezugsobjekt entstehen können.

Potentielle Erwerber sollten aus diesen Gründen zur Kenntnis nehmen, daß Absicherungsmaßnahmen zum Zwecke der Risikobegrenzung in bezug auf die Wertpapiere eventuell nicht den gewünschten Erfolg haben.

4. Liquidität

Es läßt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, zu welchem Preis die Wertpapiere an diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird oder nicht. Soweit in diesem Prospekt angegeben, wurden Anträge auf Zulassung oder Notierung an den angegebenen Börsen gestellt. Sind die Wertpapiere an einer Börse für den Handel zugelassen oder notiert, kann nicht zugesichert werden, daß diese Zulassung oder Notierung beibehalten werden wird. Aus der Tatsache, daß die Wertpapiere in der genannten Art zum Handel zugelassen oder notiert sind, folgt nicht zwangsläufig, daß höhere Liquidität vorliegt, als wenn dies nicht der Fall wäre.

Sind die Wertpapiere an keiner Börse notiert oder werden an keiner Börse gehandelt, können Informationen über die Preise schwieriger bezogen werden, und die Liquidität der Wertpapiere kann nachteilig beeinflusst werden. Die Liquidität der Wertpapiere kann ebenfalls durch Beschränkung des Kaufs und Verkaufs der Wertpapiere in bestimmten Ländern beeinflusst werden.

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben. Alle in dieser Art erworbenen Wertpapiere können gehalten, wiederverkauft oder zur Vernichtung eingereicht werden. Da die Emittentin der einzige Marktmacher für die Wertpapiere sein kann, kann der Sekundärmarkt eingeschränkt sein. Je eingeschränkter der Sekundärmarkt ist, desto schwieriger kann es für die Gläubiger sein, den Wert der Wertpapiere vor dem Ausübungs-, Verfall- oder Fälligkeitstag zu realisieren.

5. Mögliche Interessenkonflikte

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können gegebenenfalls an Geschäften über das Bezugsobjekt beteiligt sein, sowohl für eigene Rechnung als auch für Rechnung von durch sie verwalteten Vermögen. Solche Geschäfte können sich positiv oder negativ auf die Wertentwicklung des Bezugsobjekts und somit auch auf den Wert der Wertpapiere auswirken. Zudem können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen gegebenenfalls in bezug auf die Wertpapiere eine andere Funktion ausüben, z. B. als Berechnungsstelle, Zahl- und Verwaltungsstelle und/oder als Index Sponsor. Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können

zudem weitere derivative Instrumente in Verbindung mit dem Bezugsobjekt ausgeben; die Einführung solcher mit den Wertpapieren im Wettbewerb stehenden Produkte kann sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können außerdem in Verbindung mit künftigen Angeboten des Bezugsobjekts als Konsortialmitglieder fungieren oder als Finanzberater des Emittenten eines Bezugsobjekts oder als Geschäftsbank für den Emittenten eines Bezugsobjekts fungieren. Tätigkeiten der genannten Art können Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

6. Höchstzahl an ausübbaeren Wertpapieren

Soweit dies in den Bedingungen angegeben wird, kann die Emittentin nach ihrer Wahl die Anzahl der ausübbaeren Wertpapiere an einem beliebigen Tag (mit Ausnahme des letzten Ausübungstags) auf eine bestimmte, festgelegte Höchstzahl begrenzen und in Verbindung mit dieser Einschränkung die Anzahl der ausübbaeren Wertpapiere pro Person oder Personengruppe (unabhängig davon, ob die Gruppe gemeinsam handelt) an diesem Tag limitieren. Falls die Gesamtanzahl der an einem Tag (mit Ausnahme des letzten Ausübungstags) ausgeübten Wertpapiere diese Höchstzahl überschreitet und die Emittentin beschlossen hat, die Anzahl der an diesem Tag ausübbaeren Wertpapiere zu limitieren, kann der Gläubiger möglicherweise an diesem Tag nicht alle beabsichtigten Wertpapiere ausüben. In solchen Fällen wird die Anzahl der an diesem Tag auszuübenden Wertpapiere reduziert, bis die Gesamtanzahl der an diesem Tag ausgeübten Wertpapiere der Höchstzahl entspricht (soweit die Emittentin keinen abweichenden Beschluß trifft); diese Wertpapiere werden nach Maßgabe der Bedingungen ausgewählt. Wertpapiere, die zur Ausübung bereitgehalten, aber an diesem Tag nicht ausgeübt werden, werden automatisch am nächstfolgenden Tag ausgeübt, an dem Wertpapiere ausgeübt werden können, unter Berücksichtigung der an diesem Tag geltenden Begrenzung von ausübbaeren Wertpapieren und den Bestimmungen für die aufgeschobene Ausübung.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

7. Mindestzahl an ausübbaeren Wertpapieren

Falls in den Bedingungen angegeben, muß der Gläubiger eine festgelegte Mindestzahl an Wertpapieren vorlegen, um die Wertpapiere ausüben zu können. Gläubiger, die nicht über die erforderliche Anzahl an Wertpapieren verfügen, müssen somit entweder ihre Wertpapiere verkaufen oder zusätzliche Wertpapiere kaufen (wobei dafür jeweils Transaktionskosten anfallen), um eine Rendite auf ihre Anlage zu realisieren; dabei besteht jedoch das Risiko, daß der Handelspreis der Wertpapiere zu diesem Zeitpunkt von dem Barausgleichsbetrag abweicht, falls die Wertpapiere in bar abgerechnet werden („**Wertpapiere mit Barausgleich**“) oder, falls die Wertpapiere durch effektive Lieferung abgerechnet werden („**Wertpapiere mit effektiver Lieferung**“), daß der Handelspreis der Wertpapiere jeweils bei Ausübung von dem Differenzbetrag zwischen dem Wert des jeweiligen Bezugsobjekts und dem Ausübungspreis abweicht.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

8. Wahlrecht von Barabwicklung oder effektiver Lieferung

Falls in den Bedingungen angegeben, hat die Emittentin ein Wahlrecht, die Abwicklung in bar oder durch effektive Lieferung vorzunehmen.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

9. Marktstörungen

Falls in den Bedingungen angegeben, kann die Berechnungsstelle feststellen, daß eine Marktstörung eingetreten ist oder zum fraglichen Zeitpunkt andauert. Eine solche Feststellung kann den Wert der Wertpapiere beeinflussen und/oder deren Abwicklung verzögern.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

10. Abwicklungsrisiko

Falls in den Bedingungen angegeben, kann die Berechnungsstelle feststellen, daß eine Abwicklungsstörung besteht. Eine Feststellung dieser Art hat gegebenenfalls Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere und kann deren Abwicklung verzögern.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

11. Zeitliche Verzögerung nach Ausübung

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Wertpapiere mit Barausgleich, die Ausübungsbestimmungen unterliegen, findet bei Ausübung der Wertpapiere eine zeitliche Verzögerung zwischen dem Zeitpunkt der Erteilung des Ausübungsauftrags des Gläubigers und dem Zeitpunkt, an dem der gültige Barausgleichsbetrag für diese Ausübung ermittelt ist, statt. Jede derartige Verzögerung zwischen Ausübung und Ermittlung des Barausgleichsbetrags wird in den Bedingungen festgelegt. Die Verzögerung kann jedoch deutlich länger als erwartet anhalten, insbesondere bei Verzögerungen, die aus einer Limitierung des Umfangs der Ausübung von Wertpapieren mit Barausgleich pro Tag oder infolge der Feststellung einer Marktstörung durch die Berechnungsstelle zur fraglichen Zeit, wie jeweils oben beschrieben, entstehen. Der maßgebliche Barausgleichsbetrag kann aufgrund dieser Verzögerungen von dem Betrag abweichen, der ohne diese Verzögerungen ermittelt worden wäre.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

12. Ausübungs- oder Liefermitteilungen und Nachweise

Gelten für die Wertpapiere bestimmte Vorschriften für die Zustellung von Ausübungs- oder Liefermitteilungen und geht bis zu dem in den Bedingungen angegebenen Zeitpunkt keine vorschriftsgemäß ausgefüllte Mitteilung bei der jeweiligen Clearingstelle (mit Kopie an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle) ein, gilt diese Mitteilung erst am folgenden Geschäftstag als ordnungsgemäß zugegangen. Bei Wertpapieren mit Barausgleich kann diese verspätete Zustellung zu Abweichungen im Barausgleichsbetrag führen. Bei Wertpapieren, die nur an einem einzigen Tag oder nur während eines Ausübungszeitraumes ausgeübt werden können, ist jede nicht bis zu dem in den Bedingungen angegebenen spätesten Zeitpunkt zugegangene Ausübungsmittteilung unwirksam.

Ist für die Wertpapiere eine Liefermitteilung erforderlich, die am Stichtag vor Geschäftsschluß am Empfangsort zugegangen sein muß, kann eine Abgabe nach dem Stichtag eine spätere Lieferung des jeweiligen Aktienbestands zur Folge haben.

Werden die gemäß den Bedingungen erforderlichen Zusicherungen nicht abgegeben, kann dies den Verlust der aufgrund der Wertpapiere anderenfalls fälligen Beträge oder Lieferungen oder des Anspruchs auf diese zur Folge haben.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

Wertpapiere, die nicht gemäß den Bedingungen ausgeübt werden, verfallen und werden ungültig.

13. Besteuerung

Potentielle Erwerber und Verkäufer der Wertpapiere sollten sich darüber im klaren sein, daß je nach den gesetzlichen Vorschriften und Gepflogenheiten des Landes, in dem die Wertpapiere übertragen werden, Stempelsteuern oder sonstige Gebühren in Zusammenhang mit den Urkunden entrichtet werden müssen. Gläubiger unterliegen den Bestimmungen von Nr. 6 der Allgemeinen Emissionsbedingungen und die Zahlung oder Lieferung der jeweiligen Beträge aus den Wertpapieren hängt von der Zahlung der Gläubigerauslagen im Sinne der Produktbedingungen ab.

Potentielle Erwerber sollten bei Unklarheiten hinsichtlich der steuerlichen Voraussetzungen ihre eigenen unabhängigen Steuerberater zu Rate ziehen. Zusätzlich sollten sie sich bewußt sein, daß steuerrechtliche Bestimmungen und deren Anwendung durch die jeweiligen Finanzbehörden Änderungen unterworfen sind. Dementsprechend lassen sich keine Vorhersagen über die zu gegebener Zeit geltende genaue steuerliche Behandlung machen.

14. Vorzeitige außerordentliche Kündigung, Rechtswidrigkeit und höhere Gewalt

Stellt die Emittentin fest, daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund der Wertpapiere ganz oder teilweise aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist oder, daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Beibehaltung ihrer Absicherungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wertpapiere aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar ist, ist die Emittentin berechtigt, nach eigenem Ermessen die Wertpapiere ohne diesbezügliche Verpflichtung vorzeitig zu kündigen. Werden die Wertpapiere durch die Emittentin vorzeitig gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, jedem Gläubiger für jedes Wertpapier einen von der Berechnungsstelle festgelegten Betrag in Höhe des ungeachtet der Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit feststellbaren Marktpreises, abzüglich der Kosten der Emittentin für die Auflösung etwa zugrundeliegender Absicherungsmaßnahmen.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR BESTEUERUNG

1. Allgemeines

Erwerber und/oder Verkäufer der Wertpapiere müssen nach Maßgabe des geltenden Rechts und der Anwendungspraxis des Landes, in dem die Wertpapiere übertragen werden, möglicherweise zusätzlich zum Ausgabepreis oder Kaufpreis der Wertpapiere Stempelsteuer sowie sonstige Abgaben zahlen.

Allen potentiellen Erwerbern von Wertpapieren wird empfohlen Nr. 6 der Allgemeinen Emissionsbedingungen (Besteuerung) im einzelnen zu beachten.

Geschäfte über die Wertpapiere (einschließlich deren Erwerb, Übertragung, Ausübung, Nichtausübung oder Tilgung), das Auflaufen oder der Zufluß von Zinsen auf die Wertpapiere und das Ableben eines Inhabers der Wertpapiere können steuerliche Rechtsfolgen für Erwerber haben, die u. a. von deren Steuerstatus abhängen sowie Stempelsteuer, Wertpapierumsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalgewinnsteuer und Erbschaftsteuer auslösen können.

Potentiellen Erwerbern der Wertpapiere wird geraten, ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen von Geschäften über die Wertpapiere zu Rate zu ziehen.

2. Stempel- und Abzugsteuer in Deutschland

Die folgenden Absätze, die lediglich einen allgemeinen Überblick verschaffen sollen, beruhen auf den derzeit geltenden deutschen Gesetzen. Sie enthalten zusammenfassende Hinweise auf nur bestimmte steuerrechtliche Gesichtspunkte, die für die Wertpapiere von Bedeutung sein können, sollen aber keine umfassende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte sein, die für die Entscheidung, die Wertpapiere zu erwerben, relevant sein könnten. Insbesondere behandelt diese Zusammenfassung keine besonders gelagerten Sachverhalte oder Begleitumstände, die in bezug auf einen bestimmten Erwerber vorliegen mögen. Potentiellen Erwerbern der Wertpapiere wird geraten, im Zweifel ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung, der Ausübung, Nichtausübung oder Einlösung der Wertpapiere zu Rate zu ziehen.

Der Erwerb oder Verkauf eines Wertpapiers unterliegt keiner Stempel-, Umsatz- oder ähnlichen Steuer oder Abgabe in Deutschland, und zwar ohne Rücksicht auf den Ort der Begebung, Ausfertigung oder Aushändigung des Wertpapiers.

Etwaige Zinszahlungen, die von einer Zahl- und Verwaltungsstelle mit Geschäftsstelle in Deutschland, einem Finanzinstitut in Deutschland, oder der Emittentin in Deutschland auf ein Wertpapier an dessen Inhaber geleistet werden, können einer Abzugsteuer unterliegen.

3. Stempel- und Abzugsteuer im Vereinigten Königreich

Die folgenden Absätze sollen lediglich einen allgemeinen Überblick vermitteln und beruhen auf der derzeitigen Gesetzgebung und der Praxis der Steuerverwaltung im Vereinigten Königreich. Es werden zusammenfassend nur bestimmte Aspekte der Besteuerung im Vereinigten Königreich dargestellt, die im Hinblick auf die Wertpapiere von Belang sein können. Sie sollen aber keine umfassende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte sein, die für die Entscheidung, die Wertpapiere zu erwerben, relevant sein könnten. Insbesondere behandelt diese Zusammenfassung keine besonders gelagerten Sachverhalte oder Begleitumstände, die in bezug auf einen bestimmten Erwerber vorliegen mögen. Potentielle Erwerber sollten sich im

Zweifel bei ihren Steuerberatern erkundigen, wenn sie Fragen zu ihrer Steuersituation in bezug auf Erwerb, Eigentum, Übertragung, Ausübung oder Nichtausübung oder Tilgung haben.

Zusätzlich zu dem Kaufpreis für das Wertpapier können für den Erwerber eines Wertpapiers Stempelsteuer oder andere Abgaben nach den Gesetzen und der Anwendungspraxis des Erwerbslandes anfallen.

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten beachten, daß jedes Wertpapier der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegen kann, die bei der Emission auf den Kaufpreis oder den Wert des Wertpapiers erhoben wird. Die Globalurkunde wird jedoch außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt und ausgehändigt und sollte, außer zum Zwecke der Rechtsverfolgung, nicht in das Vereinigte Königreich eingeführt werden. Während die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches gehalten wird, fallen keine Stempelsteuer des Vereinigten Königreiches und keine damit verbundenen Zinsen oder Steuerzuschläge an. Wenn jedoch die Globalurkunde in das Vereinigte Königreich eingeführt wird (zum Beispiel zum Zwecke der Rechtsverfolgung), unterliegt sie der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich (vorbehaltlich der Möglichkeit von Ausnahmen und Befreiungen). Wenn die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt wurde und dann in das Vereinigte Königreich eingeführt und gestempelt wurde, fallen außerdem zusätzlich zu der Stempelsteuer für einen Zeitraum von dreißig Tagen beginnend mit Ablauf des 30. Tages nach dem Tag der Ausfertigung der Globalurkunde bis zum Tag des Stempels Zinsen auf den Betrag in Höhe der nicht gezahlten Stempelsteuer an. Wenn jedoch die Globalurkunde innerhalb dieses Zeitraumes von dreißig Tagen ab Ausfertigung gestempelt wurde, fallen keine Zinsen an. Es fallen auch keine Steuerzuschläge an, wenn die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt und dann in das Vereinigte Königreich eingeführt und gestempelt wurde, wenn diese Globalurkunde innerhalb von dreißig Tagen nach Einfuhr in das Vereinigte Königreich gestempelt wird. Wenn eine Globalurkunde der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegt, stellt sie nur dann ein zulässiges Beweismittel in Zivilverfahren (im Gegensatz zu Strafverfahren) dar, wenn sie ordnungsgemäß gestempelt wurde.

Die vorstehenden Anmerkungen beziehen sich lediglich auf die Stempelsteuer des Vereinigten Königreiches, die bei der Emission anfällt.

Alle Zinszahlungen auf die Wertpapiere sowie ein Emissionsdisagio sowie Tilgungsbeträge und Ausübungserlöse, die auf die Wertpapiere gezahlt werden, unterliegen im Vereinigten Königreich keiner Abzugsteuer.

ALLGEMEINE VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN

1. Allgemeines

Die Aushändigung dieses Prospekts und das Angebot der Wertpapiere in bestimmten Ländern können durch Rechtsvorschriften eingeschränkt sein. Personen, denen dieses Prospekt ausgehändigt wurde, werden von der Emittentin hiermit aufgefordert, die jeweils geltenden Einschränkungen zu überprüfen und einzuhalten.

2. Vereinigte Staaten von Amerika

Die Wertpapiere wurden nicht und werden nicht unter dem United States Securities Act (der „**Securities Act**“) von 1933 in der geltenden Fassung registriert, und der Handel mit den Wertpapieren wurde und wird nicht von der United States Commodity Futures Trading Commission (die „**CFTC**“) unter dem United States Commodity Exchange Act (der „**Commodity Exchange Act**“) genehmigt. Die Wertpapiere oder Anteile an diesen Wertpapieren dürfen weder mittelbar noch unmittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt in den Vereinigten Staaten oder an oder für Rechnung von US-Personen angeboten, verkauft, weiterverkauft, geliefert oder gehandelt werden. Wertpapiere dürfen nicht von oder zugunsten einer US-Person oder einer Person in den Vereinigten Staaten ausgeübt oder zurückgezahlt werden. In diesem Zusammenhang sind unter „**Vereinigte Staaten**“ die Vereinigten Staaten (die Staaten und District of Columbia), ihre Territorien, Besitzungen und sonstigen Hoheitsgebiete zu verstehen und unter „**US-Personen**“ (i) natürliche Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten (oder bei Wertpapieren, die Schuldverschreibungen sind, Staatsbürger der Vereinigten Staaten), (ii) Körperschaften, Personengesellschaften und sonstige rechtliche Einheiten, die in oder nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder deren Gebietskörperschaften errichtet sind bzw. ihre Hauptniederlassung in den Vereinigten Staaten haben, (iii) Nachlässe oder Treuhandvermögen, die unabhängig von ihrer Einkommensquelle der US-Bundeseinkommensteuer unterliegen, (iv) Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Treuhandvermögens ausüben kann und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur maßgeblichen Gestaltung aller wichtigen Beschlüsse des Treuhandvermögens befugt sind, (v) Pensionspläne für Arbeitnehmer, Geschäftsführer oder Inhaber einer Körperschaft, Personengesellschaft oder sonstigen rechtlichen Einheit im Sinne von (ii), (vi) zum Zweck der Erzielung hauptsächlich passiver Einkünfte existierende Rechtsträger, deren Anteile zu 10 Prozent oder mehr der von Personen im Sinne von (i) bis (v) gehalten werden, falls der Rechtsträger hauptsächlich zur Anlage durch diese Personen in einen Warenpool errichtet wurde, deren Betreiber von bestimmten Auflagen nach Teil 4 der CFTC-Vorschriften befreit ist, weil dessen Teilnehmer keine US-Personen sind, oder (vii) sonstige „US-Personen“ im Sinne der Regulation S aufgrund des Securities Act oder der aufgrund des Commodity Exchange Act geltenden Vorschriften.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN

1. Unternehmensgeschichte und Unternehmensgegenwart

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („**Deutsche Bank AG**“) ist durch die Wiedervereinigung der Norddeutschen Bank AG, Hamburg, der Deutschen Bank AG West, Düsseldorf, und der Süddeutschen Bank AG, München entstanden; diese Banken waren 1952 aufgrund des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten aus der 1870 gegründeten Deutschen Bank ausgegründet worden. Die Verschmelzung und die Firma der Gesellschaft wurden am 2. Mai 1957 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 30 000 eingetragen. Die Deutsche Bank AG hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland.

Die Geschäftstätigkeit des Deutsche Bank Konzerns umfaßt traditionelles Einlagen- und Kreditgeschäft für Privatkunden, Firmenkunden und öffentliche Einrichtungen, einschließlich des Hypothekendarlehensgeschäfts, sowie Zahlungsverkehr, Wertpapiergeschäft für Kunden, Vermögensverwaltung, Kapitalmarktgeschäft, Projektfinanzierung, strukturierte Finanzierungen, Handelsfinanzierung, Geld- und Devisenhandel, Versicherungs- und Bauspargeschäft, Depotgeschäft, Cash Management, Abwicklung von Zahlungen und Wertpapieren, Zahlungskarten und POS-Dienstleistungen. Zum 30. September 2001 unterhielt der Deutsche Bank Konzern in Deutschland ein Netz von 1.266 Filialen und 277 Private Banking Zentren sowie 868 Filialen und Vertretungen in anderen Ländern weltweit. Zum 30. September 2001 hatte die Deutsche Bank AG 1.163 vollständig konsolidierte Tochtergesellschaften.

Per 30. September 2001 beträgt das Grundkapital Euro 1.591.215.221,76, eingeteilt in 621.568.446 Namensstückaktien (Stückaktien).

2. Genehmigung

Die Begebung der Wertpapiere durch die Emittentin erfolgt in Übereinstimmung mit ihrer Satzung.

3. Verwendung des Erlöses

Die Emittentin beabsichtigt, den Nettoerlös aus der Begebung der Wertpapiere für allgemeine Unternehmenszwecke zu verwenden. Ein erheblicher Teil dieses Erlöses kann für die Absicherung gegen Marktrisiken, die im Hinblick auf die Wertpapiere bestehen, verwendet werden.

4. Abschlußprüfer

Der unabhängige Abschlußprüfer der Emittentin ist die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („**KPMG**“), Marie-Curie-Straße 30, 60439 Frankfurt am Main, Deutschland.

KPMG hat die Jahresabschlüsse der Emittentin nach deutschem Handelsrecht zum 31. Dezember 1998, 1999 und 2000 geprüft und jeweils mit dem gesetzlich vorgesehenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Darüber hinaus hat KPMG die konsolidierten Jahresabschlüsse der Deutsche Bank Gruppe zum 31. Dezember 1998, 1999 und 2000 nach den International Accounting Standards (IAS) geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

5. Vorstand und Aufsichtsrat

Die Geschäftsadresse der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Deutsche Bank AG ist Taunusanlage 12, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland.

6. Zwischenberichte

Die Emittentin veröffentlicht konsolidierte Zwischenberichte für die am 31. März, 30. Juni und 30. September jeden Jahres endenden Zeiträume.

7. Jahresabschlüsse

Der konsolidierte Jahresabschluß der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2000 ist nachstehend abgedruckt. Kopien des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2000 stehen bei den angegebenen Geschäftstellen der Zahl- und Verwaltungsstellen zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Management Discussion Erstes Geschäftsjahr mit voller Integration von Bankers Trust und verselbstständigter Deutscher Bank 24.

Im Jahr 2000 wurden strategische Weichenstellungen aus den Vorjahren erstmals voll wirksam: Bankers Trust war ganzjährig in den Zahlen des Konzerns enthalten. Für die Deutsche Bank 24 AG war es das erste volle Geschäftsjahr in rechtlicher Selbstständigkeit. Umfangreiche Weiterentwicklungen unserer IT-Plattformen erlaubten die Zusammenfassung diverser E-Commerce-Aktivitäten unserer Unternehmensbereiche und des Bereichs Global Technology and Services zu einer umfassenden E-Commerce-Strategie, die allgemein sehr positiv beurteilt wurde. Der Aufbau qualifizierter personeller und technischer Ressourcen im Investment Banking, Asset Management und Vermögensanlagegeschäft sowie im Risikomanagement ermöglichte uns, für unsere Kunden und den Konzern die besonderen Chancen des Börsenjahres 2000 zu nutzen.

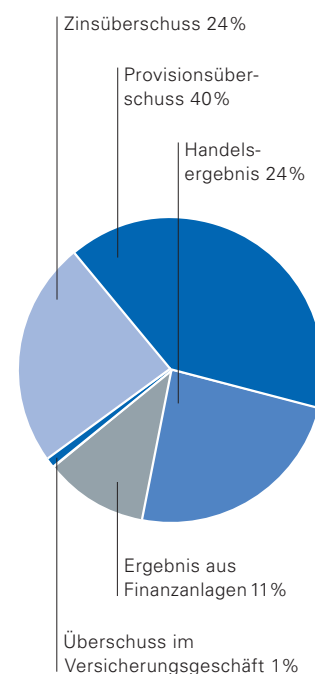
Mit 4,9 Mrd € verdoppelte der Konzern Deutsche Bank den bereits hohen Jahresüberschuss des Vorjahres. Die Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel auf 28,7 Mrd €. Hieran hat die erfolgreiche Integration von Bankers Trust einen bedeutenden Anteil. Dadurch sind wir zu den weltweit führenden Investmentbanken vorgerückt.

Die Ertragsstruktur hat sich weiter zu Gunsten des Provisionsgeschäfts und der Handelsbereiche verlagert. Diese beiden Sparten erwirtschafteten nahezu zwei Drittel der Erträge, 1995 waren es 40 %. Das Ergebnis aus Finanzanlagen leistete durch die strukturierte Platzierung von Allianz-Aktien einen besonders hohen Beitrag von 11 % zu den Erträgen.

Der Verwaltungsaufwand ist durch den hohen Anteil leistungsabhängiger Vergütungen vor allem im Investment Banking beeinflusst. Auch die Investitionen zur Umsetzung unserer umfassenden E-Commerce-Strategie schlagen sich hier nieder. Außerdem trug die Abschwächung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem britischen Pfund zum Anstieg des Aufwands bei. Trotz der verhaltenen Zunahme der übrigen Kosten hat Kostenmanagement hohe Priorität, was durch die Ernennung von Chief Operating Officers in allen wichtigen Bereichen unterstrichen wird.

Mit der seit Anfang Februar 2001 in Kraft getretenen neuen Organisationsstruktur wollen wir Ertrags- und Kostenvorteile von zusätzlich 1,5 Mrd € pro anno bis zum Jahr 2003 realisieren.

Struktur der Erträge
insgesamt 28 659 Mio €



Zinsüberschuss vor Risikovorsorge

Der Zinsüberschuss vor Risikovorsorge stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,9 % auf 6,8 Mrd €. Die Zunahme ist größtenteils auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises im Jahr 2000 zurückzuführen. Darüber hinaus hat die ganzjährige Einbeziehung von Bankers Trust zum Anstieg des Zinsüberschusses beigetragen.

Der Anteil des Zinsgeschäfts an den gesamten Erträgen sank weiter auf 24 % (1999: 31 %), weil Provisionen und Handelsergebnisse stark anstiegen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Für die Abdeckung der Risiken im Kreditgeschäft reichten neue Vorsorgen von per saldo 438 Mio € aus. Dies sind 178 Mio € oder 28,9 % weniger als im Vorjahr.

Vorsorgen für Bonitätsrisiken betragen saldiert 773 Mio €, hauptsächlich für das inländische Kreditgeschäft. Durch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität unseres Kreditportfolios ist es uns in den letzten Jahren gelungen, den Vorsorgebedarf zu verringern.

Infolge der Rückführung von Kreditengagements sowie verbesserter interner Ratings für einige Länder konnten per saldo 186 Mio € Vorsorgen für Länderrisiken aufgelöst werden. Der gesamte Bestand an Vorsorgen für Länderrisiken macht inzwischen weniger als 0,3 Mrd € aus. Aufgrund von Veräußerungen und Umschuldungen von Forderungen wurden in den letzten Jahren mit Länderrisiken behaftete Engagements kräftig abgebaut.

Von der Pauschalwertberichtigung für latente Kreditrisiken, die im Konzern nach einem einheitlichen Verfahren ermittelt wird, konnten 149 Mio € aufgelöst werden.

Der gesamte Bestand an Risikovorsorgen des Konzerns beläuft sich auf 7,2 Mrd €, das sind 2,3 % des Kreditvolumens.

Die Abschreibungen im Kreditgeschäft betragen 1,3 Mrd €, davon betrafen 0,3 Mrd € grenzüberschreitende Kredite, insbesondere im Zusammenhang mit Umschuldungsvereinbarungen. Diese Abschreibungen belasteten das Ergebnis 2000 nur in geringem Ausmaß, da die entsprechenden Vorsorgen größtenteils bereits in den Vorjahren gebildet worden sind.

Die Ausfallquote (bezogen auf das Kreditvolumen) von 0,43 % liegt leicht über dem vergleichbaren Durchschnittswert von 0,41 % für den Zeitraum 1994 bis 1999.

Der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge erhöhte sich um 6,2 % auf 6,4 Mrd €.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss ist mit einer abermals beträchtlichen Wachstumsrate von 41,9 % (1999: + 52,2 %) in eine neue Dimension vorgestoßen. In nur zwei Jahren verdoppelte sich der Provisionsüberschuss auf 11,5 Mrd € und ist damit die mit Abstand bedeutendste Ertragskategorie des Konzerns geworden.

Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Mrd € ist zu fast zwei Drittel auf organisches Geschäftswachstum und zu gut einem Drittel auf Erstkonsolidierungen sowie auf Bankers Trust zurückzuführen. Alle Bereiche des Provisionsgeschäfts übertrafen das Vorjahresergebnis, vor allem das Wertpapiergeschäft, das 42 % zum Provisionsüberschuss beisteuerte. Besonders erfolgreich verlief das Kommissionsgeschäft mit Aktien und Investmentzertifikaten.

Die Vermögensverwaltung für unsere Kunden haben wir weiter ausgebaut. Die daraus erzielten Provisionen verbesserten sich um 50 % auf 3,2 Mrd €. Das Volumen in der Vermögensverwaltung (ohne die Kapitalanlagen im Versicherungsgeschäft) erhöhte sich auf 703 Mrd €.

Kreditbearbeitung und Avalgeschäft erbrachten Erträge von 0,8 Mrd €. Gleich hoch war der Betrag im Zahlungsverkehr. Die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr sind zweistellig.

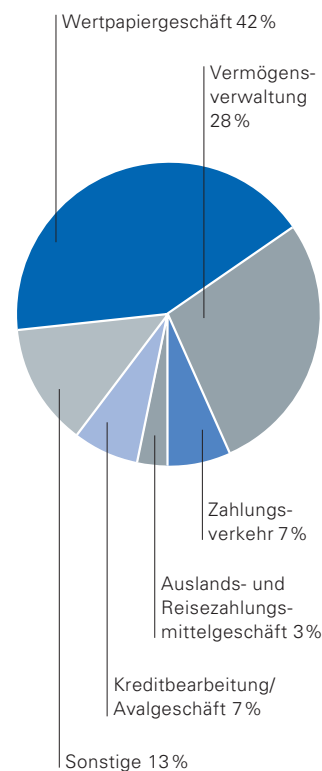
Die Sparte Fusionsberatung (M&A) legte im Berichtsjahr besonders stark zu. Das Transaktionsvolumen und die daraus erzielten Provisionserträge haben sich gegenüber 1999 mehr als verdoppelt. Wir sehen im Jahr 2001 Potenzial für den weiteren Ausbau unseres M&A-Geschäfts.

Handelsergebnis

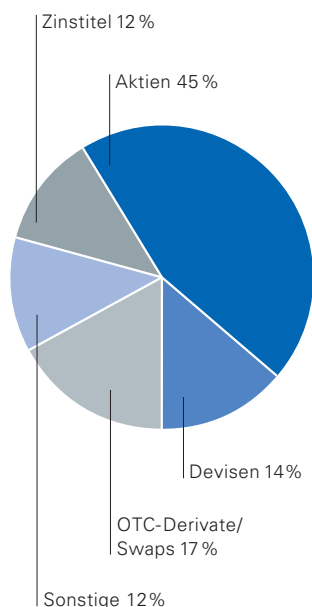
Die Handelsbereiche waren im abgelaufenen Geschäftsjahr in Bezug auf Stabilität und Höhe der erzielten Erträge wiederum sehr erfolgreich. Dies gilt nicht nur für das erste Quartal 2000 mit einem Ergebnis von 2,5 Mrd €. Auch in den Folgequartalen wurden trotz unterschiedlicher Marktbedingungen jeweils etwa 1,5 Mrd € erzielt. Das im Berichtsjahr erwirtschaftete Handelsergebnis von 6,9 Mrd € übertraf den bereits hohen Vorjahreswert um 2,4 Mrd € oder 52,4 %.

Mehr als die Hälfte des Ergebnisses erzielte der Effektenhandel. Der Schwerpunkt lag im Aktienbereich, der trotz im Zeitablauf schwieriger gewordener Bedingungen an den weltweiten Aktienmärkten sein Ergebnis mehr als verdoppelte. Der gemäß SIC-16 ermittelte Gewinn aus dem Handel in Eigenen Aktien

**Struktur
des Provisionsüberschusses**
insgesamt 11 468 Mio €



**Struktur des
Handelsergebnisses**
insgesamt 6.891 Mio €



(180 Mio €, vor Steuern) ist ab dem Geschäftsjahr 2000 nicht mehr in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern direkt im Eigenkapital auszuweisen; die Vergleichszahlen wurden entsprechend angepasst.

Der Devisenhandel steuerte erstmals mehr als 1 Mrd € zum Ergebnis bei. Dieses hervorragende Ergebnis wurde überwiegend in Europa erwirtschaftet. Auch in der Region Nordamerika, begünstigt durch die Integration von Bankers Trust, und im asiatisch-pazifischen Raum war der Devisenhandel erfolgreich. Mit dem weltweit vernetzten Devisenhandel bieten wir unseren Kunden eine breite Produktpalette im Geschäft mit fremden Währungen an.

Der Handel in OTC-Derivaten/Swaps erbrachte ein beachtliches Ergebnis von 1,2 Mrd € und lieferte damit nach dem Aktienhandel den zweithöchsten Beitrag zum Handelsergebnis.

Überschuss im Versicherungsgeschäft

Der Überschuss im Versicherungsgeschäft lag mit 382 Mio € etwa auf Vorjahresniveau. Aufgrund der Vertriebsfolge vor allem im Jahre 1999 und wegen der allgemein erkannten Notwendigkeit zur besseren privaten und betrieblichen Altersvorsorge stiegen das Geschäftsvolumen und die Prämieinnahmen. Dem kräftig gewachsenen Beitragsvolumen stehen entsprechend höhere Leistungsverpflichtungen zu Gunsten der Lebensversicherungskunden gegenüber.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich per saldo auf 3,1 Mrd €. Es enthält – neben dem Erstkonsolidierungseffekt von Spezialfonds – im Wesentlichen die Erträge aus der strukturierten Platzierung von Allianz-Aktien.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand wuchs im Berichtsjahr um 5,3 Mrd € auf 21,0 Mrd €. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 33,6 % ist durch Erstkonsolidierungen und die Integration von Bankers Trust sowie durch Wechselkursveränderungen nennenswert beeinflusst. Leistungsabhängige Vergütungen nahmen infolge der kräftigen Ergebnisverbesserung, insbesondere im Investment Banking, deutlich zu. Um diese Effekte bereinigt reduziert sich die Zuwachsrate des Verwaltungs-

aufwands auf weniger als 5 %, worin sich unter anderem Zukunftsinvestitionen niederschlagen.

Der Anstieg des Personalaufwands um 3,5 Mrd € auf 13,2 Mrd € beruht größtenteils auf leistungsabhängigen Vergütungen. Die jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl (arbeitswirksam) erhöhte sich um 14 % auf rund 88 800, vornehmlich im Ausland, wo die Integration von Bankers Trust vor allem stattfand.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen (einschließlich AfA) beliefen sich auf 7,8 Mrd €, dies entspricht einer Zunahme um 1,8 Mrd € oder 29,5 %. Hierfür waren das beträchtlich gestiegene Transaktionsvolumen sowie die Investitionen in bereichsübergreifende E-Commerce-Aktivitäten von nahezu 400 Mio € ausschlaggebend. Außerdem haben wir höhere Abschreibungen auf Sachanlagen und andere Vermögenswerte (+ 324 Mio €) vorgenommen.

Sonstige Erträge/Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen von minus 425 Mio € enthält 672 Mio € Abschreibungen auf Geschäfts- und Firmenwerte aus Unternehmenskäufen, die linear über 15 Jahre abgeschrieben werden; davon entfielen 446 Mio € auf den Firmenwert Bankers Trust.

Jahresüberschuss

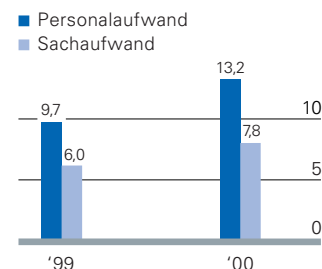
Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Steuern) stieg um 74,9 % auf 6,7 Mrd €. Die Ertragsteuern nahmen lediglich um 27,7 % auf 1,8 Mrd € zu. In dieser unterschiedlichen Entwicklung spiegeln sich Auflösungen von Rückstellungen für Latente Steuern infolge der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes in Deutschland ab 2001 sowie der steuerfreie Gewinn aus der Platzierung von Allianz-Aktien wider.

Nach Berücksichtigung der Ertragsteuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 4,9 Mrd €, der den Vorjahreswert um fast 2,5 Mrd € oder 101,8 % übertrifft.

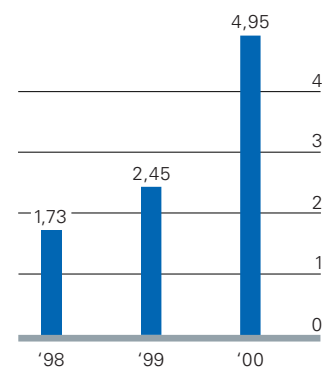
Kennziffern

Die Kennziffern des Geschäftsjahres 2000 haben sich im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich verbessert. Das Ergebnis je Aktie – ohne Goodwill-Abschreibung – erreichte mit 9,02 € fast den doppelten Wert des Vorjahrs (4,86 €); inklusive der Goodwill-Abschreibung stieg das Ergebnis je Aktie um 3,87 € auf 7,93 €.

Verwaltungsaufwand
in Mrd €



Jahresüberschuss
in Mrd €



Die Eigenkapitalrendite (RoE) vor Steuern erhöhte sich – ohne Goodwill-Abschreibung – auf 32,4 % nach 22,0 % im Vorjahr (inklusive Goodwill-Abschreibung 29,4 %, 1999: 19,6 %).

Die Aufwand/Ertrag-Relation errechnet sich aus allen Ertrags- und Aufwandskomponenten mit Ausnahme der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, des Aufwands für Restrukturierung sowie der Ertragsteuern. Die so ermittelte Kennziffer verbesserte sich – ohne Goodwill-Abschreibung – um 1,1 %-Punkte auf 73,3 %; nach Einbezug der Goodwill-Abschreibung beträgt diese Kennziffer 75,6 %.

Konzerngewinn

Der Konzerngewinn von 801 Mio € entspricht dem Bilanzgewinn der Deutschen Bank AG. Der Hauptversammlung am 17. Mai 2001 schlagen wir vor, diesen Gewinn zur Ausschüttung einer von 1,15 € auf 1,30 € je Aktie angehobenen Dividende zu verwenden. Einschließlich der anrechenbaren Körperschaftsteuer von 0,56 € je Aktie ergibt sich ein Gesamtertrag für unsere inländischen Aktionäre von 1,86 € je Aktie (1999: 1,64 €). Die Erhöhung der Dividende um 13 % gründet auf der guten Geschäftsentwicklung im Jahr 2000 und auf unserer Zuversicht für einen positiven Ergebnisverlauf in den kommenden Jahren.

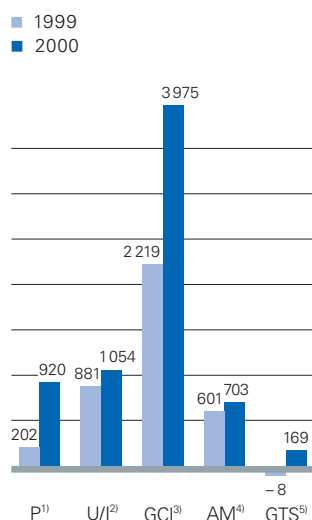
Ergebnisse der Bereiche

Bei den Ergebnissen der Bereiche ist ebenso wie bei der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns zu berücksichtigen, dass Bankers Trust in den Vorjahreswerten nur mit sieben Monaten enthalten war. Des Weiteren ergaben sich aufgrund der Schwäche des Euro zum Teil materielle Wechselkurseffekte. Auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern und die nachgelagerten Kennziffern wirken sich beide Einflüsse kaum aus.

Die Segmentberichterstattung (siehe Seite 124) zeigt, wie sich das Ergebnis des Konzerns aus den Ergebnissen der fünf Unternehmensbereiche und des Corporate Center sowie der Position „Sonstige/Überleitung/Konsolidierung“ zusammensetzt.

Die Unternehmensbereiche erzielten im Geschäftsjahr 2000 ein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern in Höhe von 6 821 Mio €. Alle Unternehmensbereiche haben sich deutlich verbessert und zu dem signifikanten Ergebnissprung um 2 926 Mio € beigetragen. Herausragend verliefen die Entwicklungen im Unternehmensbereich Globale Unternehmen und Institutionen

Ergebnis vor Steuern der Unternehmensbereiche
in Mio €



- ¹⁾ Privat- und Geschäftskunden
- ²⁾ Unternehmen und Immobilien
- ³⁾ Globale Unternehmen und Institutionen
- ⁴⁾ Asset Management
- ⁵⁾ Global Technology and Services

(Verbesserung um 1 756 Mio € auf 3 975 Mio €) und im Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden (Verbesserung um 718 Mio € auf 920 Mio €).

Das negative Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern des Corporate Center in Höhe von 440 Mio € wurde im Wesentlichen durch Verwaltungsaufwand verursacht, der im Vergleich zum Vorjahr um 24 Mio € reduziert werden konnte.

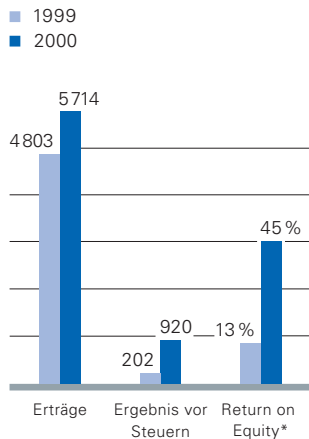
Im Geschäftsjahr 2000 trug die Position „Sonstige/Überleitung/Konsolidierung“ 348 Mio € zum Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern des Konzerns bei. Der Rückgang um 56 Mio € ist trotz des im Vergleich zum Vorjahr höheren Platzierungsgewinns aus Allianz-Aktien unter anderem auf Kosten für bereichsübergreifende Projekte zurückzuführen. Beispiele hierfür sind strategische E-Commerce-Projekte und die vorgesehene Notierung der Aktie der Deutschen Bank an der New York Stock Exchange.

Zur Erhöhung der Transparenz der Segmentberichterstattung werden beginnend mit dem Geschäftsjahr 2001 das Ergebnis des Corporate Center und Elemente der Position „Sonstige/Überleitung/Konsolidierung“ den Unternehmensbereichen zugeordnet. Damit wird die Überleitung zwischen den Ergebnissen der Unternehmensbereiche und dem konsolidierten Konzernergebnis vereinfacht.

Privat- und Geschäftskunden

Nach den 1999 durchgeführten Umstrukturierungen und Expansionsmaßnahmen erzielte der Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden im Geschäftsjahr 2000 sein bisher höchstes Ergebnis. Ein wesentlicher Teil des kräftigen Ertragswachstums um 911 Mio € entfiel auf das Wertpapierprovisionsgeschäft. Hier konnte der Unternehmensbereich seine Platzierungskraft sowohl bei Aktienemissionen als auch mit eigenen innovativen Produkten (zum Beispiel Xavex HedgeSelect und Quings Global Blue Chips 24) eindrucksvoll unter Beweis stellen. Gestiegene Volumina und Margen im Einlagengeschäft führten darüber hinaus zu einem deutlich höheren Zinsüberschuss. Der Verwaltungsaufwand wuchs mit 482 Mio € geringer als die Erträge. Neben Erstkonsolidierungseffekten sowie geschäftsinduziert höheren leistungsabhängigen Vergütungen und Transaktionskosten ist der Anstieg im Wesentlichen auf höhere EDV-Kosten und auf die weitere Expansion der Geschäftsbereiche Personal Banking und Private Banking zurückzuführen.

Privat- und Geschäftskunden in Mio €



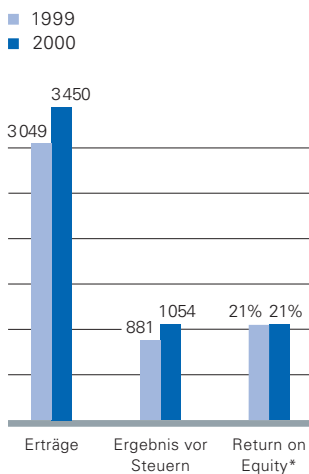
*ohne Goodwill-Abschreibung

An dem Wachstum des Ergebnisses aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern um 718 Mio € auf 920 Mio € hatte der Geschäftsbereich Personal Banking im Geschäftsjahr 2000 einen höheren Anteil als der ebenfalls stark verbesserte Geschäftsbereich Private Banking. Dies bestätigt das Konzept „Deutsche Bank 24“, das ab 2001 auf weitere europäische Länder ausgedehnt wird. Mit einem Return on Equity (ohne Goodwill-Abschreibung) von 45 % erreichte der Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden eine Verbesserung um 32 %-Punkte und erzielte nach dem Unternehmensbereich Asset Management die zweithöchste Eigenkapitalrendite aller Unternehmensbereiche.

Unternehmen und Immobilien

Der Unternehmensbereich Unternehmen und Immobilien erzielte im Geschäftsjahr 2000 ein sehr gutes Ergebnis. Hervorzuheben ist das Ertragswachstum um 401 Mio € auf 3450 Mio €, zu dem insbesondere der Geschäftsbereich Corporate Banking mit höheren Zinserträgen aus dem Einlagengeschäft sowie gestiegenen Provisionserträgen aus Zins- und Währungsmanagement, internationalem Zahlungsverkehr und Corporate Finance beitrug. In dem vergleichsweise moderaten Anstieg des Verwaltungsaufwands um 161 Mio € auf 1978 Mio € spiegeln sich neben Erstkonsolidierungseffekten höhere EDV-Kosten und Investitionen in E-Commerce wider. Insgesamt verbesserte der Unternehmensbereich Unternehmen und Immobilien im Geschäftsjahr 2000 bei einem unveränderten Return on Equity (ohne Goodwill-Abschreibung) von 21 % sein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern um 173 Mio € auf 1054 Mio €.

Unternehmen und Immobilien in Mio €



*ohne Goodwill-Abschreibung

Globale Unternehmen und Institutionen

Der Unternehmensbereich Globale Unternehmen und Institutionen schloss das Geschäftsjahr 2000 erneut mit einem Rekordergebnis ab und hat in der zweiten Jahreshälfte bewiesen, dass er auch in einem schwierigeren Marktumfeld erfolgreich sein kann. Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern in Höhe von 3975 Mio € übertraf das bereits sehr gute Ergebnis des Vorjahrs deutlich um 1756 Mio €. Besonders beeindruckend war das Ertragswachstum um 4948 Mio € auf 14651 Mio €, zu dem alle Geschäftsbereiche beitrugen. Der größte Anteil entfiel auf den Geschäftsbereich Global Equities, der unter anderem aufgrund des starken Geschäfts mit Aktienderiva-

ten seine Erträge im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt hat. Ähnlich positiv verlief das Ertragswachstum im Geschäftsbereich Global Investment Banking, der nach der raschen Integration von Bankers Trust im Geschäft mit Aktienemissionen und in der Fusionsberatung (M&A) erfreuliche Erfolge erzielen konnte. Im Vergleich zu den Erträgen war der Anstieg des Verwaltungsaufwands mit 3506 Mio € auf 10422 Mio € deutlich geringer. Neben Erstkonsolidierungseffekten (zum Beispiel National Discount Brokers) und höheren leistungsabhängigen Vergütungen ist das Kostenwachstum auf die beträchtlich gestiegenen Transaktionsvolumina zurückzuführen. Die Aufwand/Ertrag-Relation konnte im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden. Darüber hinaus investierte der Unternehmensbereich verstärkt in E-Commerce und den weiteren Ausbau seines Geschäfts, zum Beispiel im Geschäftsbereich Global Investment Banking. Der Return on Equity (ohne Goodwill-Abschreibung) des Unternehmensbereichs verbesserte sich im Geschäftsjahr 2000 um 11 %-Punkte auf 34 %.

Asset Management

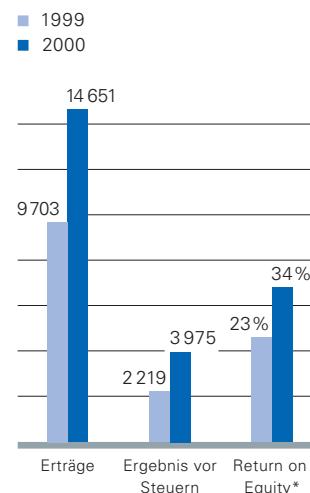
Der Unternehmensbereich Asset Management hat sein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern im Geschäftsjahr 2000 um 102 Mio € auf 703 Mio € und seinen Return on Equity (ohne Goodwill-Abschreibung) um 2 %-Punkte auf 90 % verbessern können. Grundlage dafür war ein Ertragswachstum um 443 Mio €, das insbesondere aus Provisionserträgen der Vermögensverwaltung resultierte. Die Anlagevolumina konnten sowohl im institutionellen Bereich als auch im Geschäft mit privaten Kunden ausgebaut werden. Insgesamt betrug das verwaltete Vermögen am Jahresende weltweit 629 Mrd € nach 589 Mrd € im Vorjahr. Der Anstieg des Verwaltungsaufwands um 391 Mio € enthält neben höheren leistungsabhängigen Vergütungen auch Kosten für die Geschäftsausweitung in den Regionen Amerika, Europa und Asien/Pazifik.

Global Technology and Services

Der Unternehmensbereich Global Technology and Services hat sein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern um 177 Mio € auf 169 Mio € steigern können. Der Return on Equity (ohne Goodwill-Abschreibung) verbesserte sich deutlich um 21 %-Punkte auf 24 %. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf den von Bankers Trust übernommenen Geschäftsbereich Global Institutional

Globale Unternehmen und Institutionen

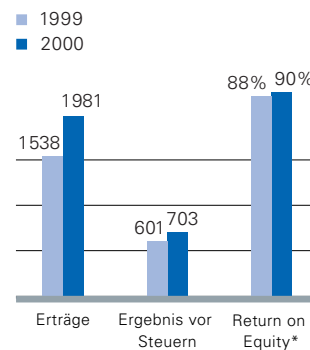
in Mio €



* ohne Goodwill-Abschreibung

Asset Management

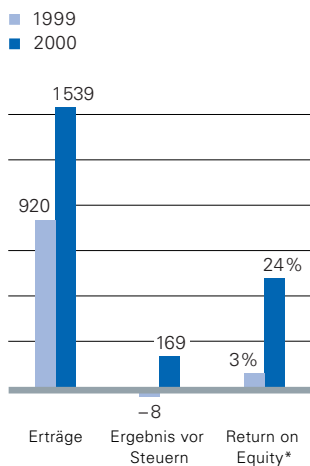
in Mio €



* ohne Goodwill-Abschreibung

Global Technology and Services

in Mio €



* ohne Goodwill-Abschreibung

Services zurückzuführen. Die hier zusammengefassten Produktbereiche Global Securities Services, Global Cash Services sowie Corporate Trust and Agency Services konnten im Geschäftsjahr 2000 ihre Position unter den führenden Banken der Welt ausbauen. Weitere Schwerpunkte der Geschäftsaktivitäten des Unternehmensbereichs Global Technology and Services bildeten im zurückliegenden Jahr Projekte zum Ausbau unserer globalen Präsenz im E-Commerce (unter anderem Gründung der moneyshelf.com AG sowie Beteiligungen an der paybox.net AG und der PAGO eTransaction Services GmbH) und die Optimierung unserer IT-Anwendungen. Darüber hinaus wurde mit der Sinius GmbH eine Tochtergesellschaft ausgegründet, die zukünftig unsere IT-Expertise auch außerhalb des Konzerns anbieten wird.

Bilanz

Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich im Jahr 2000 um 100,2 Mrd € (+ 11,9 %) auf 940,0 Mrd €. Allein die im Berichtsjahr neu in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wirkten sich mit plus 32 Mrd € auf die Bilanzsumme aus, nach plus 82 Mrd € im Vorjahr. Der verhaltene Volumenzuwachs ist das Ergebnis eines konsequenten Managements vor allem der risikotragenden Positionen.

Die mit Eigenkapital zu unterlegenden Risikopositionen nach BIZ (Risikoaktiva und Marktrisikopositionen) betragen unverändert 293 Mrd €. Damit haben wir unser Ziel, die Risikopositionen nicht weiter wachsen zu lassen, erreicht.

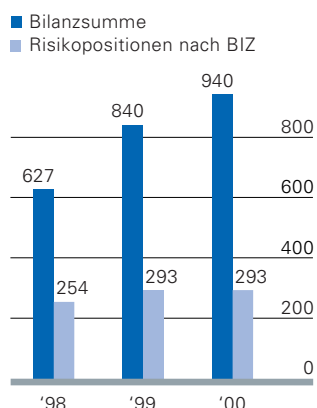
Mehr als die Hälfte der Volumenausweitung betraf die Handelsaktiva, die durch Aufstockung der Bestände an festverzinslichen Wertpapieren (+ 28,4 Mrd €) sowie an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (+ 34,6 Mrd €) auf 290,4 Mrd € wuchsen; sie machen nunmehr 31 % der Bilanzsumme (Ende 1999: 28 %) aus.

Dagegen ging der Anteil des um 8,0 % auf 307,0 Mrd € gestiegenen Kreditvolumens an der Bilanzsumme weiter zurück. Dieser Trend besteht seit Jahren und reflektiert den größer gewordenen Einfluss des Investment Banking auf das Bilanzvolumen.

Die Zunahme des Kreditvolumens um 22,8 Mrd € ist – neben Wechselkursveränderungen – vor allem auf höhere Forderungen an Unternehmen und Finanzinstitute (+ 20,1 Mrd €), insbesondere an westeuropäische Kunden, zurückzuführen.

Bilanz

in Mrd €



Die Forderungen an Privat- und Geschäftskunden nahmen nur leicht um 1,4 % auf 86,1 Mrd € zu.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen erhöhten sich vor allem infolge der Aufstockung der Bestände an Schuldverschreibungen um 12,1 Mrd € auf 82,3 Mrd €. Der Marktwert der börsennotierten Wertpapiere (einschließlich der über Spezialfonds gehaltenen Bestände) betrug 61,5 Mrd €; dem steht ein Buchwert von 46,6 Mrd € gegenüber, so dass sich hieraus eine Kursreserve von 14,9 Mrd € errechnet. Die gegenüber Ende 1999 zu verzeichnende Ermäßigung um 3,4 Mrd € erklärt sich durch die Platzierung von Allianz-Aktien sowie aus dem Kursrückgang der DaimlerChrysler-Aktie.

Verbindlichkeiten

Die Einlagen von Kreditinstituten nahmen um 1,8 % auf 177,8 Mrd € zu, ausschließlich im täglich fälligen Bereich. Dagegen wuchsen die Einlagen von Kunden um 15,0 % auf 334,6 Mrd €; der Zuwachs (+ 43,5 Mrd €) entfiel mit 24,1 Mrd € auf befristete Gelder und mit 17,9 Mrd € auf täglich fällige Einlagen sowie auf Spareinlagen (+ 1,5 Mrd €). Außerdem haben wir uns verstärkt über die Begebung von Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren refinanziert, so dass die gesamten verbrieften Verbindlichkeiten um 36,7 Mrd € auf 201 Mrd € stiegen. Dabei haben wir Geldmarktpapiere mit Laufzeiten bis zu einem Jahr bevorzugt (+ 26,9 Mrd €). Das Nachrangkapital wird nahezu unverändert in Höhe von 15,4 Mrd € ausgewiesen.

Eigenkapital

Aus dem Jahresüberschuss des Konzerns wurden den Gewinnrücklagen 4,1 Mrd € zugeführt. Danach erreichte das Eigenkapital des Konzerns 27,5 Mrd €.

Das nach den Regeln der BIZ ermittelte Eigenkapital nahm auf 37,0 Mrd € zu. Da die Risikopositionen konstant blieben, führte die neue Kapitalbasis zu einer höheren Eigenkapitalquote von 12,6 % (Ende 1999: 12,0 %); die Kernkapitalquote verbesserte sich auf 7,4 % (Ende 1999: 5,9 %).

Gewinn- und Verlustrechnung

Konzern Deutsche Bank

Erfolgsrechnung			
in Mio €	[Notes]	1.1.– 31.12. 2000	1.1.– 31.12. 1999
Zinsüberschuss	[3], [9], [15]	6 811	6 619
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[4], [16]	438	616
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		6 373	6 003
Provisionsüberschuss	[17]	11 468	8 084
Handelsergebnis	[18]	6 891	4 521
Überschuss im Versicherungsgeschäft	[19]	382	385
Ergebnis aus Finanzanlagen	[6], [20]	3 107	2 007
Verwaltungsaufwand	[7], [8], [21]	21 037	15 746
Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	[7], [22]	– 425	– 523
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern		6 759	4 731
Restrukturierungsaufwand	[12], [23]	30	884
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern		6 729	3 847
Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	[13], [24]	1 780	1 394
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach Steuern		4 949	2 453
Außerordentliches Ergebnis		–	–
Ertragsteuern auf das Außerordentliche Ergebnis		–	–
Jahresüberschuss		4 949	2 453

Gewinnverwendung			
in Mio €	[25]	2000	1999
Jahresüberschuss		4 949	2 453
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		80	50
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust		3	5
Einstellung in Gewinnrücklagen		4 071	1 702
Konzerngewinn		801	706

Kennziffern zum Ergebnis je Aktie			
in €	[26]	2000	1999
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)		9,02	4,86
Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)		7,93	4,06
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)		8,86	4,67
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)		7,78	3,91

Bilanz

Konzern Deutsche Bank

Aktiva			
in Mio €	[Notes]	31.12.2000	31.12.1999
Barreserve	[27]	17 972	21 879
Forderungen an Kreditinstitute	[3], [28]	117 413	115 453
Forderungen an Kunden	[3], [29]	373 605	352 371
Risikovorsorge	[4], [32]	- 7 198	- 7 850
Handelsaktiva	[5], [33]	290 404	233 000
Finanzanlagen	[6], [34]	82 290	70 206
Immaterielle Vermögenswerte	[7], [35]	8 553	8 536
Sachanlagen	[8], [36]	9 196	9 049
Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften	[37]	28 900	21 472
Ertragsteueransprüche	[38]	5 151	7 277
Sonstige Aktiva	[39]	13 747	8 472
Summe der Aktiva		940 033	839 865

Passiva			
in Mio €		31.12.2000	31.12.1999
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[10], [42]	177 767	174 655
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[10], [43]	334 589	291 042
Verbriefte Verbindlichkeiten	[10], [44]	200 741	164 060
Handelspassiva	[11], [45]	127 137	123 268
Rückstellungen	[12], [46]	39 191	31 755
Ertragsteuerverpflichtungen	[47]	5 811	7 852
Sonstige Passiva	[48]	11 287	7 705
Nachrangkapital	[49]	15 410	15 504
Anteile in Fremdbesitz		591	877
Eigenkapital	[50]	27 509	23 147
Gezeichnetes Kapital		1 578	1 573
Kapitalrücklage		10 626	10 438
Eigene Aktien		131	118
Gewinnrücklagen		14 109	10 067
Kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung		264	245
Konzerngewinn	[25]	801	706
Summe der Passiva		940 033	839 865

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Konzern Deutsche Bank

Eigenkapitalveränderungsrechnung			
in Mio €	[Note 50]	2000	1999
Gezeichnetes Kapital zum Ende des Vorjahres		1 573	1 363
Erhöhung des Gezeichneten Kapitals der Deutschen Bank AG	+ 5	+ 210	
Gezeichnetes Kapital zum Jahresende		1 578	1 573
Kapitalrücklage zum Ende des Vorjahres		10 438	7 265
Einstellung des Aufgeldes aus der Erhöhung des Gezeichneten Kapitals	+ 188	+ 3 173	
Kapitalrücklage zum Jahresende		10 626	10 438
Eigene Aktien zum Ende des Vorjahres		118	-
Bestand zum 31.12.	- 119	-	
Ergebnis aus dem Handel in Eigenen Aktien (nach Steuern)	+ 132	+ 118	
Eigene Aktien zum Jahresende		131	118
Gewinnrücklagen zum Ende des Vorjahres		10 067	8 323
Einstellung in Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	+ 4 071	+ 1 702	
Veränderung des Konsolidierungskreises, sonstige Veränderungen	- 29	+ 42	
Gewinnrücklagen zum Jahresende		14 109	10 067
Kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung zum Ende des Vorjahres		245	90
Währungsumrechnungsdifferenz	+ 19	+ 155	
Kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung zum Jahresende		264	245
Konzerngewinn zum Ende des Vorjahres		706	600
Jahresüberschuss nach Zuführung zu Gewinnrücklagen	+ 801	+ 706	
Ausschüttung der Deutschen Bank AG	- 706	- 600	
Konzerngewinn zum Jahresende		801	706
Eigenkapital des Konzerns zum Ende der Periode		27 509	23 147

Kapitalflussrechnung

Konzern Deutsche Bank

Cash Flow-Betrachtung			
in Mio €	[Note 51]	2000	1999
Jahresüberschuss		4 949	2 453
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen und Veränderungen der Rückstellungen		16 646	9 963
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		– 4 288	19 500
Gewinn aus der Veräußerung von Finanzanlagen und Sachanlagen		– 3 661	– 1 787
Sonstige Anpassungen (per saldo)		– 6 622	– 4 595
Zwischensumme		7 024	25 534
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		– 1 183	– 22 137
Forderungen an Kunden		– 22 659	– 50 325
Wertpapiere des Handelsbestandes und Sonstige Handelsbestände		– 49 550	– 12 226
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		– 4 533	– 15 338
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3 125	24 268
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		41 348	29 622
Verbriefte Verbindlichkeiten		8 377	43 265
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		8 627	3 410
Erhaltene Zinsen und Dividenden		42 951	32 135
Gezahlte Zinsen		– 35 866	– 25 516
Auszahlungen für die zweckbestimmte Verwendung von Restrukturierungsrückstellungen		– 612	– 912
Ertragsteuerzahlungen		– 1 819	– 1 467
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		– 4 770	30 313
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen		43 635	30 005
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		1 460	1 598
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen		– 34 378	– 50 356
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen		– 2 132	– 5 972
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises		– 980	– 5 271
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (per saldo)		– 6 152	– 4 754
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		1 453	– 34 750
Einzahlungen aus der Emission von Aktien		193	3 383
Dividendenzahlungen		– 706	– 600
Mittelveränderungen aus Nachrangkapital		– 94	3 318
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		– 607	6 101
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende der Vorperiode		21 879	20 175
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		– 4 770	30 313
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		1 453	– 34 750
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		– 607	6 101
Effekte aus Wechselkursänderungen		17	40
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende der Periode		17 972	21 879

Erläuterungen (Notes)

Der Konzernabschluss steht in Einklang mit den zum Bilanzstichtag gültigen International Accounting Standards (IAS). Er erfüllt sowohl die Voraussetzungen des § 292a HGB zur Befreiung von der Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Handelsrecht als auch die Publizitätsanforderungen der Europäischen Union.

Der vorliegende Konzernabschluss berücksichtigt alle bestehenden und aktuell gültigen IAS. Wir nehmen keine Vorgriffe auf verabschiedete, jedoch noch nicht verbindlich in Kraft getretene Standards vor. Der Abschluss wurde in Euro aufgestellt. Die Zahlenwerte sind zum Zwecke der Übersichtlichkeit grundsätzlich in Millionen Euro ausgewiesen. Die Abweichungen des Konzernabschlusses nach IAS gegenüber der deutschen Rechnungslegung werden im Einzelnen in der Überleitungserläuterung auf den Seiten II-97 bis II-99 dargelegt.

[1] Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss wurden – neben der Deutschen Bank AG – 117 inländische (1999: 94) und 1061 ausländische Unternehmen (1999: 873) einbezogen. Erstmals wurden 25 inländische und 238 ausländische Gesellschaften konsolidiert, darunter 45 Zweckgesellschaften aufgrund der erstmaligen Anwendung von SIC-12. Ferner erweiterte sich der Konsolidierungskreis aufgrund der erstmaligen Anwendung von SIC-12 um 22 Spezialfonds. Zwei inländische und 50 ausländische Unternehmen schieden aus dem Konsolidierungskreis aus.

Wesentliche Akquisitionen, die den Kreis der konsolidierten Gesellschaften 2000 erweiterten, waren die First Australian Property Group Holdings Pty Ltd, Sydney, mit vier Tochtergesellschaften, die Bank Współpracy Regionalnej Spółka Akcyjna w Krakowie, Krakau, sowie die Ende des Jahres erworbene National Discount Brokers Group, Inc., Jersey City, einschließlich ihrer 13 Tochtergesellschaften.

Weiterhin wurden die im E-Business tätigen Unternehmen

- easycash GmbH, Ratingen,
- emagine gmbh, Eschborn,
- emaro Aktiengesellschaft, Walldorf, und
- moneyshelf.com AG, Frankfurt am Main, einschließlich ihrer drei Tochtergesellschaften,

in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Im Verzeichnis des Anteilsbesitzes sind die neu in den Konsolidierungskreis einbezogenen Gesellschaften entsprechend gekennzeichnet.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises hat wesentliche Positionen der Konzernbilanz und Konzern Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt beeinflusst:

Auswirkung der Veränderung des Konsolidierungskreises auf wesentliche Bilanzpositionen

in Mrd €	31.12.2000
Bilanzsumme	+ 32
Handelsaktiva	+ 13
Finanzanlagen	+ 17
Verbriefte Verbindlichkeiten	+ 28

Auswirkung der Veränderung des Konsolidierungskreises auf wesentliche Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	2000
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern	+ 353
Zinsüberschuss	+ 269
Provisionsüberschuss	+ 227
Ergebnis aus Finanzanlagen	+ 246
Verwaltungsaufwand	+ 345

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden insgesamt 477 in- und ausländische verbundene Unternehmen nicht konsolidiert; ihr Anteil an der addierten Konzernbilanzsumme beträgt etwa 0,1%. Weitere 78 Unternehmen sind gemäß IAS 27 nicht konsolidiert, da die Stimmrechtsausübung eingeschränkt ist oder die Anteile mit der Absicht der Veräußerung gehalten werden.

Der Kreis der nach der Equity-Methode bewerteten Gesellschaften erweiterte sich um 17 Gesellschaften, eine Gesellschaft schied nach Verschmelzung aus. Danach sind insgesamt 37 Unternehmen nach der Equity-Methode angesetzt worden, wobei deren Abschlüsse unverändert übernommen wurden.

265 assoziierte Unternehmen wurden wegen Geringfügigkeit nicht nach der Equity-Methode bewertet.

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt, sie kann kostenlos mit dem Vordruck auf Seite 191 angefordert werden.

[2] Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode. Für die in 2000 neu einbezogenen Unternehmen wurden die jeweiligen Erwerbszeitpunkte zu Grunde gelegt. Geschäfts- oder Firmenwerte werden linear abgeschrieben.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die Abschlüsse der Versicherungsunternehmen werden – mit Ausnahme der Schwankungsrückstellungen – unverändert in den Konzernabschluss übernommen. Aufgrund der Besonderheit des Versicherungsgeschäfts werden konzerninterne Posten der Versicherungsunternehmen grundsätzlich nicht aufgerechnet.

[3] Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, ausgewiesen. Agio- und Disagiobeträge werden laufzeitbezogen abgegrenzt und unter Zinsen erfasst. Vorfälligkeitsentschädigungen werden über einen Zeitraum von vier Jahren (mittlere Restlaufzeit) vereinnahmt.

Von einer Vereinnahmung von Zinserträgen wird – ungeachtet eines Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

[4] Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken und für latente Ausfallrisiken. Der Betrag, mit dem die Risikovorsorge dotiert wird, bestimmt sich nach Einschätzungen hinsichtlich der in der Zukunft zu erwartenden Kreditausfälle, der Wirtschaftslage, der Zusammensetzung, Qualität und Performance der verschiedenen Kreditportfolien sowie weiterer Faktoren. Diese Bewertung umfasst Barinanspruchnahmen und außerbilanzielle Posten, beispielsweise Zins- oder Währungsgeschäfte, Avale und Akkreditive.

Für Bonitätsrisiken werden nach konzern einheitlichen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko aus Krediten an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf Basis eines Rating-Systems bewertet, das die jeweilige wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt.

Dem latenten Ausfallrisiko im Kreditgeschäft wird in Form der Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Dabei werden die Erfahrungswerte der Konzernunternehmen aus tatsächlich in der Vergangenheit eingetretenen Kreditausfällen zu Grunde gelegt.

Sämtliche Handelsaktivitäten werden in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesen; die Veränderungen werden erfolgswirksam erfasst. Eine Verrechnung (Netting) von Handelsaktiva und Handelspassiva wird vorgenommen, wenn ein durchsetzbares Recht zur Aufrechnung besteht und die Aufrechnung die Erwartung über die tatsächlichen künftigen Zahlungsströme angemessen widerspiegelt.

[5] Handelsaktiva

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2000 ist gemäß Beschluss SIC-16 des Standing Interpretations Committee im Konzernabschluss nach IAS für den Handel mit Eigenen Aktien kein Ertrag oder Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die entsprechenden Ergebnisse werden im IAS-Konzernabschluss offen vom Handelsergebnis abgesetzt und – nach Steuern – ebenso wie der Bestand Eigener Aktien im Eigenkapital berücksichtigt.

Handel in Eigenen Aktien

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Assoziierte Unternehmen werden im Konzernabschluss nach der Equity-Methode bewertet; soweit sie von untergeordneter Bedeutung sind, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

[6] Finanzanlagen

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie sonstiger Anteilsbesitz – die Anlagezwecken dienen – sind zu Anschaffungskosten, im Falle einer dauernden Wertminderung abzüglich Abschreibungen, bilanziert.

Entgeltlich erworbene Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert.

[7] Immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwerte aus Unternehmenskäufen werden im Wesentlichen über 15 Jahre, soweit sie auf erworbene wirtschaftlich selbstständige Unternehmensbereiche entfallen, über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Selbst erstellte Software wird aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Bank die wirtschaftlichen Vorteile daraus zufließen und die Herstellungskosten verlässlich bestimmbar sind. Sie wird über die voraussichtliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorliegt oder wenn ein künftiger wirtschaftlicher Nutzen nicht mehr zufließen wird.

[7] Immaterielle Vermögenswerte

	Abschreibungsdauer in Jahren
Geschäfts- oder Firmenwerte	5–15
Selbst erstellte Software	3–5
Sonstige immaterielle Anlagewerte (Lizenzen und Rechte)	3–6

[8] Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Abschreibungen erfolgen linear über die geschätzte Nutzungsdauer der jeweiligen Vermögenswerte. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer einer Sachanlage werden die physische Lebensdauer, der technische Fortschritt sowie vertragliche und gesetzliche Einschränkungen berücksichtigt.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Maßnahmen zur Erhaltung von Sachanlagen werden als Aufwand erfasst, sofern sie sich regelmäßig wiederholen und soweit sie nicht die Wesensart der Sachanlagen verändern.

[8] Sachanlagen

	Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in Jahren
Grundstücke und Gebäude	25–50
EDV-Anlagen	2–6
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–10

[9] Leasing

Der Konzern als Leasingnehmer

Leasingraten für Gegenstände aus Leasingverträgen, bei denen die mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen beim Leasinggeber verbleiben (Operating Lease), werden beim Leasingnehmer als Mietaufwand behandelt.

Wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes an den Leasingnehmer übertragen werden, handelt es sich nach den IAS um Finanzierungsleasing (Finance Lease). Beim Leasinggeber wird in Höhe der Barwerte der vertraglich vereinbarten Zahlungen und unter Berücksichtigung etwaiger Restwerte eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer ausgewiesen.

[Der Konzern als Leasinggeber ...](#)

[... Finance Lease](#)

Leasinggegenstände, die nach IAS-Grundsätzen dem Leasinggeber zuzuordnen sind (Operating Lease), werden bei diesem unter den Sachanlagen ausgewiesen. Abschreibungen werden nach den für das jeweilige Sachanlagevermögen geltenden Grundsätzen vorgenommen. Leasingraten werden entsprechend der Nutzungsüberlassung vereinnahmt.

[... Operating Lease](#)

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag angesetzt. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden zum Barwert ausgewiesen.

[10] Verbindlichkeiten

Sämtliche Handelsaktivitäten werden zum Fair Value bewertet; die Veränderungen werden erfolgswirksam erfasst. Handelspassiva enthalten die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen des Netting mit Handelsaktiva verrechnet werden, sowie Short-Positionen aus Wertpapier-Leerverkäufen.

[11] Handelspassiva

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß den versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Projected Unit Credit Method ermittelt. Hierbei werden grundsätzlich jene Sätze für Gehaltsentwicklung, Rentenanpassung und Rechnungszinsfuß zu Grunde gelegt, die den länderspezifischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Einige Konzernunternehmen entsprechen den landesüblichen Vorschriften durch Bildung von Versorgungsfonds.

[12] Rückstellungen
[Pensionsverpflichtungen](#)

Restrukturierungsrückstellungen werden angesetzt, wenn die in IAS 37 aufgeführten allgemeinen Ansatzkriterien erfüllt sind, ein detaillierter formaler Restrukturierungsplan aufgestellt und verabschiedet sowie dessen Umsetzung in der Zukunft sichergestellt ist.

[Restrukturierungsrückstellungen](#)

Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen sind in Höhe der ungewissen Verbindlichkeiten beziehungsweise der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

[13] Latente Steuern

Die Ermittlung der Latenten Steuern erfolgt nach dem bilanzbezogenen Temporary-Konzept, das die Wertansätze der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den Wertansätzen vergleicht, die für die Besteuerung des jeweiligen Konzernunternehmens zutreffend sind. Abweichungen in diesen Wertansätzen führen zu temporären Wertunterschieden, für die – unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Auflösung – latente Steueransprüche oder latente Steuerverpflichtungen zu bilden sind. Die Berechnung der Latenten Steuern erfolgt nach der Liability-Methode mit den zukünftig anzuwendenden landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird vorgenommen, wenn die Ertragsteuern von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

[14] Währungs- umrechnung

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden grundsätzlich zum Kassa-Mittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Im Konzernabschluss sind die Posten der Bilanz der ausländischen konsolidierten Unternehmen zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden ab dem Geschäftsjahr 2000 zu gewichteten Durchschnittskursen umgerechnet (Durchschnittskursmethode). Auswirkungen von Wechselkursveränderungen auf wesentliche Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung werden auf Seite 90 erläutert. Die Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden als kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung im Eigenkapital gezeigt. Die Umrechnung der Geschäfts- oder Firmenwerte erfolgt mit dem Kurs zum Zeitpunkt des Erwerbs. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Schulden- sowie aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden erfolgsneutral behandelt.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

[15] Zinsüberschuss		
in Mio €	2000	1999
Zinserträge	41 115	29 592
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	39 348	27 742
aus festverzinslichen Wertpapieren	1 767	1 850
Laufende Erträge	971	1 502
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	627	1 221
aus Beteiligungen	230	154
aus Anteilen an nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen	86	96
aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	28	31
Zinsaufwendungen	35 754	24 905
für Einlagen	24 895	17 601
für Verbriefte Verbindlichkeiten	9 702	6 305
für Nachrangkapital	1 157	999
Ergebnis aus dem Leasinggeschäft	479	430
Laufende Erträge aus dem Leasinggeschäft	865	1 112
Abschreibungen auf Leasinggegenstände	274	441
Sonstige Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	112	241
Insgesamt	6 811	6 619

[15] Zinsüberschuss

[16] Risikovorsorge im Kreditgeschäft		
in Mio €	2000	1999
Zu Lasten GuV gebildete Vorsorgen	1 675	2 079
Zu Gunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	1 111	1 321
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	76	50
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Währungsabsicherung	- 50	- 92
Insgesamt	438	616

[16] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

[17] Provisionsüberschuss		
in Mio €	2000	1999
Wertpapiergeschäft	4 828	3 320
Vermögensverwaltung	3 227	2 153
Zahlungsverkehr	770	700
Auslands- und Reisezahlungsmittelgeschäft	367	336
Kreditbearbeitung und Avalgeschäft	795	676
Übrige Bereiche	1 481	899
Insgesamt	11 468	8 084

[17] Provisionsüberschuss

Den Provisionserträgen in Höhe von 13 032 Mio € (1999: 9 205 Mio €) standen Provisionsaufwendungen von 1 564 Mio € (1999: 1 121 Mio €), insbesondere im Wertpapiergeschäft sowie für Vermögensverwaltung, gegenüber.

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermögensverwaltung, Verwaltung von Treuhandvermögen, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen sowie Fusionsberatung (M&A).

[18] Handelsergebnis

[18] Handelsergebnis*		
in Mio €	2000	1999
Effektenhandel	4 021	2 650
Zinstitel und zugehörige Derivate	822	1 161
Aktien und zugehörige Derivate	3 199	1 489
Devisen-, Metall- und Warenhandel	1 105	833
Devisenhandel	1 012	756
Metall- und Warenhandel	93	77
Sonstige Handelsgeschäfte	1 945	1 278
OTC-Derivate/Swaps	1 174	744
Andere Finanzgeschäfte	771	534
Handelsergebnis	7 071	4 761
bereinigt um den Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Handel in Eigenen Aktien	- 180	- 240
Handelsergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	6 891	4 521

* einschließlich den Handelsaktivitäten zuzuordnenden Zins- und Dividendenerträgen, Refinanzierungskosten und Provisionen

In den Anderen Finanzgeschäften ist insbesondere der Handel in Emerging Markets-Titeln sowie in Geldmarktpapieren und -derivaten enthalten. Dem Beschluss zur Interpretation SIC-16 des Standing Interpretations Committee folgend, der mit Beginn des Geschäftsjahres 2000 wirksam geworden ist, ist für den Handel in Eigenen Aktien kein Aufwand oder Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die entsprechenden Ergebnisse sind nach SIC-16 im Eigenkapital zu berücksichtigen. Die Vergleichszahlen sind entsprechend angepasst.

[19] Überschuss im Versicherungsgeschäft

in Mio €	2000	1999
Verdiente Netto-Beiträge	3 784	3 591
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	259	226
Erträge aus Kapitalanlagen	1 860	1 831
Sonstige Erträge	38	73
Erträge insgesamt	5 941	5 721
Aufwendungen für Versicherungsfälle	1 730	1 488
Veränderung versicherungstechnischer Netto-Rückstellungen	1 996	2 748
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	330	350
Aufwendungen für Kapitalanlagen	791	143
Sonstige Aufwendungen	209	180
Aufwendungen insgesamt	5 056	4 909
Überschuss vor Zuführung zur Beitragsrückerstattung	885	812
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	503	427
Insgesamt	382	385

[19] Überschuss im Versicherungsgeschäft

Durch höhere Netto-Beiträge und mehr Erträge aus Kapitalanlagen stieg der Überschuss im Versicherungsgeschäft vor Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattungen um 73 Mio € (+ 9,0 %) auf 885 Mio €. Dadurch konnte den Versicherungsnehmern über die Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen mit 503 Mio € ein um 76 Mio € höherer Betrag als im Vorjahr zugewiesen werden.

[20] Ergebnis aus Finanzanlagen

in Mio €	2000	1999
Gewinne/Verluste aus Finanzanlagen	3 647	2 062
Zuschreibungen zu/Abschreibungen auf Finanzanlagen	- 540	- 55
Insgesamt	3 107	2 007

[20] Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen waren im Geschäftsjahr 2000 ebenso wie in 1999 insbesondere die erzielten Gewinne aus der Platzierung von Anteilen an der Allianz AG enthalten.

[21] Verwaltungsaufwand

[21] Verwaltungsaufwand		
in Mio €	2000	1999
Personalaufwand	13 169	9 670
Löhne und Gehälter	10 983	8 020
Soziale Abgaben	1 037	857
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1 149	793
Andere Verwaltungsaufwendungen	6 580	5 112
Abschreibungen und Wertberichtigungen	1 288	964
Betriebs- und Geschäftsausstattung	687	633
Grundstücke und Gebäude	203	155
Immaterielle Vermögenswerte	349	140
Andere Vermögensgegenstände	49	36
Insgesamt	21 037	15 746

[22] Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

[22] Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
in Mio €	2000	1999
Sonstige Erträge	842	1 082
Sonstige laufende Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	842	481
Andere Erträge	–	601
Sonstige Aufwendungen	1 267	1 605
Sonstige laufende Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	440	597
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	672	473
Sonstige Steuern	95	97
Aufwendungen aus Verlustübernahme	2	3
Andere Aufwendungen	58	435
Insgesamt	– 425	– 523

Sonstige laufende Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

In den Sonstigen laufenden Erträgen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit waren vor allem Mieterträge aus Grundstücken und Gebäuden sowie Gewinne aus verkauften Sachanlagen enthalten.

Andere Erträge

Die im Vorjahr ausgewiesenen Anderen Erträge resultierten insbesondere aus einem einmaligen Gewinn von 576 Mio € aus Hedge-Geschäften zur Währungs-kursabsicherung des in US-Dollar kontrahierten Kaufpreises für Bankers Trust.

In den Sonstigen laufenden Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sind unter anderem Zuführungen zu Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste ausgewiesen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft betreffen, sowie die Aufwendungen für Hausbewirtschaftung der Deutschen Wohnen AG, Eschborn.

Sonstige laufende Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Die Anderen Aufwendungen enthalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit der Umstellung auf den Euro; 1999 zusätzlich jene für die Umstellung auf das Jahr 2000.

Andere Aufwendungen

[23] Restrukturierungsaufwand		
in Mio €	2000	1999
Aufwand für Restrukturierungsmaßnahmen	38	898
Bankers Trust Retention Payments	154	107
Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	162	121
Insgesamt	30	884

[23] Restrukturierungsaufwand

In diesen Posten gehen 30 Mio € Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen bei der Deutschen Financial Services Corp. ein. Darüber hinaus wurden bei der Eurohypo AG Aufwendungen in Höhe von 8 Mio € für Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Schließung des Geschäftsstellennetzes im Privatkundengeschäft berücksichtigt.

Aufwand für Restrukturierungsmaßnahmen

Im Zusammenhang mit der Akquisition von Bankers Trust wurde für bestimmte Mitarbeiter ein Retention Payment Program vereinbart.

Bankers Trust Retention Payments

Die Ansprüche werden über eine vertraglich festgelegte Mindestbetriebszugehörigkeit von durchschnittlich drei Jahren erworben. Der anteilige Betrag für das Geschäftsjahr 2000 beläuft sich auf 154 Mio €.

Von der im Geschäftsjahr 1997 im Rahmen der Strategischen Neuausrichtung des Konzerns gebildeten Restrukturierungsrückstellung wurden 71 Mio € aufgelöst. Darüber hinaus wurden von der im Geschäftsjahr 1999 im Zusammenhang mit der Integration von Bankers Trust gebildeten Restrukturierungsrückstellung 64 Mio € und von Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen in den Bereichen

Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen

Unternehmen und Immobilien sowie Global Technology and Services 27 Mio € aufgelöst. Diese Auflösungen waren vorzunehmen, da bestimmte Maßnahmen mit dem Auslaufen des jeweiligen Programms nicht mehr zur Umsetzung kommen.

**[24] Ertragsteuern auf
das Ergebnis aus der
gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit**

[24] Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
in Mio €	2000	1999
Tatsächliche Steuern	1 713	1 784
Latente Steuern	67	– 390
Insgesamt	1 780	1 394

Die Tatsächlichen Steuern errechneten sich auf Grundlage der steuerlichen Ergebnisse des Geschäftsjahres mit den von den jeweiligen Konzernunternehmen anzuwendenden landesspezifischen Steuersätzen.

In Deutschland wird auf die seit 1999 geltende Körperschaftsteuer von 40 % für einbehaltene Gewinne ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % erhoben. Dies führt zu einem effektiven Körperschaftsteuersatz von 42,2 %. Zusammen mit der Gewerbeertragsteuer von effektiv 10,225 % beträgt die Gesamtsteuerbelastung 2000 im Inland wie im Vorjahr 52,4 %. Soweit im zu versteuernden Einkommen Dividenden- oder andere Beteiligungserträge enthalten sind, die selbst einer Körperschaftsteuerbelastung von 45 % unterlegen haben, beträgt die Körperschaftsteuer weiterhin 45 %. Bei Ausschüttung sieht das deutsche Körperschaftsteuerrecht eine Minderung der zunächst mit 42,2 % belasteten Gewinne auf 31,65 % (30 % Körperschaftsteuer zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag) vor. Neben dieser Reduzierung der Körperschaftsteuer, die Bestandteil der Ausschüttung ist, erhält der in Deutschland steuerpflichtige Aktionär darüber hinaus eine auf seine persönliche Steuerschuld anrechenbare Steuergutschrift, die der verbleibenden Steuerbelastung von 31,65 % bei der ausschüttenden Gesellschaft entspricht (Anrechnungsverfahren).

Die Latenten Steuern ergaben sich aufgrund von Neubildungen und Auflösungen von temporären Wertunterschieden (– 8 Mio €), der Änderung von Steuersätzen (– 147 Mio €) sowie der Wertanpassung latenter Steueransprüche (+ 222 Mio €).

Die nachfolgende Tabelle stellt die Beziehung zwischen den aus dem Ergebnis vor Steuern abgeleiteten Ertragsteuern und den in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Ertragsteuern für 2000 dar (Überleitungsrechnung). Den abgeleiteten Ertragsteuern lag die inländische Gesamtsteuerbelastung von 52,4 % zu Grunde.

in Mio €	2000	1999
Abgeleitete Ertragsteuern aus dem Ergebnis vor Steuern	3 526	2 020
Minderung der inländischen Körperschaftsteuer auf Ausschüttungen	- 172	- 204
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	- 535	- 53
Nicht abzehbare Aufwendungen	+ 183	+ 131
Steuerbefreite Einnahmen	- 1 805	- 803
Wertanpassungen der latenten Steueransprüche	+ 222	+ 197
Abschreibungen auf Goodwill	+ 358	+ 247
Übrige	+ 3	- 141
Ausgewiesene Ertragsteuern	1 780	1 394

Der Hauptversammlung am 17. Mai 2001 wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der Deutschen Bank AG von 801 Mio € auszuschütten, was einer von 1,15 € auf 1,30 € je Aktie erhöhten Dividende entspricht.

[\[25\] Gewinnverwendung](#)

Der Ausweis eines Ergebnisses je Aktie sowie Angaben zu dessen Berechnung ist für Unternehmen verpflichtend, deren Aktien öffentlich an einer Wertpapierbörse gehandelt werden. Offen zu legen sind sowohl ein „Ergebnis je Aktie“ als auch ein „Bereinigtes Ergebnis je Aktie“. Eigene Aktien im Bestand werden zur Berechnung der Kennziffern zum Ergebnis je Aktie nicht bei der Ermittlung der durchschnittlich ausstehenden Aktien abgesetzt.

[\[26\] Kennziffern zum Ergebnis je Aktie](#)

In der nach IAS ermittelten Kennziffer „Ergebnis je Aktie“ wird der Jahresüberschuss nach Steuern (abzüglich des auf konzernfremde Gesellschafter entfallenden Ergebnisses) durch die durchschnittliche Zahl der während der Periode ausstehenden Stammaktien dividiert.

[Ergebnis je Aktie](#)

Bereinigtes Ergebnis je Aktie

Die ergänzend ausgewiesene Kennziffer „Bereinigtes Ergebnis je Aktie“ zeigt den möglichen Verwässerungseffekt, der daraus resultiert, dass sich aus eingeräumten Bezugsrechten die Zahl der Aktien erhöhen kann. Ebenso wird der Jahresüberschuss um Änderungen im Ertrag oder Aufwand bereinigt, die sich aus der Umwandlung der verwässerten potenziellen Stammaktien ergeben hätten. Demnach berechnet sich das „Bereinigte Ergebnis je Aktie“, indem das bereinigte Periodenergebnis (abzüglich Fremdanteile) durch die vermehrte potenzielle Aktienzahl dividiert wird.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Kennziffern und die ihnen zu Grunde liegende Stückzahl an Aktien dargestellt:

	2000	1999
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	9,02 €	4,86 €
Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)	7,93 €	4,06 €
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	8,86 €	4,67 €
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)	7,78 €	3,91 €
Durchschnittliche Stückzahl der umlaufenden Aktien	614 698 508	592 894 817
Aktienzahl einschließlich Erhöhungen, die sich aus eingeräumten Bezugsrechten ergeben haben oder ergeben können	625 948 432	616 580 994

Für den in der Hauptversammlung 1998 verabschiedeten Global Equity Plan sowie für den seit 1999 bestehenden db Share Plan wird das dafür zu Grunde gelegte „berichtigte Ergebnis je Aktie“ (APIPS) weiterhin nach dem bisherigen Berechnungsmodus ermittelt und erfährt durch die 1999 vorgenommene neue Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung keine Veränderung.

Angaben zur Bilanz

[27] Barreserve		
in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	16 113	13 404
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	1 859	8 475
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen	1 673	8 346
Wechsel	186	129
Insgesamt	17 972	21 879

[27] Barreserve

[28] Forderungen an Kreditinstitute				
in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Täglich fällige Verrechnungen	8 709	5 717	10 993	21 544
Geldanlagen	4 855	8 505	75 967	64 328
Kredite	7 675	9 255	9 214	6 104
Insgesamt	21 239	23 477	96 174	91 976
davon: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	3 511	6 946	50 812	54 085

[28] Forderungen an Kreditinstitute

[29] Forderungen an Kunden		
in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Inländische Kunden	154 681	149 937
Unternehmen und Finanzinstitute	60 743	57 006
Privat- und Geschäftskunden	69 685	68 860
Öffentliche Haushalte	23 522	23 251
Sonstige	731	820
Ausländische Kunden	218 924	202 434
Unternehmen und Finanzinstitute	197 571	181 723
Privat- und Geschäftskunden	16 636	16 133
Öffentliche Haushalte	4 556	3 763
Sonstige	161	815
Insgesamt	373 605	352 371
davon:		
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	75 365	82 840
Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	61 764	60 311
Kommunalkredite	28 876	29 594

[29] Forderungen an Kunden

Kredite an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	–	165	63	126
Forderungen an Kunden	993	1 885	1 986	1 181
Kapitalanlagen/Sonstige Aktiva der Versicherungsgesellschaften	11	6	–	–
Rückgriffsforderungen	–	92	–	85
Unwiderrufliche Kreditzusagen	48	66	82	147

[30] Kreditvolumen

[30] Kreditvolumen			
in Mio €	31.12.2000	31.12.1999	
Forderungen an Kunden*	289 897	268 660	
Wechselkredite**	195	130	
Kredite an Kreditinstitute	16 889	15 359	
Insgesamt	306 981	284 149	

* ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Wertpapierkassageschäfte

** soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen

Im Kreditvolumen sind Zinsabgrenzungen, Forderungen an Broker und Clearing-Häuser sowie andere Forderungen, die ursächlich nicht aus dem Kreditgeschäft resultieren, in Höhe von rund 25 Mrd € enthalten.

Vom Kreditvolumen entfielen 162,3 Mrd € (1999: 159,0 Mrd €) oder 52,9 % auf inländische und 144,7 Mrd € (1999: 125,1 Mrd €) oder 47,1 % auf ausländische Kreditnehmer.

[31] Leasinggeschäft

Die im Kreditvolumen enthaltenen Mietkauffinanzierungen (Finance Lease) erhöhten sich auf 5 873 Mio € (1999: 4 807 Mio €).

Die Summe der noch ausstehenden Leasingraten und der nicht garantierten Restwerte (Gross Investment in the Lease) betrug 6 622 Mio € (1999: 5 564 Mio €). Der Wert verteilt sich auf die folgenden Perioden:

in Mio €	31.12.2000
bis 1 Jahr	1 189
> 1 Jahr – 5 Jahre	3 089
über 5 Jahre	2 344
Insgesamt	6 622

Der Barwert der noch ausstehenden Leasingraten betrug 5 497 Mio €. Der Wert verteilt sich auf die folgenden Perioden:

in Mio €	31.12.2000
bis 1 Jahr	960
> 1 Jahr – 5 Jahre	2 656
über 5 Jahre	1 881
Insgesamt	5 497

Der Gesamtbetrag der noch nicht verdienten Zinskomponente belief sich auf 883 Mio €. Die nicht garantierten Restwerte, die zu Gunsten des Leasinggebers anfallen, betragen 299 Mio €. Im Ergebnis sind 2 Mio € als bedingte Mietzahlungen berücksichtigt. Die kumulierten Wertberichtigungen auf Leasingforderungen betragen 6 Mio €.

[32] Risikovorsorge

Entwicklung der Risikovorsorge

[32] Risikovorsorge								
	Bonitätsrisiken		Länderrisiken		Latente Risiken (Pauschalwert- berichtigung)		Insgesamt	
in Mio €	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Stand zum 1.1.	6 307*	5 917	756	1 034	836**	830	7 899	7 781
Zugänge								
zu Lasten GuV gebildete Vorsorgen	1 653	2 020	22	59	–	–	1 675	2 079
Abgänge								
zweckbestimmte Verwendung	1 027	842	303	–	–	–	1 330	842
zu Gunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	776	931	186	370	149	20	1 111	1 321
Effekte aus Wechsel- kursänderungen	57	100	5	33	3	20	65	153
Stand zum 31.12.	6 214	6 264	294	756	690	830	7 198	7 850

* nach Anpassung von 43 Mio € wegen Änderung des Konsolidierungskreises
** nach Anpassung von 6 Mio € wegen Änderung des Konsolidierungskreises

Aufgliederung des Vorsorgebestandes

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	234	573
Forderungen an Kunden	6 510	6 704
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	1	4
Sonstige Positionen (Avale, Akkreditive usw.)	453	569
Insgesamt	7 198	7 850

Im Kreditportfolio waren ertraglos gestellte wertberichtigte Engagements in Höhe von 4,4 Mrd € (1999: 4,1 Mrd €) enthalten.

Kennziffern zur Risikovorsorge

in % des Kreditvolumens	2000	1999
Ausfallquote	0,43	0,30
Bestandsquote	2,32	2,75

[33] Handelsaktiva

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	152 338	123 960
Geldmarktpapiere	19 585	21 816
Anleihen und Schuldverschreibungen		
von öffentlichen Emittenten	80 705	66 364
von anderen Emittenten	52 048	35 780
davon: eigene Schuldverschreibungen	2 880	1 743
darunter: börsenfähige Werte	152 338	123 960
davon: börsennotiert	130 012	95 875
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	80 298	45 703
Aktien	77 714	43 225
Investmentanteile	1 064	1 632
Sonstige	1 520	846
darunter: börsenfähige Werte	80 284	45 340
davon: börsennotiert	77 726	42 223
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	53 764	61 351
Sonstige Handelsbestände	4 004	1 986
Insgesamt	290 404	233 000

[33] Handelsaktiva

Die aktuellen Wiederbeschaffungskosten der noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte aus Handelsaktivitäten betragen zum Jahresende 144,6 Mrd € (1999: 119,8 Mrd €).

Unter Berücksichtigung durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen in Höhe von 90,8 Mrd € (1999: 58,4 Mrd €) beliefen sich die Positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten auf 53,8 Mrd € (1999: 61,4 Mrd €).

In der Position Finanzanlagen von 82 290 Mio € (1999: 70 206 Mio €) sind Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und an nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen sowie Sonstige Finanzanlagen zusammengefasst ausgewiesen.

[34] Finanzanlagen

Aufgliederung und Entwicklung

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Aufgliederung und Entwicklung der Finanzanlagen im Einzelnen:

in Mio €	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Finanzanlagen		
			Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Sonstiger Anteilsbesitz
Anschaffungskosten					
Stand 1.1.2000	1 494	1 533	50 611	13 579	3 651
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 6	-	20 024	- 2 782	112
Wechselkursänderungen	-	- 33	722	46	195
Zugänge	308	495	24 304	7 944	1 327
Umbuchungen	- 4	143	-	56	- 195
Abgänge	622	44	34 212	4 327	975
Stand 31.12.2000	1 170	2 094	61 449	14 516	4 115
Kumulierte Veränderungen aus der Equity-Bewertung					
	-	- 154	-	-	-
Abschreibungen					
Stand 1.1.2000	86	-	176	179	89
Wechselkursänderungen	- 1	-	10	11	2
Laufende Abschreibungen	6	-	40	392	105
Zuschreibungen im Berichtsjahr	-	-	-	3	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	34	-	153	2	3
Stand 31.12.2000	57	-	73	577	193
Buchwerte					
Stand 31.12.1999	1 408	1 401	50 435	13 400	3 562
Stand 31.12.2000	1 113	1 940	61 376	13 939	3 922
davon:					
börsenfähige Werte	-	-	61 376	8 842	-
börsennotierte Werte	-	-	38 604	7 655	-

Von den Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen entfielen 39 Mio € auf Anteile an Kreditinstituten. Die Anteile an at equity bewerteten Kreditinstituten betragen 79 Mio €. In den Sonstigen Finanzanlagen waren Beteiligungen in Höhe von 5 404 Mio € enthalten, darunter 898 Mio € an Kreditinstituten.

Die kumulierten Veränderungen aus der Equity-Bewertung beinhalten den Saldo aus anteiligen Gewinnen und Verlusten sowie Ausschüttungen in Höhe von minus 22 Mio € aus dem Geschäftsjahr 2000.

Es bestanden keine Konsortialbindungen, sonstige Veräußerungsbeschränkungen oder Beschränkungen bei der Vereinnahmung von Erträgen aus der Veräußerung.

Die nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, die assoziierten Unternehmen, der wesentliche übrige Anteilsbesitz ab 20 % und die Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes – im Anschluss an die konsolidierten Unternehmen – im Einzelnen aufgeführt. Hierin sind auch die Angaben zu jenen Gesellschaften integriert, bei denen die Deutsche Bank AG unbeschränkt haftender Gesellschafter ist. Das Anteilsbesitzverzeichnis ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt, kann aber auch kostenlos angefordert werden.

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	61 376	50 435
Geldmarktpapiere	14 790	9 293
Anleihen und Schuldverschreibungen		
von öffentlichen Emittenten	20 804	18 022
von anderen Emittenten	25 782	23 120
davon: eigene Schuldverschreibungen	7 388	9 875
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13 939	13 400
Aktien	12 837	6 804
Investmentanteile	969	6 372
Sonstige	133	224
Insgesamt	75 315	63 835

Wertpapier-
anlagebestände

Der Anstieg der Schuldverschreibungen und Aktien sowie der Rückgang der Investmentanteile beruhen im Wesentlichen auf Erstkonsolidierungen gemäß SIC-12, insbesondere auf dem Einbezug von Spezialfonds.

Angaben zu
Kursreserven

Der Marktwert der börsennotierten Wertpapiere (einschließlich der über Vorschaltgesellschaften gehaltenen Bestände) belief sich auf insgesamt 61,5 Mrd €. Dieser Betrag ergab sich aus den Marktwerten der Anteile an Unternehmen im Nichtbankenbereich von 17,9 Mrd € (siehe nachfolgende Tabelle), des übrigen Anteilsbesitzes von 5,2 Mrd € – im Wesentlichen unter 5 % – sowie der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere von 38,4 Mrd €. Diesen Marktwerten standen Buchwerte von 38,6 Mrd € für Schuldverschreibungen und 7,7 Mrd € für Aktien sowie 0,3 Mrd € für Vorschaltgesellschaften gegenüber, so dass sich hieraus eine Kursreserve von 14,9 Mrd € (1999: 18,3 Mrd €) errechnete.

Die durchgerechneten Anteile am Kapital und Marktwerte im Einzelnen:

	Anteil am Kapital* in %	Marktwert 31.12.2000 in Mio €
Allianz AG**	4,2	3 987
BHS tabletop AG	28,9	8
Continental AG	7,8	175
DaimlerChrysler AG	12,1	5 312
Deutsche Beteiligungs AG Unternehmensbeteiligungsgesellschaft	15,3	85
DEUTZ AG	25,4	43
Heidelberger Zement AG (Anteil am stimmberechtigten Kapital 8,9 %)	9,2	267
Philipp Holzmann AG	19,6	33
LEONI AG	8,8	17
Linde AG**	10,1	613
mg technologies ag	9,3	212
Motor-Columbus AG	9,9	92
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG	9,7	6 521
NÜRNBERGER Beteiligungs-AG**	26,4	304
Phoenix AG	13,1	24
Südzucker AG (Anteil am stimmberechtigten Kapital 14,2 %)	11,4	199
Vossloh AG**	8,4	18
WMF Württembergische Metallwarenfabrik AG** (Anteil am stimmberechtigten Kapital 15,2 %)	10,1	23
Insgesamt		17 933
Clean Car AG	43,8	
DIVACO AG & Co. KG (Anteil am stimmberechtigten Kapital 19,4 %)	38,9	
Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (Anteil am stimmberechtigten Kapital 24,9 %)	30,0	
Mannesmann Arcor AG & Co. KG	8,2	
SMATcom AG	45,0	
Tele Columbus GmbH	100,0	

* einschließlich der von konsolidierten Spezialfonds gehaltenen Anteile

** teilweise Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften

Wesentlicher
Anteilsbesitz im
Nichtbankenbereich ...

... börsennotierte
Gesellschaften

... nicht börsennotierte
Gesellschaften

Bei dem vorstehenden Anteilsbesitz verfolgen wir ausschließlich finanzielle Ziele und nehmen keinen Einfluss auf operative Entscheidungen. Aus diesem Grund sind die Anteile generell zu Anschaffungskosten bewertet.

**[35] Immaterielle
Vermögenswerte**

[35] Immaterielle Vermögenswerte

in Mio €	Goodwill	Selbst erstellte Software	Sonstige
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand 1.1.2000	9 325	722	145
Goodwill-Anpassung	– 62	–	–
Veränderung des Konsolidierungskreises	812	22	20
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	1	8
Zugänge	–	180	84
Umbuchungen	–	–	–
Abgänge	–	1	37
Stand 31.12.2000	10 075	924	220
Abschreibungen			
Stand 1.1.2000	1 229	406	21
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	–	2
Laufende Abschreibungen	672	126	51
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	170	2
Zuschreibungen	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–
Abgänge	12	–	1
Stand 31.12.2000	1 889	702	75
Buchwerte			
Stand 31.12.1999	8 096	316	124
Stand 31.12.2000	8 186	222	145

Die Goodwill-Anpassung resultiert mit 60 Mio € (nach Steuern) aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen bei Bankers Trust. Weitere 2 Mio € betreffen eine nachträgliche Kaufpreisminderung für die Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel.

In den Zugängen des Goodwill aus Erstkonsolidierung waren insbesondere 678 Mio € aus dem Erwerb der National Discount Brokers Group sowie 57 Mio € aus dem Kauf der First Australian Property Group enthalten.

Herstellungskosten selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände (Selbst erstellte Software) in Höhe von 180 Mio € wurden aktiviert.

In Vorjahren aktivierte selbst erstellte sowie gekaufte Software wurde vor dem Hintergrund von E-Commerce-Projekten neu beurteilt; auf die zulässige Aktivierung von Gemeinkosten für Selbst erstellte Software wurde verzichtet. Den aus der neuen Beurteilung resultierenden Wertminderungen wurde mittels außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

[36] Sachanlagen**[36] Sachanlagen**

in Mio €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Leasing- anlagen
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand 1.1.2000	4 828	4 206	3 904
Veränderung des Konsolidierungskreises	37	162	248
Effekte aus Wechselkursänderungen	49	36	101
Zugänge	382	847	903
Umbuchungen	- 4	-	4
Abgänge	87	369	2 163
Stand 31.12.2000	5 205	4 882	2 997
Abschreibungen			
Stand 1.1.2000	652	2 246	991
Effekte aus Wechselkursänderungen	-	9	- 1
Laufende Abschreibungen	203	687	274
Außerordentliche Wertminderungen	-	-	-
Zuschreibungen im Berichtsjahr	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-
Abgänge	13	276	884
Stand 31.12.2000	842	2 666	380
Buchwerte			
Stand 31.12.1999	4 176	1 960	2 913
Stand 31.12.2000	4 363	2 216	2 617

Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 2 652 Mio € (1999: 2 275 Mio €) wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt. Erträge aus der Vermietung von Sachanlagen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 198 Mio € (1999: 199 Mio €). Für Sachanlagen wurden Anzahlungen in Höhe von 71 Mio € (1999: 43 Mio €) geleistet.

Die Leasinganlagen verteilen sich auf nachstehende Gruppen des Anlagevermögens:

Operating Lease

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Grundstücke und Gebäude	21	264
Büroausstattung und Nachrichtentechnik	37	178
Kraftfahrzeuge	851	722
Flugzeuge	1 698	1 306
Technische Anlagen und Maschinen	10	217
Sonstige	0	226
Insgesamt	2 617	2 913

Die künftig zu erhaltenden Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverhältnissen (Operating Lease) in Höhe von 1 804 Mio € (1999: 2 122 Mio €) besitzen folgende Fälligkeitsstruktur:

in Mio €	31.12.2000
bis 1 Jahr	459
> 1 Jahr – 5 Jahre	1 127
über 5 Jahre	218
Insgesamt	1 804

[37] Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften

Für die Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften ergibt sich folgende Gliederung:

[37] Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften								
in Mio €	Bilanzwert 31.12.1999	Veränderung des Kon- solidierungs- kreises	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwert 31.12.2000
Grundstücke und Gebäude	686	–	25	–	–	–	26	685
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	147	– 32	1	–	–	–	–	116
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4 995	– 923	3 964	– 308	3 305	1	159	4 265
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 576	1 123	2 788	– 99	2 485	–	6	2 897
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	7 846	35	1 411	–	506	–	–	8 786
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2 270	1	801	–	1 076	–	1	1 995
Einlagen bei Kreditinstituten	386	5	209	–	98	–	–	502
Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern	3 139	9	14 714	407	8 734	21	147	9 409
Sonstige	484	–	46	–	217	–	–	313
Insgesamt	21 529	218	23 959	0	16 421	22	339	28 968
Aufrechnungen	– 63							– 68
Kapitalanlagen nach Aufrechnung	21 466*							28 900

* nach Anpassung von 6 Mio € Wechselkursänderungen

In den Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften waren Anlagen bei konsolidierten verbundenen Unternehmen in Höhe von 1 298 Mio € (1999: 1 195 Mio €) enthalten. Die Aufrechnungen betrafen ausschließlich die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung zu berücksichtigenden Anteile an konsolidierten Unternehmen.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises resultiert im Wesentlichen aus dem erstmaligen Einbezug der Spezialfonds nach SIC-12.

[38] Ertragsteueransprüche		
in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Tatsächliche Steuern	1 178	1 896
Latente Steuern	3 973	5 381
Insgesamt	5 151	7 277

[38] Ertragsteueransprüche

Die latenten Steueransprüche ergaben sich nach vorzunehmender Aufrechnung mit den entsprechenden latenten Steuerverpflichtungen.

Vor Saldierung verteilen sich die latenten Steueransprüche auf folgende Bilanzpositionen und Sachverhalte:

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Finanzanlagen	549	606
Sachanlagen	329	513
Finanzierungsleasing	576	1 250
Sonstige Aktiva	1 702	1 495
Steuerliche Verlustvorträge	823	942
Risikovorsorge	350	361
Pensionsrückstellungen	390	694
Sonstige Rückstellungen	586	425
Handelsaktiva/-passiva	12 155	2 013
Sonstige Passiva	5 711	80
Latente Steueransprüche (brutto)	23 171	8 379

Für zeitlich unbefristete steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 866 Mio € (1999: 978 Mio €) und für noch nicht genutzte steuerliche Vergünstigungen von 574 Mio €

wurden keine Latenten Steuern angesetzt, da nicht hinreichend sicher ist, dass zukünftig Erträge zur Nutzung dieses Steuerpotenzials zur Verfügung stehen. Neue Erkenntnisse in zukünftigen Geschäftsjahren können eine Anpassung der latenten Steueransprüche erfordern.

[39] Sonstige Aktiva

[39] Sonstige Aktiva		
in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Sonstige Vermögensgegenstände	9 112	4 926
Sonstige Aktiva der Versicherungsgesellschaften	1 482	1 137
Rechnungsabgrenzungsposten	3 153	2 409
Insgesamt	13 747	8 472

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände enthalten unter anderem Options- und Swap-Prämien (Anlagebuch), Ausgleichsposten aus Währungsabsicherungsgeschäften, zum Einzug erhaltene Werte sowie Private Equity Investments, soweit diese nicht den Finanzanlagen zuzuordnen sind.

Der Anstieg der Gesamtposition ist im Wesentlichen auf die Private Equity Investments und höhere Optionsprämien zurückzuführen.

Sonstige Aktiva der Versicherungsgesellschaften

In den Sonstigen Aktiva der Versicherungsgesellschaften sind vor allem Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie Zins- und Mietforderungen enthalten.

[40] Nachrangige Vermögensgegenstände

[40] Nachrangige Vermögensgegenstände		
in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	2	61
Forderungen an Kunden	115	389
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	250	558
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28	76
Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften	415	538
Insgesamt	810	1 622

[41] Pensionsgeschäfte

Zum 31.12.2000 betrug der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände 47 401 Mio € (1999: 23 619 Mio €).

[42] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Täglich fällig	9 089	8 480	43 086	36 406
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20 361	16 220	105 231	113 549
Insgesamt	29 450	24 700	148 317	149 955

[42] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthielten begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 1 063 Mio € (1999: 989 Mio €), begebene Öffentliche Namenspfandbriefe in Höhe von 868 Mio € (1999: 614 Mio €) sowie durch Wertpapiere unterlegte Gelder in Höhe von 34 474 Mio € (1999: 49 665 Mio €).

[43] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio €	Spareinlagen				Bauspareinlagen	
	mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		31.12.2000	31.12.1999
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999		
Inländische Kunden	6 422	7 218	14 357	12 256	2 482	2 375
Unternehmen und Finanzinstitute	7	10	17	16	–	–
Privat- und Geschäftskunden	6 387	7 174	14 207	12 132	2 482	2 375
Öffentliche Haushalte	1	3	6	4	–	–
Sonstige	27	31	127	104	–	–
Ausländische Kunden	3 564	3 763	1 513	1 269	–	–
Unternehmen und Finanzinstitute	181	6	–	1	–	–
Privat- und Geschäftskunden	3 376	3 749	1 509	1 266	–	–
Öffentliche Haushalte	1	1	1	–	–	–
Sonstige	6	7	3	2	–	–
Insgesamt	9 986	10 981	15 870	13 525	2 482	2 375

[43] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden Spareinlagen und Bauspareinlagen

Andere Verbindlichkeiten

in Mio €	Andere Verbindlichkeiten			
	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Inländische Kunden	38 451	33 864	47 893	46 237
Unternehmen und Finanzinstitute	24 340	18 776	34 043	32 821
Privat- und Geschäftskunden	13 351	14 279	11 848	11 883
Öffentliche Haushalte	274	309	1 191	750
Sonstige	486	500	811	783
Ausländische Kunden	96 226	82 872	123 681	101 188
Unternehmen und Finanzinstitute	83 625	74 032	102 829	84 418
Privat- und Geschäftskunden	10 604	8 053	10 929	10 062
Öffentliche Haushalte	1 203	619	9 634	6 346
Sonstige	794	168	289	362
Insgesamt	134 677	116 736	171 574	147 425

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden waren 7 949 Mio € begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe (1999: 7 959 Mio €), 4 444 Mio € begebene Öffentliche Namenspfandbriefe (1999: 4 536 Mio €) sowie 50 557 Mio € (1999: 57 653 Mio €) durch Wertpapiere unterlegte Gelder enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24	185	107	114
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	392	418	532	836
Sonstige Passiva der Versicherungsgesellschaften	2	1	–	–
Eventualverbindlichkeiten	–	173	206	20

[44] Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Begebene Schuldverschreibungen	94 401	88 004
Begebene Geldmarktpapiere	91 268	64 319
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	1 556	2 404
Sonstige	13 516	9 333
Insgesamt	200 741	164 060
davon:		
Hypothekendarlehen	11 539	9 915
Öffentliche Darlehen	34 499	29 557

[44] Verbriefte Verbindlichkeiten

Die Handelspassiva enthielten die Short-Positionen aus Wertpapier-Leerverkäufen in Höhe von 73 118 Mio € (1999: 57 593 Mio €) sowie Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen von Netting-Vereinbarungen mit Positiven Marktwerten aus Handelsaktiva verrechnet wurden, in Höhe von 54 019 Mio € (1999: 65 675 Mio €).

[45] Handelspassiva**[46] Rückstellungen**

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4 237	4 174
Versicherungstechnische Rückstellungen	27 937	20 361
Restrukturierungsrückstellung	193	974
Sonstige Rückstellungen	6 824	6 246
Insgesamt	39 191	31 755

[46] Rückstellungen

Die Gesellschaften des Konzerns Deutsche Bank gewähren dem Großteil ihrer Mitarbeiter Leistungen der betrieblichen Altersversorgung. Die Pensionspläne sind teils beitrags-, überwiegend jedoch leistungsdefiniert. Beide Arten von Plänen sind gehaltsabhängig. Die nach den leistungsdefinierten Pensionsplänen vorgesehenen Leistungen hängen darüber hinaus in aller Regel von der Dauer der Konzernzugehörigkeit ab.

Pensionsverpflichtungen

Die Versorgungsleistungen für die Mitarbeiter werden bei den inländischen Gesellschaften überwiegend intern, bei den ausländischen extern – teils über Fonds – finanziert. In externen Fonds vorhandenes Vermögen (Planvermögen) wird mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet.

Die leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Jahresabschluss nach folgenden Grundsätzen berücksichtigt:

Der Verpflichtungsumfang wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bestimmt, wie sie in IAS 19 (revised 1998) des International Accounting Standards Committee (IASC) festgelegt sind. Danach ist das so genannte laufende Einmalprämienverfahren (Projected Unit Credit Method) zur Bewertung der Verpflichtungen und zur Ermittlung der Aufwendungen anzuwenden. Der Sollwert der Pensionsverpflichtung ist der Barwert der zum Bewertungsstichtag erworbenen Pensionsansprüche (Present Value of the Defined Benefit Obligation).

Die Höhe der Rückstellung des aktuellen Geschäftsjahres ergibt sich aus der Rückstellung des Vorjahres zuzüglich des zum Beginn des Geschäftsjahres ermittelten Pensionsaufwands abzüglich der baren Belastungen des aktuellen Geschäftsjahres.

Im Zusammenhang mit den Pensionsplänen entstehende Gewinne beziehungsweise Verluste beruhen unter anderem auf nicht planmäßigem Risikoverlauf (Abweichung der tatsächlichen von den erwarteten Invaliditäts- oder Todesfällen), Änderungen der Berechnungsparameter (insbesondere Rechnungszinsfuß, Anwartschafts- und Rentendynamik) sowie unerwarteten Vermögensgewinnen beziehungsweise -verlusten beim Planvermögen. Diese Gewinne beziehungsweise Verluste werden so lange nicht erfolgswirksam berücksichtigt, bis die aufgelaufenen beziehungsweise ungetilgten Beträge 10 % des Maximums aus dem Sollwert der Pensionsverpflichtungen und dem Planvermögen übersteigen (Korridorverfahren).

Finanzierungsstatus

Hieraus resultiert folgender Finanzierungsstatus:

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen abzüglich 559 Mio € (31.12.1999: 540 Mio €) aktivierter Überdotierung des Planvermögens	3 678	3 634
Noch nicht getilgter Übergangsfehlbetrag	+ 18	-
Noch nicht amortisierter Gewinn (-)/Verlust (+)	+ 112	- 308
Marktwert des Planvermögens	+ 2 402	+ 2 292
Sollwert der Pensionsverpflichtungen	6 210	5 618

Das Planvermögen hat sich dabei wie folgt entwickelt:

Entwicklung des
Planvermögens

in Mio €	2000	1999
Marktwert des Planvermögens zum Ende des Vorjahrs	2 292	794
Zugänge des Planvermögens aus Erstkonsolidierungen	–	+ 1 051
Effekte aus Wechselkursänderungen	+ 88	+ 131
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	+ 44	+ 319
Zuwendungen zum Planvermögen	+ 92	+ 57
Gezahlte Versorgungsleistungen aus dem Planvermögen	– 104	– 59
Auswirkungen von Abfindungen beziehungsweise Übertragungen	– 10	– 1
Marktwert des Planvermögens zum Ende der Periode	2 402	2 292

Die Entwicklungen der Rückstellungen für die leistungsdefinierten Pensionspläne und der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Aufwendungen und Erträge sind in folgender Übersicht dargestellt:

Entwicklung der
Pensionsrückstellungen

in Mio €	2000	1999
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen abzüglich aktivierter Überdotierung des Planvermögens zum Ende des Vorjahrs	3 634	3 855
Zugänge zu Rückstellungen für Pensionen abzüglich aktivierter Überdotierung des Planvermögens aus Erstkonsolidierungen	–	– 344
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 4	– 3
Tilgung des Übergangsfehlbetrags	– 50	–
Tilgung der nicht realisierten Gewinne (–) oder Verluste (+)	– 14	–
Dienstzeitaufwand aus vergangenen Perioden	– 1	–
Laufender Dienstzeitaufwand für die im Geschäftsjahr erworbenen Pensionsansprüche	+ 321	+ 241
Zinsaufwand	+ 337	+ 277
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	– 147	– 188
Auswirkungen von Abfindungen beziehungsweise Übertragungen	– 77	+ 4
Versorgungsleistungen des Unternehmens	– 229	– 151
Zuwendungen zum Planvermögen	– 92	– 57
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen abzüglich 559 Mio € (31.12.1999: 540 Mio €) aktivierter Überdotierung des Planvermögens zum Ende der Periode	3 678	3 634

Maßgebliche Bandbreiten

Bei der versicherungsmathematischen Bewertung der Verpflichtungen wurden Parameter verwendet, die den jeweiligen lokalen ökonomischen Bedingungen der Konzernunternehmen entsprechen.

Rechnungszinsfuß	4,0 % bis 9,0 %
Anwartschafts-/Gehaltsdynamik	2,0 % bis 6,0 %
Rentendynamik	bis 2,5 %

Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden jeweils aktuelle versicherungsmathematisch abgeleitete Wahrscheinlichkeiten verwendet. Ferner wurden Fluktuationswahrscheinlichkeiten in Abhängigkeit von Alter und Dienstjahren berücksichtigt.

Die Aufwendungen für die beitragsdefinierten Pensionspläne betragen im Geschäftsjahr 138 Mio €.

Versicherungstechnische Rückstellungen

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung*	9 424	3 735
Andere versicherungstechnische Rückstellungen	18 513	16 626
Deckungsrückstellung	16 129	14 623
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	540	216
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	1 395	1 143
Übrige Rückstellungen	449	644
Insgesamt	27 937	20 361

* soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Versicherungstechnischen Rückstellungen stellen die Verpflichtungen des Versicherungsunternehmens gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten dar und sind durch Kapitalanlagen auf der Aktivseite der Bilanz zu unterlegen.

Die Restrukturierungsrückstellung entwickelte sich im Geschäftsjahr 2000, gegliedert nach Maßnahmenprogrammen, wie folgt:

Restrukturierungs-
rückstellung

in Mio €	Strategische Neuausrichtung des Konzerns	Integration Bankers Trust	Andere Restruk- turierungs- programme	Insgesamt
Stand zum 1.1.2000	294	479*	234	1 007
Zuführung im Berichtsjahr	–	–	38	38
Zweckbestimmte Verwendung für				
Personalmaßnahmen	139	232	74	445
Infrastrukturmaßnahmen	33	105	29	167
Auflösung	71	142	27	240
Stand zum 31.12.2000	51	0	142	193

* nach Anpassung von 33 Mio € Effekten aus Wechselkursänderungen

Die Personalmaßnahmen umfassen Beendigungen von Arbeitsverhältnissen mittels Aufhebungsverträgen, Vorruhestandsvereinbarungen und Altersteilzeitverträgen.

Unter Infrastrukturmaßnahmen fallen insbesondere Abmiet- und Rückbaukosten wegen aufgegebenen Geschäftsräume sowie Abschreibungen auf Hard- und Software, für die nach Restrukturierung von Prozessen beziehungsweise Aufgabe der jeweiligen Bereiche keine Verwendung mehr besteht.

Im Konzernabschluss 1997 wurde für das Programm zur Strategischen Neuausrichtung des Konzerns ein Betrag von 915 Mio €, davon 0,7 Mrd € für Personalmaßnahmen und 0,2 Mrd € für Infrastrukturmaßnahmen, zurückgestellt. Das Programm war für einen 3-Jahres-Zeitraum geplant und lief somit Ende 2000 aus.

Strategische
Neuausrichtung
des Konzerns

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 1999 wurden unter Berücksichtigung von Effekten aus Wechselkursveränderungen insgesamt 566 Mio € zweckbestimmt verwendet.

Im Geschäftsjahr 1999 waren Zuführungen in Höhe von 59 Mio € aufgrund festgestellter zusätzlicher Kosten zur Umsetzung der seinerzeit geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Restrukturierung, insbesondere im Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden, notwendig. Diese Kosten konnten bei der ursprünglichen Rückstellungsbildung noch nicht berücksichtigt

Integration von Bankers Trust

werden, da die Höhe der Kosten zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkret und zuverlässig genug bestimmt werden konnte. Auf der anderen Seite wurden 121 Mio € in 1999 aufgelöst, da bestimmte Maßnahmen vor dem Hintergrund der Akquisition von Bankers Trust nicht mehr zur Umsetzung kamen.

Danach verblieb für das Jahr 2000 für noch zur Umsetzung ausstehende Maßnahmen ein Betrag von 294 Mio €. Davon wurden 172 Mio € im Geschäftsjahr 2000 zweckbestimmt verwendet.

Für die Umsetzung von Maßnahmen im Retail Banking stehen für 2001 noch 51 Mio € zur Verfügung, die aus der Zuführung im Geschäftsjahr 1999 stammen. Aufgrund des notwendigen Abstimmungsprozesses mit dem Betriebsrat konnte mit der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 begonnen werden. Insofern wird das Programm erst in 2001 abgeschlossen.

Danach verblieb ein Restbetrag von 71 Mio €, für den eine zweckbestimmte Verwendung nicht mehr gegeben war und der deshalb aufgelöst wurde.

Durch die Erstkonsolidierung von Bankers Trust in 1999 stiegen die Restrukturierungsrückstellungen um 630 Mio €, die Goodwill-wirksam berücksichtigt wurden. Darüber hinaus wurden im Konzernabschluss 1999 531 Mio € aufwandswirksam für Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Akquisition von Bankers Trust neu gebildet. Von dem Gesamtbetrag von 1,2 Mrd € waren 0,9 Mrd € für Personalmaßnahmen vorgesehen und 0,3 Mrd € für Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigt.

Mit der Umsetzung der Maßnahmen wurde bereits im zweiten Halbjahr 1999 begonnen; 715 Mio € wurden ihrer zweckbestimmten Verwendung zugeführt.

Danach standen unter Berücksichtigung von 33 Mio € Wechselkursänderungen für die bis zum Ende des Jahres 2000 umzusetzenden Maßnahmen noch 479 Mio € zur Verfügung. Im Geschäftsjahr 2000 wurden 337 Mio € zweckbestimmt verwendet.

Die Umsetzung des Restrukturierungsplans war bis zum Jahresende 2000 vorgesehen. Bestimmte Maßnahmen sind nicht zur Umsetzung gekommen, so dass 142 Mio € aufgelöst wurden, davon 64 Mio € erfolgs- und 78 Mio € Goodwill-wirksam.

Unter diesem Posten sind insbesondere Rückstellungen für die Restrukturierung der Vertriebsplattform im Rahmen der Ausgründung des Retail Banking sowie bestimmte Restrukturierungsmaßnahmen im Bereich Global Technology and Services und im Bereich Unternehmen und Immobilien zusammengefasst. Die entsprechenden Maßnahmepläne sehen einen Umsetzungszeitraum von einem Jahr vor.

Andere Restrukturierungs-rückstellungen

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr 2000 ein Betrag von 103 Mio € zweckbestimmt verwendet.

Mit der Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen der Restrukturierung der Vertriebsplattform der Deutschen Bank 24 AG konnte aufgrund des notwendigen Abstimmungsprozesses mit dem Betriebsrat erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 begonnen werden. Es stehen daher noch 135 Mio € für die im Geschäftsjahr 2001 umzusetzenden Maßnahmen zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2000 wurden den Restrukturierungsrückstellungen 38 Mio € für bei der Deutschen Financial Services Corp. und der Eurohypo AG umzusetzende Restrukturierungsmaßnahmen zugeführt, von denen noch 7 Mio € für 2001 zur Verfügung stehen.

Bestimmte Maßnahmen in den Bereichen Global Technology and Services sowie Unternehmen und Immobilien sind nicht zur Umsetzung gekommen, so dass 27 Mio € erfolgswirksam aufgelöst wurden.

Der Anstieg der Sonstigen Rückstellungen ist hauptsächlich auf höhere, noch nicht gezahlte erfolgsabhängige Vergütungen zurückzuführen. Darüber hinaus sind in dieser Position im Wesentlichen weitere Rückstellungen für Leistungen im Personalbereich, für Wertpapier-/Derivategeschäfte im Anlagebuch und für rechtliche Risiken enthalten.

Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

in Mio €	Personal- bereich	Wertpapier-/ Derivategeschäft im Anlagebuch	Rechtliche Risiken	Sonstige
Stand zum 1.1.2000	4 927	129	262	928
Wechselkursänderungen/ Veränderung des Konsolidierungskreises	136	–	6	99
Zuführung	5 016	79	75	1 058
Inanspruchnahme	4 042	20	163	1 281
Auflösung (nicht ausgenutzte Beträge)	221	1	11	152
Stand zum 31.12.2000	5 816	187	169	652

Die Rückstellungen im Personalbereich beinhalten im Wesentlichen erfolgsabhängige Vergütungen, die überwiegend im 1. Halbjahr 2001 an die Mitarbeiter gezahlt werden.

[47] Ertragsteuer- verpflichtungen

Die Steuerverpflichtungen für Tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Nachzahlungen gegenüber Öffentlichen Haushalten. Nach Aufrechnung mit entsprechenden latenten Steueransprüchen wurden die latenten Steuerverpflichtungen mit 3127 Mio € ausgewiesen.

Die Latenten Steuern sind zukünftige Steuerbelastungen, die sich – vor Saldierung – aus der Auflösung von Wertunterschieden in den folgenden Bilanzposten ergeben:

Steuerverpflichtungen

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Finanzierungsleasing	1 593	1 578
Handelsaktiva/-passiva	11 052	1 008
Finanzanlagen	735	383
Sachanlagen	357	528
Sonstige Passiva	7 656	3 845
Latente Steuerverpflichtungen (brutto)	21 393	7 342

Auf einbehaltene Gewinne der Tochtergesellschaften in Höhe von 3 344 Mio € (1999: 1 327 Mio €) sind latente Steuerverpflichtungen nicht ermittelt worden, da dies mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden gewesen wäre.

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Tatsächliche Steuern	2 684	3 508
Latente Steuern	3 127	4 344
Insgesamt	5 811	7 852

[48] Sonstige Passiva

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Rechnungsabgrenzungsposten	3 552	2 146
Sonstige Verbindlichkeiten	5 691	3 745
Sonstige Passiva der Versicherungsgesellschaften	2 044	1 814
Insgesamt	11 287	7 705

[48] Sonstige Passiva

Sonstige Verbindlichkeiten enthalten unter anderem abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für das Nachrangkapital, abzuführende Steuern und Versicherungsbeiträge aus Lohn- und Gehaltsabrechnungen sowie sonstige Steuern. Außerdem werden hier andere Verbindlichkeiten, die nicht aus dem Bankgeschäft resultieren, ausgewiesen.

[Sonstige Verbindlichkeiten](#)

In den Sonstigen Passiva der Versicherungsgesellschaften sind vor allem Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern enthalten.

[Sonstige Passiva der Versicherungsgesellschaften](#)

[49] Nachrangkapital

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Nachrangige Verbindlichkeiten	10 755	11 028
Genussrechtskapital	1 380	1 380
Einlagen stiller Gesellschafter	768	713
Hybride Kapitalinstrumente	2 507	2 383
Insgesamt	15 410	15 504

[49] Nachrangkapital

Wesentliche
Nachrangige
Verbindlichkeiten

Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
DM 600 000 000,-	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam, Anleihe von 1992	8,00%	6.2.2002
DM 500 000 000,-	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam, Anleihe von 1992	8,13%	6.5.2002
DM 2 000 000 000,-	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam, Anleihe von 1993	7,50%	10.2.2003
US-\$ 1 100 000 000,-	Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA, „Yankee“-Bond von 1996	6,70%	13.12.2006
US-\$ 550 000 000,-	Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA, Medium-Term-Note von 2000	7,50%	25.4.2009
US-\$ 300 000 000,-	BT Institutional Capital Trust A, Wilmington/USA, Floating Rate Note	8,09%	1.12.2026

Für die obigen Nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Emittenten. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Emittenten, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten Nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten Nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 785 Mio € (1999: 746 Mio €). Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 233 Mio € (1999: 238 Mio €) sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten innerhalb der Position der Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Genussrechtskapital

Das begebene Genussrechtskapital setzt sich aus den nachfolgenden Emissionen zusammen:

- 1,2 Mrd DM Inhaber-Optionsgenussscheine von 1991, deren Laufzeit am 31.12.2002 endet. Die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 30.6.2003. Der Genussschein gewährt eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung von 9% des Nennbetrags.
- 1,5 Mrd DM Inhaber-Optionsgenussscheine von 1992, deren Laufzeit am 31.12.2003 endet. Die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 30.6.2004. Der Genussschein gewährt

eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung von 8,75 % des Nennbetrags.

Die Ausschüttung auf das Genussrechtskapital für das Jahr 2000 in Höhe von insgesamt 122 Mio € (1999: 122 Mio €) ist unter den Sonstigen Verbindlichkeiten (Sonstige Passiva) ausgewiesen.

Die Hauptversammlung am 17. 5. 1999 hat den Vorstand der Deutschen Bank AG ermächtigt, bis zum 30. 4. 2004 einmalig oder mehrmals Options- beziehungsweise Wandelgenussscheine, Optionsschuldverschreibungen und Wandelschuldverschreibungen bis zu insgesamt 2,5 Mrd € auszugeben; hierfür steht ein Bedingtes Kapital von 80 000 000 € zur Verfügung.

Daneben hat die Hauptversammlung am 20. 5. 1997 den Vorstand ermächtigt, bis zum 30. 4. 2002 einmalig oder mehrmals Options- beziehungsweise Wandelgenussscheine, Optionsschuldverschreibungen und Wandelschuldverschreibungen bis zu insgesamt 3 Mrd DM auszugeben; hierfür steht ein Bedingtes Kapital von 153 600 000 € zur Verfügung.

Die Stille Einlage bei der Deutschen Bank Luxembourg S.A. besteht aus zwei Tranchen mit einem Gesamtvolumen von 715 Mio US-\$:

- 340 Mio US-\$ mit einer dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehenden, nicht kumulativen jährlichen Gewinnbeteiligung von 6,825 % des Nennbetrags. Die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 28. 12. 2007.
- 375 Mio US-\$ mit variabler Gewinnbeteiligung, basierend auf dem 12-Monats-Libor, zuzüglich 0,80 %, bezogen auf den Nennbetrag. Die nicht kumulative Gewinnbeteiligung geht dem Gewinnanteil der Aktionäre vor; die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 28. 12. 2007.

Die Zinsaufwendungen für die Stille Einlage insgesamt beliefen sich auf umgerechnet 54 Mio € (1999: 38 Mio €); hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 0,5 Mio € sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten (Sonstige Passiva) ausgewiesen.

Einlagen stiller
Gesellschafter

Hybride Kapitalinstrumente

Über Konzerngesellschaften in Wilmington/USA wurden acht Emissionen innovativer Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) mit einem Nominalvolumen von insgesamt 1 693 Mio US-\$, 500 Mio € und 20 Mrd Yen begeben, die zum Kernkapital der Gruppe zählen. Es handelt sich um nicht kumulative Wertpapiere mit festen und variablen Zinssätzen und unbegrenzter Laufzeit, wobei der jeweiligen Emittentin nach Ablauf individueller Fristen (zwischen 5 und 30 Jahren) ein Kündigungsrecht eingeräumt ist. Wird von dem Kündigungsrecht nicht Gebrauch gemacht, ist für bestimmte Emissionen ein Zinszuschlag vorgesehen.

Die Zinsaufwendungen für diese innovativen Kapitalinstrumente beliefen sich auf insgesamt umgerechnet 196 Mio € (1999: 93 Mio €). Die darin enthaltenen abgegrenzten und noch nicht fälligen Zinsen in Höhe von 0,7 Mio € sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten (Sonstige Passiva) ausgewiesen.

[50] Eigenkapital

Die Tabelle zeigt die Entwicklung des Gezeichneten, Genehmigten sowie Bedingten Kapitals:

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Genehmigtes Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre	Bedingtes Kapital
Stand 31.12.1999	1 572 716 851,20	531 468 910,90	7 052 574,80	350 400 000,00
Ausgabe von Belegschaftsaktien	5 559 106,56		- 5 559 106,56	
Erhöhung gemäß Hauptversammlungs- beschluss vom 9. 6. 2000			30 000 000,00	
Stand 31.12.2000	1 578 275 957,76	531 468 910,90	31 493 468,24	350 400 000,00

Das Gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 616 514 046 Stückaktien; die Aktien lauten auf Namen. Im Berichtsjahr wurden 2 171 526 Belegschaftsaktien ausgegeben. Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 614 698 508 Stück. Am 31.12. 2000 waren im Konzern 1 913 281 Stück Deutsche Bank-Aktien im Bestand.

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand der Deutschen Bank AG insgesamt vier unterschiedlich ausgestaltete Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen (genehmigte Kapitalia), und zwar

- bis zum 30. April 2002 gegen Geldeinlagen um bis zu 255 645 940,60 € unter Einräumung eines Bezugsrechts an die Aktionäre (HV-Beschluss vom 20.5.1997); hieraus besteht noch ein Genehmigtes Kapital von 103 645 940,60 €;
- bis zum 30. April 2003 gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu 127 822 970,30 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 20.5.1998);
- bis zum 30. April 2004 gegen Geldeinlagen um weitere 50 000 000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 17.5.1999);
- bis zum 30. April 2004 gegen Geldeinlagen um bis zu 250 000 000 € unter Einräumung eines Bezugsrechts an die Aktionäre (HV-Beschluss vom 17.5.1999).

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsscheine oder Wandelschuldverschreibungen ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus enthält die Satzung der Deutschen Bank AG noch vier Ermächtigungen zur Ausgabe von Aktien beziehungsweise Optionen an Mitarbeiter der Deutschen Bank.

Das mit Hauptversammlungsbeschluss vom 28. Mai 1996 eingeräumte, noch in Höhe von 1 493 468,24 € valutierende Genehmigte Kapital sowie die Ermächtigung des Vorstands vom 9. Juni 2000, das Grundkapital bis zum 31. Mai 2005 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30 000 000 € zu erhöhen, ist für die Ausgabe von Belegschaftsaktien vorgesehen. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen.

Aufgrund einer Ermächtigung vom 17. Mai 1999 kann der Vorstand der Deutschen Bank AG neben Belegschaftsaktien allen Arbeitnehmern der Gesell-

schaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen unübertragbare Optionen zum Bezug von Aktien nach im Einzelnen festgelegten Bedingungen gewähren; hierfür steht ein Bedingtes Kapital von 40 000 000 € zur Verfügung.

Darüber hinaus kann der Vorstand auf der Grundlage der Ermächtigung vom 20. Mai 1998 bis zum 10. Mai 2003 verzinsliche Wandelschuldverschreibungen an Führungskräfte ausgeben. In diesem Zusammenhang wurde das Kapital um 76 800 000 € bedingt erhöht. Die Ermächtigung wurde 2000 in einer dritten Tranche teilweise ausgenutzt. Die Anleihegläubiger haben das Recht, ihre Wandelschuldverschreibungen in neue Aktien der Deutschen Bank AG umzutauschen.

Aktienbasierte Vergütungsbestandteile

Mit unserem gesamten vergütungspolitischen Instrumentarium wollen wir einen Anreiz zur Wertsteigerung unserer Aktie schaffen und ein wettbewerbsfähiges Vergütungspaket den umkämpften Talenten und Spezialisten anbieten.

Global Equity Plan			
Emissionsjahr	2000	1999	1998
Laufzeitende	2003	2002	2001
Nominalverzinsung	4,75 %	3 %	3 %
Wandlungspreis*	29,83 €	38,30 €	62,81 €
Ursprünglich begebene Rechte (nominal)	34 841 Tsd DM	28 424 Tsd DM	28 411 Tsd DM
Beteiligung in %	76,90 %	78,70 %	83,10 %
Bestand am Jahresanfang	–	5 587 800	5 389 000
Verfallen in 2000	56 400	272 000	220 800
Zuteilungen in 2000	–	–	–
Bestand am Jahresende	6 911 800	5 315 800	5 168 200
davon unverfallbare Rechte	0	31 000	105 400

* Annahme: APIPS konstant, Kurs der Deutschen Bank-Aktie am Jahresende 2000

Im Jahr 2000 haben wir rund 3 250 unserer Führungskräfte die Möglichkeit gegeben, am Global Equity Plan (GEP) teilzunehmen. Rund 77 % der berechtigten Führungskräfte haben von dem Angebot Gebrauch gemacht und Wandelschuldverschreibungen erworben. Die Teilnahme an diesem Plan ist freiwillig. Die Möglichkeit der Wandlung ist direkt abhängig von der Entwicklung des berichtigten Ergebnisses je Aktie der Bank (APIPS). Nur wenn dies für den jeweiligen Referenzzeitraum über dem festgelegten Schwellenwert liegt, können die Wandelanleihen in Deutsche Bank-Aktien gewandelt werden. Je Schuldverschreibung im

Nennbetrag von 1 000,- DM werden 200 Aktien gewährt. Im Falle der Ausübung des Wandlungsrechts ist für den Erwerb einer Aktie eine Barzahlung in Höhe des Betrags zu leisten, um den der Wandlungspreis den entsprechenden Nennbetrag der zu wandelnden Schuldverschreibung übersteigt. Der Wandlungspreis wird nach bereits heute festgelegten Kriterien unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Geschäftsjahre 1998 bis 2002 ermittelt.

Für den Global Equity Plan sind im Jahr 2000 wegen der Bindung an Bedingtes Kapital keine Aufwendungen entstanden.

db Share Plan		
Aufgelegt im Jahr	2000	1999
Anzahl der gezeichneten Belegschaftsaktien	2 171 526	1 900 074
davon Pensionäre	281 519	263 292
Beteiligungsquote	65,3 %	65,2 %
Aufwand für Belegschaftsaktien	81 Mio €	54 Mio €
Marktwert der Belegschaftsaktien bei Ausgabe	215 850 Tsd €	131 960 Tsd €
Optionen – ausübbar im Jahr	2003	2002
Ursprüngliche Anzahl begebener Optionsrechte	1 889 237	1 636 782
davon Zeichnung durch Bereichsvorstände	0,02 %	0,02 %
Teilnahmequote der Bereichsvorstände	66,7 %	75,0 %
Bestand am Jahresanfang	–	1 633 288
Verfallen in 2000	4 771	29 783
Bestand am Jahresende	1 884 466	1 603 505
davon unverfallbare Rechte	1 240	9 856
Abschlag per 31.12.2000*	66,67 %	57,21 %

* Annahme: APIPS konstant, Kurs der Deutschen Bank-Aktie am Jahresende 2000

Die Mitverantwortung unserer Mitarbeiter unterstützen wir weiterhin durch Mitarbeiterbeteiligung. Unseren Mitarbeitern haben wir auch im Jahr 2000 Belegschaftsaktien angeboten; die Beteiligung ist freiwillig. Wie bereits im Vorjahr erhielten die Mitarbeiter zu jeder gekauften Aktie (maximal 60 Aktien) eine Gratisoption. Diese kann nach drei Jahren ausgeübt werden. Auch hier ist die Möglichkeit der Ausübung direkt abhängig von der Entwicklung des berichtigten Ergebnisses je Aktie der Bank (APIPS). Nur wenn dies für den jeweiligen Referenzzeitraum über dem festgelegten Schwellenwert liegt, können diese Optionen ausgeübt werden. Wegen der Bindung der Gratisoptionen an Bedingtes Kapital ist hierfür kein Aufwand entstanden.

db Share Scheme

Gewährung im Jahr	2000	1999	1998
Ursprünglich begebene Rechte	10 162 112	4 874 106	3 489 296
Bestand am Jahresanfang	–	3 425 999	1 441 368
Verfallen in 2000	299 272	130 400	44 729
Zuteilungen in 2000	1 975 126	1 269 146	998 368
Bestand am Jahresende	7 887 714	2 026 453	398 271
davon Zuteilung im Jahr			
2001	2 670 378	1 482 569	398 271
2002	4 429 812	543 884	–
2003	749 785	–	–
2004	37 739	–	–
Durchschnittlicher Aufwand der Bank je Recht	86,02 €	60,17 €	69,12 €

Im Rahmen der jährlichen Bonuszahlungen erhalten Mitarbeiter aus Globale Unternehmen und Institutionen, Asset Management, Private Banking und Global Technology and Services einen Teil ihrer erfolgsabhängigen Vergütung (Bonus) in Form von Aktienrechten. Mitarbeiter, die an diesem Plan teilnehmen, sind zum Bezug einer festgelegten Anzahl an Aktien berechtigt oder erhalten unter bestimmten Voraussetzungen eine entsprechende Barvergütung bei Fälligkeit. Die Zuteilung erfolgt üblicherweise in drei gleichen Teilen. Die dem jeweiligen Geschäftsjahr zuzurechnenden Aufwendungen für db Share Scheme werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Dieses Instrument unterstreicht die besondere Bedeutung einer wertorientierten Vergütung in unserer Bank.

Stock Appreciation Rights (SAR)

Gewährung im Jahr	2000
Ursprüngliche Anzahl begebener SAR	6 214 992
Verfallen in 2000	165 851
Bestand am Jahresende	6 049 141
Ausübungspreis der SAR	70,00 €
Ursprüngliche Anzahl begebener SAR im Private Banking	458 500
Verfallen in 2000	0
Bestand am Jahresende	458 500
Ausübungspreis der SAR im Private Banking	86,50 €

Im Februar 2000 wurden erstmals ausgewählten Führungskräften des Konzerns Stock Appreciation Rights (SAR) gewährt, wobei für Private Banking ein geson-

deres Programm aufgelegt wurde. Die SAR sind bis Januar 2003 gebunden und können ab diesem Zeitpunkt innerhalb der darauf folgenden drei Jahre ausgeübt werden. Die Führungskräfte erhalten das Recht auf eine Barzahlung der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem Aktienkurs am Tag der Ausübung. Auch dieses Instrument ist Bestandteil der wertorientierten Vergütung des Managements unserer Bank.

Der Aufwand für die Stock Appreciation Rights wird über die Laufzeit der Bindungsfrist abgegrenzt und um Kursveränderungen angepasst. Im Jahr 2000 wurden 46 Mio € ergebniswirksam berücksichtigt.

Die Deutsche Bank AG wurde durch Beschluss der Hauptversammlung am 9. Juni 2000 ermächtigt, bis zum 30. September 2001 Eigene Aktien bis zu fünf vom Hundert des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf den Mittelwert der Einheitskurse der Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse an den letzten drei Handelstagen vor dem Erwerb über die Börse nicht um mehr als 5 % über- oder unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Einheitskurse der Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung um nicht mehr als 5 % unterschreiten und um nicht mehr als 15 % überschreiten.

Eigene Aktien

Der Vorstand der Deutschen Bank AG wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben.

Darüber hinaus wurde der Vorstand der Deutschen Bank AG ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre, den Inhabern der von der Bank ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand der Deutschen Bank AG wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien zur Ausgabe als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Bank eingeräumten Optionsrechten auf Aktien der Bank verwendet werden sollen.

Am 31.12.2000 waren im Konzern 1 913 281 Deutsche Bank-Aktien im Bestand.

Der Deutschen Bank AG und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am Jahresende 1 592 962 Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (1999: 1 718 461 Stück); das sind 0,26 % (1999: 0,28 %) unseres Grundkapitals.

Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital und Kapitalquoten

Das auf der Grundlage von IAS berechnete bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital gemäß BIZ in Höhe von 36 957 Mio € (1999: 35 172 Mio €) setzte sich aus 21 575 Mio € Kernkapital sowie 15 382 Mio € Ergänzungskapital zusammen. Anrechenbare Drittrangmittel bestanden nicht. Bezogen auf 293 408 Mio € Risikopositionen (1999: 292 621 Mio €) ergeben sich danach eine BIZ-Eigenkapitalquote von 12,6 % (1999: 12,0 %) und eine Kernkapitalquote von 7,4 % (1999: 5,9 %).

Im Einzelnen stellen sich die Komponenten des Kern- und Ergänzungskapitals nach bankaufsichtsrechtlichem Konsolidierungskreis am Jahresende 2000 wie folgt dar:

Kern- und
Ergänzungskapital

in Mio €			
Kernkapital	31.12.2000	Ergänzungskapital	31.12.2000
Gezeichnetes Kapital	1 578	Nicht realisierte Reserven in notierten Wertpapieren (zu 45 % angerechnet)	5 287
Kapitalrücklage	10 626	Pauschalwertberichtigungen	690
Gewinnrücklagen, Konzerngewinn, Eigene Aktien, kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung	15 305	Kumulative Vorzugspapiere, Genussrechtskapital	2 786
Anteile in Fremdbesitz	591	Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	6 619
Hybride Kapitalinstrumente	2 507		
Einlagen stiller Gesellschafter	768		
Abzugsposten*	- 9 800		
Insgesamt	21 575	Insgesamt	15 382
		anrechenbar maximal in Höhe des Kernkapitals	15 382
		überschüssiges Ergänzungskapital	-
		davon anrechenbar als Drittangmittel für die Unterlegung von Marktrisikopositionen	-

* im Wesentlichen noch nicht abgeschriebener Goodwill, vorgesehene Dividende, Anpassungen wegen bankaufsichtsrechtlich abweichenden Konsolidierungskreises

Zum bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis zählen alle Kredit-, Finanzdienstleistungs- und Finanzunternehmen sowie Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten des Konzerns Deutsche Bank; nicht enthalten sind unter anderem Versicherungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften sowie Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

[51] Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel

Die Kapitalflussrechnung stellt neben Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Notes einen weiteren Pflichtbestandteil eines Konzernabschlusses nach IAS dar.

Sie gibt Auskunft über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Konzerns, getrennt nach den Bereichen „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Bei der Erstellung sind neben dem branchenübergreifenden Standard IAS 7 auch die aus dem bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungs Standard DRS 2-10 resultierenden Angabepflichten berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund international restriktiver Interpretation entfällt gegenwärtig eine Zuordnung von außerordentlichen Zahlungsströmen; dafür werden Auszahlungen für die zweckbestimmte Verwendung von Restrukturierungsrückstellungen neu aufgenommen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst in enger Abgrenzung den Kassenbestand, die Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind.

Die Zuordnung von Zahlungsströmen zur operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Ergebnisses aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten enthält insbesondere die Veränderung der Positiven und Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten.

Der Cash Flow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus den Ein- und Auszahlungen aus der Veräußerung beziehungsweise dem Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Darüber hinaus werden hier auch die aus der Entwicklung der Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften resultierenden Effekte berücksichtigt.

Bei der Ermittlung des Mittelflusses aus der Finanzierungstätigkeit wird ausschließlich die Beziehung zu den Eigenkapitalgebern berücksichtigt. Die Beziehung zu den Fremdkapitalgebern gehört zum operativen Geschäft der Bank und wird entsprechend im Rahmen der Ermittlung des Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit dargestellt.

Zum Erwerb von Anteilen an konsolidierten Unternehmen sowie wirtschaftlich selbstständigen Unternehmen wurden im Geschäftsjahr netto 1 024 Mio € (1999: 5 272 Mio €) aufgewandt. Aus der Veräußerung von Anteilen an konsolidierten Unternehmen flossen 44 Mio € zu, davon waren 19 Mio € ergebniswirksam.

Durch Veränderungen des Konsolidierungskreises hat sich der Zahlungsmittelbestand um 395 Mio € erhöht. Die wesentlichen Veränderungen des Konsolidierungskreises sowie die Zusammensetzung wesentlicher Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten von neu einbezogenen, konsolidierten Unternehmen sind auf den Seiten II-33 und II-34 erläutert.

Liquiditätsunwirksame Investitions- und Finanzierungstätigkeiten lagen nicht vor.

Sonstige Angaben

[52] Segmentberichterstattung

Grundsätze der Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung des Konzerns nach IAS berichtet in ihrem primären Format über die Ergebnisse der Unternehmensbereiche. Als Basis dient das interne Managementberichtssystem „Unternehmensbereichsrechnung“, dem im Rahmen der divisionalen Führungsorganisation des Konzerns eine zentrale Bedeutung als Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrument zukommt. Die darin enthaltenen Ergebnis- und Bestandsgrößen der Unternehmensbereiche werden mit dem Konzernabschluss nach IAS abgestimmt. Die Spalte „Sonstige/Überleitung/Konsolidierung“ umfasst zum einen Sachverhalte ohne direkten Bezug zu den Unternehmensbereichen. Neben Kosten für bereichsübergreifende strategische Projekte fallen unter diese Kategorie auch Ergebnisse aus nicht den Unternehmensbereichen zugeordneten Bilanzpositionen inklusive der Industriebeteiligungen. Zum anderen enthält die Spalte „Sonstige/Überleitung/Konsolidierung“ Ausgleichsposten, wenn für Zwecke der internen Steuerung in Ausnahmefällen von den Ansätzen des Konzernabschlusses nach IAS abgewichen wird. Beispiele dafür sind unter anderem der Ausweis von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien und die Bewertung der Treasury-Position.

In ihrem sekundären Format zeigt die Segmentberichterstattung Ergebnisse und Bestandsgrößen des Konzerns nach regionalen Segmenten auf Basis des konsolidierten Konzernabschlusses nach IAS. Als Zuordnungskriterium dient der Sitz des Konzernunternehmens beziehungsweise der Niederlassung. Die geografischen Segmente werden auf konsolidierter Basis dargestellt. Der Konsolidierungsposten enthält konzerninterne Posten zwischen Regionen.

Strukturellen Änderungen und methodischen Verfeinerungen wurde sowohl in der Berichterstattung über das laufende Geschäftsjahr als auch in den Vorjahresvergleichen Rechnung getragen.

Segmentberichterstattung...

...nach Unternehmensbereichen

Die in der Segmentberichterstattung nach Unternehmensbereichen veröffentlichten Informationen entsprechen der internen Berichterstattung an den Konzernvorstand und gehen über die Anforderungen von IAS hinaus.

In der Ertragsposition sind im Wesentlichen der Zinsüberschuss, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, der Überschuss aus dem Versicherungsgeschäft sowie das Finanzanlageergebnis zusammengefasst. Die Erträge der Unternehmensbereiche resultieren vornehmlich aus Geschäften mit konzern-

fremden Dritten. Bei Geschäften zwischen Unternehmensbereichen gelten in der Regel marktübliche Konditionen.

Der Zinsüberschuss beinhaltet neben externem Aufwand und externem Ertrag auch kalkulatorische Komponenten auf Basis der Marktzinsmethode. Die so ermittelten internen Konditionen unterstellen, dass die Unternehmensbereiche alle Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren beziehungsweise anlegen (Fremdfinanzierungshypothese). Um eine Vergleichbarkeit mit rechtlich eigenständigen Einheiten mit eigenem Kapital herzustellen, wird den Unternehmensbereichen innerhalb des Zinsüberschusses der Zinsnutzen auf das konsolidierte Kapital des Konzerns anteilig zugewiesen.

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft umfassen sowohl Nettoneubildungen von Wertberichtigungen für Bonitätsrisiken als auch Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen, Länderwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen.

Der Verwaltungsaufwand der Unternehmensbereiche besteht aus direkten und indirekten Kosten. Direkte Kosten, die Personal- und Sachkosten umfassen, werden nach dem Verantwortungsprinzip zugeordnet. Indirekte Kosten beinhalten Verrechnungen zwischen Unternehmensbereichen und internen Anbietern von Dienstleistungen, die ohne Gewinnerzielungsabsicht operieren. Sie werden bei dem Leistungserbringer als Kostenerstattung und bei dem Leistungsempfänger als Kostenbelastung berücksichtigt. Die Verteilungskriterien sind in der Regel vertraglich vereinbart.

Goodwill-Abschreibungen auf Firmenwerte werden den Unternehmensbereichen verursachungsgerecht zugeordnet. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des Saldos der Sonstigen Erträge/Aufwendungen.

Die Position Restrukturierungsaufwand umfasst Ergebnisse im Zusammenhang mit genehmigten Restrukturierungsprogrammen inklusive der Zuführung und der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen.

Das durchschnittliche Kapital wird den Unternehmensbereichen auf Basis des Ökonomischen Kapitals und somit unter Berücksichtigung ihrer Risikosituation zugeordnet.

Die Relation aus Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlichen Kapital bildet den Return on Equity (RoE). Diese zentrale Kennziffer der wertorientierten Steuerung der Deutschen Bank ist ein Maßstab für die Rentabilität des den Unternehmensbereichen zugeordneten Kapitals.

Segmentberichterstattung nach Unternehmensbereichen

in Mio €	Privat- und Geschäfts- kunden	Unter- nehmen und Immo- bilien	Globale Unter- nehmen und Insti- tutionen	Asset Manage- ment	Global Tech- nology and Services	Corporate Center	Sonstige/ Über- leitung/ Konsoli- dierung	Insge- samt Konzern
Erträge								
1.1.–31.12.2000	5 714	3 450	14 651	1 981	1 539	2	1 322	28 659
1.1.–31.12.1999	4 803	3 049	9 703	1 538	920	0	1 603	21 616
Risikovorsorge im Kreditgeschäft								
1.1.–31.12.2000	- 170	- 284	85	0	2	0	- 71	- 438
1.1.–31.12.1999	- 94	- 200	- 3	0	0	0	- 319	- 616
Verwaltungsaufwand								
1.1.–31.12.2000	- 4 561	- 1 978	- 10 422	- 1 200	- 1 309	- 442	- 1 125	- 21 037
1.1.–31.12.1999	- 4 079	- 1 817	- 6 916	- 809	- 851	- 466	- 808	- 15 746
Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen								
1.1.–31.12.2000	- 74	- 145	- 204	- 72	- 88	0	158	- 425
1.1.–31.12.1999	- 147	- 129	- 70	- 86	- 33	14	- 72	- 523
darin: Abschreibung auf Goodwill								
1.1.–31.12.2000	- 60	- 63	- 401	- 99	- 51	0	2	- 672
1.1.–31.12.1999	- 45	- 61	- 254	- 78	- 30	0	- 5	- 473
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern								
1.1.–31.12.2000	909	1 043	4 110	709	144	- 440	284	6 759
1.1.–31.12.1999	483	903	2 714	643	36	- 452	404	4 731
Restrukturierungsaufwand								
1.1.–31.12.2000	11	11	- 135	- 6	25	0	64	- 30
1.1.–31.12.1999	- 281	- 22	- 495	- 42	- 44	0	0	- 884
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern								
1.1.–31.12.2000	920	1 054	3 975	703	169	- 440	348	6 729
1.1.–31.12.1999	202	881	2 219	601	- 8	- 452	404	3 847
Durchschnittliches Kapital in Mio €								
1.1.–31.12.2000	2 186	5 223	12 801	886	914		516	22 526
1.1.–31.12.1999	1 945	4 582	10 743	775	812		451	19 308
RoE in % (ohne Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–31.12.2000	45	21	34	90	24			32
1.1.–31.12.1999	13	21	23	88	3			22
RoE in % (inklusive Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–31.12.2000	42	20	31	79	19			29
1.1.–31.12.1999	10	19	21	78	-			20
Wertbeitrag in Mio €								
1.1.–31.12.2000	653	334	2 456	669	83		- 173	4 022
1.1.–31.12.1999	- 45	256	861	562	- 99		- 111	1 424
Aufwand/Ertrag-Relation in % (ohne Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–31.12.2000	80	60	70	60	88			73
1.1.–31.12.1999	87	62	70	53	93			74
Aufwand/Ertrag-Relation in % (inklusive Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–31.12.2000	81	61	73	65	91			76
1.1.–31.12.1999	88	64	73	58	96			76
Risikopositionen in Mio €								
31.12.2000	43 929	88 529	137 120	2 366	3 750		17 714	293 408
31.12.1999	44 471	91 699	135 714	2 002	3 996		14 739	292 621
Segmentvermögen in Mio €								
31.12.2000	69 089	148 350	584 627	7 869	28 825		17 754	856 514
31.12.1999	60 724	137 773	584 939	6 013	7 269		- 33 538	763 180
Segmentverbindlichkeiten in Mio €								
31.12.2000	78 931	106 664	555 018	6 303	37 708		71 020	855 644
31.12.1999	74 391	135 097	593 760	5 558	14 036		- 54 313	768 529

Die Gegenüberstellung von Return on Equity und vom Kapitalmarkt abgeleiteter Kosten auf das Kapital (15%) führt zu der Kennziffer Wertbeitrag. Übersteigt der Return on Equity den Kapitalkostensatz, wird Wert geschaffen. Andernfalls wird Wert verzehrt. Die Berechnung des Wertbeitrags erfolgt ohne Goodwill-Abschreibungen.

Die Aufwand/Ertrag-Relation, die den Ressourcen-Input (Verwaltungsaufwand und Sonstiger Aufwand) in das Verhältnis zu dem Ressourcen-Output (Erträge und Sonstige Erträge) setzt, ist ein Maßstab für die Effizienz der Unternehmensbereiche.

Die Risikopositionen umfassen die Risikoaktiva einschließlich Marktrisikooäquivalent nach den Baseler Mindeststandards (BIZ-Regeln).

Das einem Unternehmensbereich zugeordnete Segmentvermögen beinhaltet die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, die Handelsaktiva sowie die Finanzanlagen. Zu den Segmentverbindlichkeiten zählen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten, Nachrangkapital sowie Handelspassiva.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das sekundäre Format der Segmentberichterstattung:

... nach geografischen Bereichen

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen								
in Mio €	Bilanzsumme		Kreditvolumen		Verbindlichkeiten*		Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	
	31.12. 2000	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 1999	2000	1999
Deutschland	357 547	348 191	174 190	164 818	282 334	262 048	13 686	10 981
Europa (ohne Deutschland)	461 662	324 983	94 105	81 136	364 423	270 147	8 890	5 444
Asien/Pazifik/Afrika	97 005	107 319	13 631	14 589	81 495	78 486	2 275	1 991
Nordamerika	344 544	283 368	61 603	48 282	270 203	222 746	7 318	5 784
Südamerika	12 926	12 321	11 967	10 695	11 504	10 508	251	289
Konsolidierungsposten	- 333 651	- 236 317	- 48 515	- 35 371	- 296 862	- 214 178	- 2 919	- 1 791
Insgesamt	940 033	839 865	306 981	284 149	713 097	629 757	29 501	22 698

* gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten

** umfassen den Zinsüberschuss, den Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, den Überschuss im Versicherungsgeschäft, das Ergebnis aus Finanzanlagen sowie die Sonstigen Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

**[53] Fair Value der
Finanzinstrumente**

[53] Fair Value der Finanzinstrumente				
in Mrd €	31.12.2000		31.12.1999	
	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktiva				
Barreserve	18,0	18,0	21,9	21,9
Forderungen an Kreditinstitute	117,2	117,2	114,8	114,9
zugehörige Derivate	0	-	0	-
Forderungen an Kunden	369,0	367,1	347,7	345,7
zugehörige Derivate	0	-	0	-
Handelsaktiva	290,4	290,4	233,0	233,0
Finanzanlagen	73,1	71,6	63,4	62,2
zugehörige Derivate	- 0,7	-	- 0,6	-
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	178,0	177,8	174,8	174,7
zugehörige Derivate	- 0,1	-	- 0,1	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	335,1	334,6	291,5	291,0
zugehörige Derivate	- 0,2	-	- 0,3	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	200,8	200,7	162,9	164,1
zugehörige Derivate	0,2	-	0,6	-
Handelsspassiva	127,1	127,1	123,3	123,3
Nachrangkapital	15,6	15,4	15,7	15,5
zugehörige Derivate	- 0,2	-	-	-
Sonstige Positionen				
Eventualverbindlichkeiten	34,7	34,7	36,9	36,9
Kreditzusagen und Platzierungsverpflichtungen	113,5	113,4	107,5	107,5
nicht zuzuordnende Derivate	0,2	-	0,4	-

Der Fair Value unbefristeter und kurzfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten beziehungsweise Zinsbindungsfristen von bis zu 180 Tagen wurde je nach Produkt und Marktgegebenheit entweder mit dem Buchwert angesetzt oder nach dem Barwertverfahren ermittelt.

Die angegebenen Werte entsprechen nach unserer Auffassung den Beträgen, zu denen die Finanzinstrumente am Bilanzstichtag zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien fairerweise gehandelt werden könnten.

Soweit Marktpreise verfügbar waren, haben wir auf diese zurückgegriffen. Dies war im Wesentlichen bei an Börsen und auf funktionsfähigen Märkten gehandelten Wertpapieren und Derivaten der Fall. Für die übrigen Finanzinstrumente haben wir interne Bewertungsmodelle, insbesondere das Barwertverfahren, herangezogen. Der Anteilsbesitz im Nichtbankenbereich sowie die Aktiva und Passiva der Versicherungsgesellschaften wurden nicht berücksichtigt.

Zum 31.12.2000 beläuft sich der aggregierte Unterschied zwischen dem Fair Value und dem Buchwert der Finanzinstrumente auf 2,1 Mrd € (1999: 3,1 Mrd €). Die Entwicklung dieser Größe im Zeitablauf hängt von Bewegungen der in die Bewertung einfließenden Marktparameter sowie den Zu- und Abgängen von Finanzinstrumenten ab.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Effekte aus Wechselkursänderungen in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung:

[54] Fremdwährung

Wechselkursänderungen
in der Bilanz

in Mio €	31.12. 2000	31.12.1999
Fremdwährungsaktiva	592 100	414 400
davon US-\$	331 200	276 900
Fremdwährungspassiva (ohne Eigenmittel)	634 400	452 300
davon US-\$	329 900	303 600
Veränderung der Bilanzsumme aufgrund von Paritätsverschiebungen fremder Währungen*	+ 20 300	+ 33 500
davon wegen US-\$	+ 18 400	+ 24 700

* ausgehend von der Aktivseite

Wechselkursänderungen
in der Gewinn-
und Verlustrechnung

in Mio €	Effekte aus Wechselkursänderungen	Bereinigte Veränderungen 1999/2000 in %	
Zinsüberschuss	+ 121	+ 71	+ 1,1
Provisionsüberschuss	+ 333	+ 3 051	+ 36,2
Handelsergebnis	+ 245	+ 2 125	+ 44,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	+ 35	+ 1 065	+ 52,2
Verwaltungsaufwand	+ 646	+ 4 645	+ 28,3
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern	+ 115	+ 1 913	+ 39,5

[55] Restlaufzeiten- gliederung

Die Tabelle zeigt ausgewählte Forderungen und Verbindlichkeiten, gegliedert nach Restlaufzeiten:

[55] Restlaufzeitengliederung								
in Mio €	bis 3 Monate		> 3 Monate – 1 Jahr		> 1 Jahr – 5 Jahre		über 5 Jahre	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen								
Forderungen an Kunden	183 280	180 922	43 425	34 446	68 557	62 219	78 343	74 784
Befristete Forderungen an Kreditinstitute								
Kredite	4 003	2 645	2 175	2 218	2 893	3 465	5 530	6 464
Geldanlagen	36 269	43 879	4 376	7 995	6 880	601	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere der Finanzanlagen	17 055	9 294	4 312	9 540	19 834	17 648	20 175	13 953
Insgesamt	240 607	236 740	54 288	54 199	98 164	83 933	104 048	95 201
Verbindlichkeiten								
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	86 789	96 433	15 842	16 541	12 337	7 131	10 624	9 664
Spareinlagen und Bauspareinlagen	16 622	16 855	6 692	5 081	4 536	4 478	488	467
Andere befristete Verbindlich- keiten gegenüber Kunden	115 056	107 789	26 041	16 680	13 528	9 331	16 949	13 625
Verbriefte Verbindlichkeiten	49 057	53 848	57 881	25 792	60 557	53 844	33 246	30 576
Nachrangkapital	220	128	159	512	5 234	5 132	9 797	9 732
Insgesamt	267 744	275 053	106 615	64 606	96 192	79 916	71 104	64 064

[56] Eventualverbind- lichkeiten und andere Verpflichtungen

[56] Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Eventualverbindlichkeiten	34 744	36 925
aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	1	2
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	34 743	36 923
Andere Verpflichtungen	225 914	183 447
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	656	837
Unwiderrufliche Kreditzusagen	112 741	106 670
Aufgerechnete Repo-Geschäfte	64 917	49 350
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleihen	26 135	14 917
Sonstige Verpflichtungen	21 465	11 673
Insgesamt	260 658	220 372

Die nicht in Anspruch genommenen Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen betragen 656 Mio €. Ende 2000 waren 298 Mio € in Anspruch genommen.

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen

Von den Unwiderruflichen Kreditzusagen betreffen 98 802 Mio € Zusagen für Buch- und Wechselkredite an Nichtbanken.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Aufgrund durchsetzbarer Rechte zur Aufrechnung (Master Netting Agreement) waren Repo-Geschäfte in Höhe von 64 917 Mio € gegeneinander aufzurechnen.

Aufgerechnete Repo-Geschäfte

Die jährlichen Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 889 Mio € bei einer Restlaufzeit bis zu 61 Jahren. Von diesen Verpflichtungen bestehen 304 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen.

Sonstige Verpflichtungen

Für den Erwerb von Leasinganlagen bestanden Ende 2000 Verpflichtungen in Höhe von 3 224 Mio €.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2000 auf 412 Mio €, sonstige Verpflichtungen zu Kapitaleinzahlungen auf 44 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 31 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 66 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31.12.2000 auf insgesamt 14 Mio €.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat die Deutsche Bank AG sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehender Kreditinstitute anfallen.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit waren Sicherheitsleistungen aufgrund gesetzlicher Regelungen von 7 239 Mio € erforderlich.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearing-Stellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31.12.2000 auf 9 479 Mio €.

Die DWS Investment Management S.A., Luxemburg, hat für einige von ihr verwaltete Fonds für abgegrenzte Zeiträume Wertentwicklungsgarantien abgegeben.

Mit der Platzierung von Immobilienobjekten haben verschiedene Konzernunternehmen den Erwerbern unwiderrufliche befristete Andienungsrechte (Übernahmeangebote) eingeräumt. Soweit nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Wert eines Andienungsrechts über dem substantziellen Gegenwert lag, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 67 Mio €.

**[57] Als Sicherheit
übertragene
Vermögensgegenstände**

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21 054	21 657
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12 235	10 700
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 304	278
Eventualverbindlichkeiten	28	22
Insgesamt	34 621	32 657

Die als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände gliederten sich wie folgt:

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	666	1 460
Forderungen an Kreditinstitute	1 970	346
Forderungen an Kunden	8 696	7 881
Handelsaktiva	22 238	19 968
Finanzanlagen	668	3 002
Sachanlagen	383	–
Insgesamt	34 621	32 657

Die Tabellen zeigen Treuhandgeschäfte, getrennt nach Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten:

[58] Treuhandgeschäfte

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	1 462	1 006
Forderungen an Kunden	4 154	1 033
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	157	197
Beteiligungen	–	886
Sachanlagen	79	78
Insgesamt	5 853	3 201

Treuhandvermögen

in Mio €	31.12.2000	31.12.1999
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39	78
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 078	3 123
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 736	–
Insgesamt	5 853	3 201

Treuhand-
verbindlichkeiten

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 88 799 (1999: 78 229), davon 38 717 (1999: 33 667) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 44 404 (1999: 35 586) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

**[59] Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter**

[60] Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

[60] Patronatserklärung*

ALD AutoLeasing D GmbH, Hamburg	Deutsche Bank OOO, Moskau	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur (früher: Deutsche Morgan Grenfell Futures Pte Ltd.)
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	
Deutsche Asset Management Europe GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Fonds Holding GmbH)	Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon (früher: Deutsche Bank de Investimento, S.A.)	Deutsche Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH, Eschborn
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Asset Management GmbH)	Deutsche Bank Rt., Budapest	Deutsche Grundbesitz Management GmbH, Eschborn
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
	Deutsche Bank S.A., Paris	
	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	Deutsche Securities Limited, Hongkong (früher: Deutsche Morgan Grenfell Capital Markets Limited)
	Deutsche Bank S.A./N.V., Antwerpen (Geschäftssitz Brüssel)	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Australia Limited, Melbourne		
Deutsche Bank Americas Holding Corp., New York/USA (früher: Deutsche Bank North America Holding Corp.)	Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Saarbrücken	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main (früher: DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH)
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona	DWS Investment S.A., Luxemburg (früher: DB Investment Management S.A.)
Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand	
Deutsche Bank Canada, Toronto	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf	EUROHYPO Aktiengesellschaft Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank, Frankfurt am Main (früher: Frankfurter Hypothekenbank Centralboden Aktiengesellschaft)
Deutsche Bank Finance N.V., Curaçao	Deutsche Bank Trust Aktiengesellschaft Private Banking, Frankfurt am Main	
Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA		
Deutsche Bank Lübeck Aktiengesellschaft vormals Handelsbank, Lübeck	Deutsche – Equities S.A., Paris (früher: Deutsche Morgan Grenfell – Equities S.A.)	Schiffshypothekenbank zu Lübeck Aktiengesellschaft, Hamburg
	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam	Versicherungsholding der Deutschen Bank Aktiengesellschaft, Berlin und Bonn
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg		
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Futures London Limited, London (früher: Deutsche Morgan Grenfell Futures Limited)	

* Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Im Jahr 2000 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 63 409 804,56 €. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 30 998 330,04 € gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt neben einer festen Vergütung von 174 580,- € eine dividendenabhängige Vergütung in Höhe von 1 522 500,- €.

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 176 724 627,- € zurückgestellt.

Zum Jahresende 2000 beliefen sich die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 5 254 212,26 € und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 953 191,85 €.

[61] Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie gewährte Kredite

[62] Vorstand im Berichtsjahr

Josef Ackermann

Carl L. von Boehm-Bezing

Rolf-E. Breuer (Sprecher)

Michael Dobson (bis 9. 6. 2000)

Thomas R. Fischer

Tessen von Heydebreck

Hermann-Josef Lamberti

Edson Mitchell (seit 9. 6. 2000; † 22. 12. 2000)

Michael Philipp (seit 9. 6. 2000)

Ronaldo H. Schmitz (bis 9. 6. 2000)

[62] Vorstand im Berichtsjahr

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung der Mandate im In- und Ausland.

[63] Mandate

Überleitungserläuterung Abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss: IAS im Vergleich zum HGB.

Nach IAS wird – im Unterschied zur deutschen Rechnungslegung – dem Gläubigerschutzgedanken eher durch aussagefähige Informationen entsprochen als durch vorsichtsgeprägte Ansatz- und Bewertungsregeln. Aus der unterschiedlichen Zielsetzung der IAS resultieren in folgenden Fällen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden oder ein unterschiedlicher Ausweis innerhalb des Konzernabschlusses:

Forderungen aus dem Leasinggeschäft

Leasinggegenstände, die nach IAS-Grundsätzen dem Leasingnehmer zuzurechnen sind (Finanzierungsleasing), erscheinen im Konzernabschluss unter der Position Forderungen – statt unter den Sachanlagen –, sofern der Konzern als Leasinggeber auftritt und die Kriterien für Finanzierungsleasing erfüllt sind. Steuerliche Gesichtspunkte finden hierbei keine Berücksichtigung.

Netting von Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten mit demselben Fälligkeitstag, die in derselben oder einer frei konvertierbaren Währung und mit demselben Kontrahenten abgeschlossen werden, werden miteinander verrechnet, sofern die in den IAS festgelegten Voraussetzungen zum Netting erfüllt sind. Dazu gehört insbesondere das Vorliegen eines durchsetzbaren Rechts zur Aufrechnung. Darüber hinaus muss die Aufrechnung die Erwartung über die tatsächlichen künftigen Zahlungsströme angemessen widerspiegeln. Netting wird im Wesentlichen bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften vorgenommen, wenn der Konzern sowohl als Pensionsgeber wie auch als Pensionsnehmer auftritt.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge wird entsprechend internationaler Usancen offen auf der Aktivseite als eigenständige Position nach den Forderungen ausgewiesen. Dadurch wird der Einblick in die Risikovorsorge verbessert.

Handelsaktiva

Sämtliche Handelsaktivitäten werden in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesen. Dies führt zur Berücksichtigung von Ergebnisbestandteilen, die nach deutschem Recht als unrealisierte Gewinne qualifiziert werden. Die Position Handelsaktiva enthält im Wesentlichen die zu Marktwerten bilanzierten Wertpapierhandelsbestände und die Positiven Marktwerte aus am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäften.

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2000 ist gemäß Beschluss SIC-16 des Standing Interpretations Committee im IAS-Konzernabschluss für den Handel in Eigenen Aktien kein Ertrag oder Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Die entsprechenden Ergebnisse werden im IAS-Konzernabschluss offen vom Handelsergebnis abgesetzt und – nach Steuern – ebenso wie der Bestand Eigener Aktien im Eigenkapital berücksichtigt.

Handel in Eigenen Aktien

Eine Verrechnung (Netting) von Handelsaktiva und Handelspassiva wird vorgenommen, wenn ein durchsetzbares Recht zur Aufrechnung besteht und die Aufrechnung die Erwartung über die tatsächlichen künftigen Zahlungsströme angemessen widerspiegelt.

**Netting bei
Handelsaktivitäten**

Entsprechend dem wirtschaftlichen Gehalt der Geschäfte wird bei der Wertpapierleihe das Wertpapier weiterhin im Wertpapierbestand bilanziert, wenn der Konzern als Verleiher auftritt. Dagegen wäre nach HGB eine Forderung einzubuchen. Dies gilt analog für die Fälle, in denen der Konzern als Leiher auftritt. Nach HGB wäre hier eine Verbindlichkeit auszuweisen.

Wertpapierleihe

Die Finanzanlagen umfassen auch diejenigen Wertpapiere, die nach HGB der Liquiditätsreserve zugeordnet sind, ebenso Anteile an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen, Anteile an assoziierten Unternehmen und Beteiligungen.

Finanzanlagen

Selbst erstellte Software wird aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Bank die wirtschaftlichen Vorteile daraus zufließen und die Herstellungskosten verlässlich bestimmbar sind.

**Immaterielle
Vermögenswerte**

Steuerliche Wertansätze finden im IAS-Abschluss keine Berücksichtigung. Dies führt dazu, dass Sachanlagen gegenüber einem Abschluss nach HGB in der Regel mit einem höheren Wert bilanziert werden.

Sachanlagen

Handelspassiva enthalten die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen des Netting mit Positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten verrechnet wurden. Nach HGB wären hierfür

Handelspassiva

Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden, es sei denn, dass diese Verluste durch die Bildung von Bewertungseinheiten im Sinne einer kompensatorischen Bewertung ausgeglichen werden.

Die ebenfalls unter den Handelspassiva ausgewiesenen Short-Positionen wären nach HGB unter Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden zu zeigen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei der versicherungsmathematischen Berechnung der Pensionsrückstellungen wird die prognostizierte Gehaltsentwicklung berücksichtigt. Anpassungen der laufenden Pensionszahlungen werden periodisiert und nicht sofort in voller Höhe abgesetzt. Darüber hinaus werden Marktzinssätze zu Grunde gelegt.

Latente Steuern

Latente Steuern werden nach dem bilanzbezogenen Temporary-Konzept gebildet. Danach werden die Wertansätze der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz mit den für steuerliche Zwecke maßgebenden Werten verglichen. Abweichungen in diesen Wertansätzen begründen als temporäre Wertunterschiede – unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Auflösung – latente Steueransprüche oder latente Steuerverpflichtungen. Dagegen sind nach HGB Steuerabgrenzungen nur zulässig als Folge von zeitlich befristeten Unterschieden zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem nach steuerrechtlichen Vorschriften zu ermittelnden Gewinn.

Anteile in Fremdbesitz

Anteile in Fremdbesitz werden auf der Passivseite außerhalb des Eigenkapitals in einer gesonderten Position gezeigt.

Treuhandgeschäfte

Entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gehalt werden Treuhandgeschäfte, die die Bank im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung durchführt, nicht in der Bilanz ausgewiesen.

Risikobericht

Die langfristige Entwicklung und der anhaltende Erfolg eines globalen Finanzinstituts hängen entscheidend von einem optimalen unternehmensweiten Management der Risiken, die in allen Geschäftsfeldern auftreten, ab. Das Risikomanagement, eine Kernkompetenz der Deutschen Bank, ist funktional unabhängig von den Unternehmensbereichen, die Risiken eingehen. Der entscheidende Qualitätsfaktor für das Risikomanagement der Deutschen Bank ist die Fähigkeit, Risiken zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern, angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen und zu bewerten. Das Ziel der Bank, auf der Grundlage einer bewusst festgelegten Risikoneigung, für ihre Aktionäre eine maximale Rendite zu erwirtschaften, ist der wesentliche Bestimmungsfaktor der Einstellung zu Risiken. Das Risikomanagement gibt den Rahmen für eine unternehmensweite Kultur im Umgang mit Risiken vor. Die Deutsche Bank steuert ihre Risiken in umfassender Weise unter Anwendung von Grundsätzen für das Risikomanagement sowie durch die Gestaltung der Organisationsstruktur und der Risikoprozesse, die auf die Tätigkeiten der Unternehmensbereiche ausgerichtet sind.

Risikomanagement als Kernkompetenz

Das Risikomanagement der Deutschen Bank baut auf fünf Grundsätzen auf:

- Das Management von Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationalen und Geschäftsrisiken erfolgt integriert auf allen Ebenen der Bank, da diese untrennbar miteinander verbunden sind.
- Ein spezialisiertes konzernweites Risikomanagement ist eng auf die Struktur der Geschäftsbereiche ausgerichtet.
- Das Risikomanagement ist funktional und organisatorisch unabhängig von den Unternehmensbereichen.
- Das Group Risk Board (ab Februar 2001: Group Risk Committee) hat konzernweite Verantwortung für die Steuerung der Risiken.
- Der Konzernvorstand und der Aufsichtsrat tragen die Gesamtverantwortung für Risiken im Konzern.

Grundsätze für das Risikomanagement

Der Group Chief Risk Officer, ein Mitglied des Konzernvorstands, trägt die Gesamtverantwortung für sämtliche Risikosteuerungsaktivitäten im Konzern. Die Chief Risk Officer der einzelnen Unternehmensbereiche berichten unmittelbar an ihn.

Organisation des Risikomanagements Group Chief Risk Officer

Group Risk Board

Das Group Risk Board, unter dem Vorsitz des Group Chief Risk Officer, steuert sämtliche Risiken im Konzern. Ihm gehören auch die Chief Risk Officer der Unternehmensbereiche an. Die Aufgaben des Group Risk Board sind:

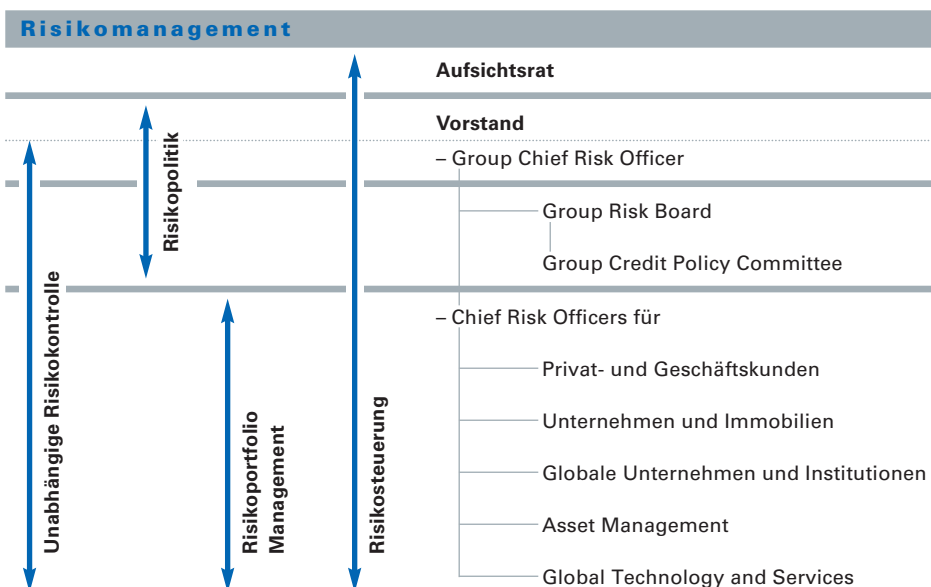
- die Festlegung der Risikoneigung im Einklang mit den Geschäftsstrategien der Bank;
- die Genehmigung der Risikogrundsätze, Verfahren und Methoden in Übereinstimmung mit der Risikoneigung;
- die Steuerung von Risiken unter Portfoliogesichtspunkten;
- die adäquate Zuweisung von Ökonomischem Kapital an die Unternehmensbereiche, entsprechend dem Ausmaß der eingegangenen Risiken;
- die Genehmigung der organisatorischen Struktur und die Ernennung der primären Entscheidungsträger des Risikomanagements.

Risikomanagement-Einheiten

Die Risikomanagement-Einheiten der Unternehmensbereiche stehen unter der Leitung der jeweiligen Chief Risk Officer. Ihre Hauptaufgaben umfassen die:

- Steuerung ihrer spezifischen Portfolien nach Maßgabe der vom Group Risk Board festgesetzten Strategien und Grundsätze;
- Genehmigung von Kredit-, Markt- und operationalen Risikolimiten;
- regelmäßige Überprüfung der Portfolien;
- Entwicklung und Einführung maßgeschneiderter Risikosteuerungssysteme.

Des Weiteren übernehmen Controlling, die Revision und die Rechtsabteilung Kontrollfunktionen. Sie sind unabhängig von den Unternehmensbereichen und dem Risikomanagement. Controlling ist für die Messung der Risiken sowie die Qualität und die Richtigkeit der Risikodaten zuständig. Die Revision überwacht die Einhaltung der internen Kontrollen unter Beachtung interner und aufsichtsrechtlicher Aspekte. Die Rechtsabteilung zeigt den rechtlichen Rahmen auf und ist beratend tätig.



Nach der im Februar 2001 bekannt gegebenen organisatorischen Neuausrichtung der Deutschen Bank wurden die unabhängigen Risikomanagement-Verantwortlichkeiten an die neue Struktur angepasst.

Arten von Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Des Weiteren bestehen versicherungstechnische Risiken bei den Versicherungsgesellschaften des Konzerns.

Risiken sind Bestandteil des Geschäfts der Deutschen Bank. Dabei wird zwischen Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationalen Risiken unterschieden.

Bankbetriebliche Risiken

Das Kreditrisiko besteht darin, dass Kunden ihren vertraglich zugesicherten Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bank nicht nachkommen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko stellt für die Deutsche Bank das höchste Einzelrisiko dar und umfasst folgende Arten:

- Ausfallrisiko: der Ausfall von vertraglich zugesicherten Zahlungen.
- Länderrisiko: das Risiko, dass Kunden ihre Zahlungsverpflichtungen aufgrund von staatlich eingeleiteten Maßnahmen (zum Beispiel Transferbeschränkungen) oder länderspezifischen ökonomischen Faktoren (zum Beispiel Währungsabwertung) nicht mehr erfüllen können.
- Abwicklungsrisiko: das Risiko für die Bank selbst beziehungsweise für die Bank als Vermittler für ihre Kunden oder Dritte, das bei der gegenseitigen Abwicklung von Leistungsverpflichtungen auftritt, wenn diese nicht oder nicht termingerecht erfüllt werden.

Marktrisiko

Das Marktrisiko liegt in der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (Zinsen, Aktienkurse, Wechselkurse, Rohwarenpreise) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihrem Volatilitätsniveau.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Möglichkeit, dass Zahlungsverpflichtungen der Bank bei Fälligkeit nicht zeitgerecht und in erforderlichem Umfang erfüllt werden können. Es umfasst auch potenzielle Verluste aus der erzwungenen Aufnahme von Geldern zu überhöhten Zinssätzen oder der Anlage überschüssiger Mittel zu unter Marktniveau liegenden Sätzen.

Operationales Risiko

Das operationale Risiko bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten durch unvorhersehbare Ereignisse, Betriebsunterbrechungen, inadäquate Kontrollen beziehungsweise Versagen von Kontrollen oder Systemen im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Kundenbeziehungen, Technologie, Sachvermögen, sonstigen Dritten/Aufsichtsbehörden sowie Projekt- und anderen Risiken.

Geschäftsrisiken

Allgemeine Geschäftsrisiken stehen für die Unsicherheit der Ergebnisentwicklung aufgrund von geänderten Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten und technischem Fortschritt. Dies könnte dazu führen, dass die Erträge schneller sinken als die Kosten angepasst werden können.

Als typische versicherungstechnische Risiken werden angesehen, dass zufallsbedingt höhere Leistungen als erwartet zu erbringen sind (Zusatzrisiko), sich Rahmenbedingungen oder Verhaltensweisen der Versicherten im Zeitablauf ändern und solche Änderungen nicht rechtzeitig erkannt und durch Anpassungen der Beiträge oder der Versicherungsbedingungen ausgeglichen werden (Änderungsrisiko).

Versicherungs- technische Risiken

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken wendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium an quantitativen Kenngrößen an. Einige dieser Instrumente sind anwendbar auf mehrere Risikoarten, während andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten sind. Das quantitative Steuerungsinstrumentarium stellt Informationen bereit:

Risikosteuerungs- instrumente

- die eine Abhängigkeit des Werts einzelner Positionen beziehungsweise Portfolien von Änderungen der Marktparameter und anderer Risikofaktoren beziffern (so genannte Sensitivitätsanalysen);
- die aggregierte Risiken messen, wobei unter Einsatz statistischer Verfahren gegenseitige Abhängigkeiten und Korrelationen berücksichtigt werden;
- die durch Szenarioanalysen Risiken erfassen, welche aus extremen Bewegungen in Marktpreisen resultieren.

Die Grundsätze und Risikolimiten der Deutschen Bank beziehen sich auf diese quantitativen Steuerungsinstrumente über alle Unternehmensbereiche hinweg, um Risiken zielgerecht zu managen. Es gehört zu den Grundsätzen der Deutschen Bank, die Angemessenheit und Verlässlichkeit ihrer quantitativen Instrumente einer laufenden Überprüfung zu unterziehen, um diese den sich ändernden Marktgegebenheiten anzupassen.

Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Instrumente und Größen für die Messung und Steuerung der Risiken sowie das Berichtswesen aufgeführt:

Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital dient als Puffer, um Verluste aus Risiken, die in den Unternehmensbereichen eingegangen werden, aufzufangen. Die Deutsche Bank verwendet das Ökonomische Kapital als zentrale Steuerungsgröße für die Zuweisung des Buchkapitals zu ihren fünf Unternehmens-

Ökonomisches Kapital

bereichen sowie zur Beurteilung ihrer Rentabilität und ihrer Fähigkeit, Kapital effizient einzusetzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das notwendig ist, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Damit lassen sich die Risikopositionen der Bank auf allen Ebenen, das heißt sowohl auf Geschäftsbereichs- als auch auf Konzernebene, zusammenfassend darstellen. Die Deutsche Bank ermittelt das Ökonomische Kapital für die Kredit-, Markt-, operationalen und allgemeinen Geschäftsrisiken.

Erwarteter Verlust

Zur Messung der Ausfall- und Länderrisiken im Rahmen ihrer Kreditrisiken legt die Deutsche Bank den Erwarteten Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres zu Grunde. Er wird ermittelt auf der Grundlage historischer Verlustdaten der Bank.

Aufsichtsrechtliches Risiko-Meldewesen

Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die Aufsichtsbehörden sind die folgenden Kenngrößen zu ermitteln:

- Risikoposition: das von der Bank eingegangene Risiko, das nach bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften für Risikoaktiva in Bezug auf Ausfall- und Marktrisiken ermittelt wird. Der Deutschen Bank liegt die Genehmigung der Bankaufsichtsbehörde zur Anwendung der internen Value-at-Risk-Methode zur Berechnung der Marktrisikokomponente des erforderlichen aufsichtsrechtlichen Kapitals vor.
- Aufsichtsrechtliche Eigenmittel: das aufsichtsrechtliche Kapital, das die Bank zur Unterlegung der Risikoposition unterhalten muss.

Value-at-Risk und Stresstests

Nähere Erläuterungen zu Value-at-Risk und Stresstests folgen im Abschnitt Marktrisiken ab Seite II-119.

Kreditrisiken stellen die größte Komponente der Risikoposition der Bank dar. Sie entstehen dadurch, dass die Bank sich auf die Fähigkeiten ihrer Geschäftspartner verlässt, ihren Verpflichtungen zur Einhaltung von Verträgen nachzukommen, die einen wirtschaftlichen Mehrwert für die Bank darstellen.

Kreditrisiken

Die Grundsätze für die Kreditrisikosteuerung der Deutschen Bank lauten wie folgt:

- Das Group Risk Board definiert die Höhe der von der Bank akzeptierten Kreditrisiken im Rahmen seiner Risikosteuerungspolitik, der Konzernvorstand genehmigt diese.
- Die Kreditrichtlinien werden vom Group Credit Policy Committee (GCPC), einem Ausschuss des Group Risk Board, festgesetzt.
- Die Unternehmensbereiche implementieren die Kreditrichtlinien und setzen die Kreditstrategien um.

Den einzelnen Unternehmensbereichen sind Kreditrisikomanagement-Einheiten zugeordnet. Diese Einheiten haben die Hauptverantwortung für die:

- Beurteilung der Kreditwürdigkeit der Kreditkunden;
- Genehmigung von Kreditlimiten;
- Steuerung der Kreditengagements;
- Steuerung der Kreditportfolien durch regelmäßige Überprüfung;
- Entwicklung und Implementierung maßgeschneiderter Risikosteuerungssysteme.

Die Deutsche Bank legt ihre Bereitschaft, Ausfallrisiken einzugehen, nach bestimmten Grundsätzen fest. Diese erstrecken sich auch auf die Messung und die aktive Steuerung der Risiken. Die Genehmigung von Kredittransaktionen sowie die Engagementsteuerung erfolgen im Rahmen von Portfoliorichtlinien und der auf ihnen basierenden Kreditstrategien der Bank. Die Deutsche Bank hat in diesem Zusammenhang eine Reihe wichtiger Grundsätze aufgestellt:

Kreditrichtlinien und -prozesse

Die Bank trifft ihre Kreditentscheidungen für einzelne Kreditnehmer unter Zugrundelegung des zusammengefassten Engagements gegenüber dem betreffenden Kunden und – bei Konzernen – den mit ihm verbundenen Unternehmen.

Kreditnehmereinheit

Kreditberichte

Ein schriftlicher Bericht stellt die Basis für jede von der Bank zu treffende Kreditentscheidung dar. Ein solcher Bericht enthält und beurteilt alle wesentlichen Informationen, die für die Kreditentscheidung maßgeblich sind. In den Kreditrichtlinien der Deutschen Bank sind detaillierte Anforderungen an den Inhalt eines solchen Berichts aufgeführt.

Kreditkompetenzen

Der Konzernvorstand hat an die Risikomanagementfunktion umfangreiche Kreditentscheidungskompetenzen nach Kundengruppen und Risikoklassen delegiert. Die höchste divisionale Kreditkompetenz liegt bei den Credit Committees der Unternehmensbereiche.

Risikobeurteilung

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsverfahrens ist eine detaillierte Risikobeurteilung. Bei Firmenkunden besteht die Risikobeurteilung aus der Analyse der finanziellen Verhältnisse, der Marktposition, des Geschäftsumfelds, in dem der Schuldner tätig ist, sowie der Qualität des Managements. Bei grenzüberschreitenden Transaktionen führt die Bank des Weiteren eine Analyse des Länderrisikos durch.

Aus dieser Risikobeurteilung ergibt sich für jedes Engagement eine Risikoeinstufung. Für die jeweiligen Kundengruppen, das heißt Firmenkunden, Banken, Nichtbanken-Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften, Finanzinstitute für gewerbliche Immobiliengeschäfte, Privatkunden und Selbstständige, hat die Deutsche Bank unterschiedliche Risikobewertungsskalen.

Diese Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Kreditentscheidung aus, sondern beeinflusst auch maßgeblich die notwendige Kreditkompetenz, die zur Verlängerung des Kredits und Veränderung der Konditionen notwendig ist.

Kreditlimite

Die Kreditlimite legen die Obergrenze für ein Kreditengagement mit dem jeweiligen Kunden fest. Diese beziehen sich auch auf Produkte und Laufzeiten.

Regelmäßige Kreditüberprüfung

Allgemein gilt der Grundsatz, dass sämtliche Kreditentscheidungen einmal im Jahr überprüft werden.

Risikoprofil des Jahres 2000

Nach einem relativ robusten Jahresanfang haben sich die externen Bedingungen für das Kreditgeschäft im Jahr 2000 stetig verschlechtert und waren zu Jahresende eher ungewiss. An den Anleihemärkten nahmen die Rating-Herabstufungen, Konkursmeldungen und Kreditzinsaufschläge zu. Zudem wurden die Emerging Markets von neuen Finanzkrisen getroffen.

In diesem Umfeld war die Deutsche Bank mit ihrem Kreditprofil gut positioniert. Im Firmenkundengeschäft blieb das Engagement volumenmäßig relativ stabil (bei Bereinigung um Wechselkurseffekte, insbesondere aus dem steigenden US-Dollar-Kurs). Das Kreditvolumen wurde durch eine konsequente Allokation des aufsichtsrechtlichen und Ökonomischen Kapitals gesteuert, was unter anderem zu einer Verbesserung der Performance bei risikoadjustierten Profitabilitätskennziffern und der positiven Entwicklung des Risiko-Vorsorgebedarfs beitrug. Abgesehen von Wechselkursschwankungen resultiert die leichte Zunahme des Kreditvolumens größtenteils aus weniger risikobehafteten westeuropäischen Ausleihungen.

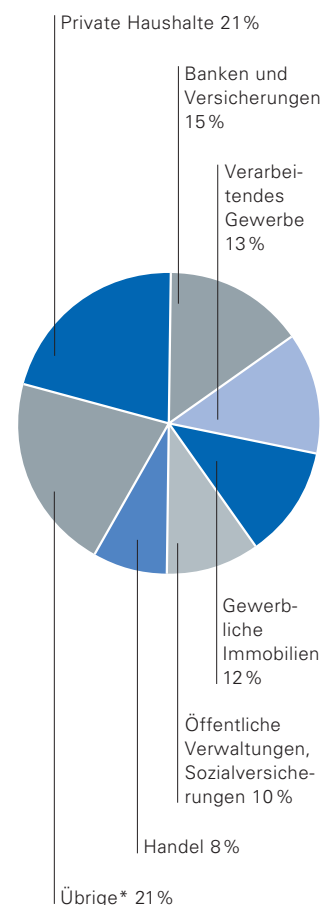
Das Derivate- und Devisenvolumen nahm aufgrund der anhaltenden Stärke des US-Dollars und wechselhafter Bedingungen in anderen Handelsrisiken zu. Zur Marktführerschaft der Deutschen Bank in diesen Produkten tragen unter anderem die aktive Steuerung des Kreditengagements bei Einzel- und aggregierten Kundenportfolien im Rahmen zahlreicher Stress-Szenarien, moderne Systeme sowie qualifizierte Fachleute und Mitarbeiter im operativen Kreditgeschäft bei. Dank dieser Fokussierung hat die Ausweitung des Geschäftsvolumens in diesem Bereich die Zunahme der Kreditrisiken weit übertroffen.

Die Nettoneubildungen von Wertberichtigungen für Kreditrisiken für das Berichtsjahr in Höhe von 564 Mio € erreichten, gemessen am Kreditvolumen, ihren niedrigsten Stand seit Jahren und stehen einem statistisch errechneten Erwarteten Verlust von 895 Mio € gegenüber. Am Jahresende lag das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken bei 8,2 Mrd € unter Berücksichtigung der unternehmensbereichsübergreifenden Diversifizierungseffekte. Der Rückgang gegenüber 1999 ist im Wesentlichen auf Modellverbesserungen zurückzuführen, die Anpassungen für getroffene Risikovorsorgen und Berücksichtigung von Sicherheiten umfassen.

Die Prozesse und Struktur des Kreditrisikomanagements der Deutschen Bank sind stark auf die Portfoliobereiche mit den höchsten Kreditrisiken fokussiert.

Entwicklung der Kreditrisiken

Kreditvolumen nach Branchen
insgesamt 281 Mrd €



* Supranationale Einrichtungen, Telekommunikation, Pharma und andere

Teams mit erfahrenen Mitarbeitern im Kreditgeschäft überwachen die Risiken bei Kunden mit schwacher Bonität (Sub-Investment Grade) und strukturierten Finanzierungen. Für die Steuerung von Portfolio- und Transaktionsrisiken in Bereichen wie Emerging Markets, Hedgefonds sowie Asset-Backed-Transaktionen sind Spezialisten zuständig.

Für diese wichtigen Unterportfolien gelten sorgfältig abgewogene Limite. Dank der disziplinierten Einhaltung und Anwendung dieser Limite im gesamten Geschäftsjahr gelang es, die Auswirkungen des relativ ungünstigen Geschäftsumfelds am Jahresende auf die Portfolioqualität gering zu halten. Das Leveraged Hold Portfolio belief sich am Jahresende auf weniger als 3 % des Kreditvolumens. Das Kreditvolumen mit Kunden in den Emerging Markets lag nur geringfügig darüber.

Kreditrisikoprofil nach Unternehmensbereichen

in Mrd €	Globale	Unter-	Privat- und	Sonstige ¹⁾	Konzern insgesamt	
	Unternehmen und Institutionen 31.12.2000	nehmen und Immobilien 31.12.2000	Geschäfts- kunden 31.12.2000	31.12.2000	31.12.2000	31.12.1999
Kreditvolumen ²⁾	88,10	133,02	56,63	3,65	281,40	261,45
Eventualverbindlichkeiten	17,57	15,54	1,01	0,62	34,74	36,93
Unwiderrufliche Zusagen	74,81	33,50	4,43	0,00	112,74	106,67
OTC-Derivate ³⁾	49,14	1,02	0,00	1,02	51,18	61,35 ³⁾
Kreditrisiken insgesamt, brutto ⁴⁾	229,62	183,08	62,07	5,29	480,06	466,40
Kreditrisiken insgesamt, nach Risikovorsorge	227,69	179,38	60,58	5,21	472,86	458,55
Erwarteter Verlust	0,33	0,35	0,21	0,01	0,90	1,00
Ökonomisches Kapital für Kreditrisiken	3,98	3,01	1,09	0,16	8,24	11,28

¹⁾ Asset Management, Global Technology and Services und Corporate Center

²⁾ Das Kreditvolumen im Risikobericht enthält nicht Forderungen an Broker und Clearing-Häuser, andere Forderungen sowie Zinsabgrenzungen in Höhe von rund 25 Mrd €.

³⁾ Für OTC-Derivate sind die Positiven Marktwerte nach Netting angegeben. Bei Anwendung heutiger Netting-Möglichkeiten hätte sich für 1999 ein auf 42 Mrd € reduzierter Wert ergeben.

⁴⁾ Angaben sind vor Sicherheiten und Risikovorsorge.

Kreditrisikoprofil nach Branchen

Das Kreditportfolio ist nach Branchen gut diversifiziert (siehe Grafik Seite 145). Auf Banken und sonstige Finanzinstitute sowie Staaten der G-10 entfällt mehr als die Hälfte des Kontrahentenrisikos im Handelsgeschäft, worauf das gesunde Kreditprofil sowie die bisherigen geringen Verluste mit diesen Produkten zurückzuführen sind. Das Kreditrisiko bei Groß- und mittelständischen Unternehmen ist nach Branchen betrachtet gut gestreut.

Das gesamte Konzernengagement in den wichtigsten Branchen wird jährlich unter Berücksichtigung der aktuellen Trends und Aussichten sowie ihrer voraussichtlichen Auswirkungen auf das Kreditportfolio analysiert. Hierbei werden die branchenbezogene Kreditstrategie und die Risikobereitschaft der Bank gegenüber den größten Kundengruppen bestätigt oder angepasst (bei Bedarf geschieht dies auch häufiger). Bestimmte Branchenengagements werden innerhalb spezifischer Branchenlimite gesteuert.

Bezogen auf Bonitätsklassen zeigte das Kreditrisikoprofil im Geschäftsjahr 2000 eine leichte Verbesserung.

Die Auswirkung verschlechterter Bonitäten in einzelnen Branchen, wie Telekommunikation, wurde durch die strenge Einhaltung von Branchenlimiten und einem überwiegenden Anteil an Kunden erstklassiger Bonität begrenzt. Die leicht negative Entwicklung der Bonitäten im nordamerikanischen Firmenkundengeschäft konnte durch aktive Verbesserung der durchschnittlichen Kreditqualität in anderen Regionen und Branchen kompensiert werden.

Die herausragende Position der Deutschen Bank im Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren staatlicher Emittenten zeigt sich in der Position Handelbare Wertpapiere, die eine deutlich bessere Bonitätsstruktur aufweist.

Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklassen

Verteilung des Kreditrisikoprofils nach Bonitätsklassen

Bonitätsklassen oder Äquivalent (Standard & Poor's Rating) in Mrd €	Kreditvolumen ¹⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ²⁾		Handelbare Wertpapiere ³⁾	
	31.12. 2000	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 1999
AAA – AA	31,20	26,07	3,02	3,92	18,42	12,51	127,50	113,65
A	42,82	32,66	3,91	4,27	20,54	32,72	36,58	13,06
BBB	66,87	65,52	14,18	15,88	8,72	8,08	7,65	20,37
BB	115,16	107,10	10,98	11,01	2,68	4,42	4,69	11,13
B	23,07	28,52	2,52	1,76	0,66	2,72	2,81	3,86
CCC und schlechter	2,28	1,58	0,13	0,08	0,16	0,90	0,06	0,71
Insgesamt	281,40	261,45	34,74	36,92	51,18	61,35²⁾	179,29	162,78

¹⁾ Das Kreditvolumen im Risikobericht enthält nicht Forderungen an Broker und Clearing-Häuser, andere Forderungen sowie Zinsabgrenzungen in Höhe von rund 25 Mrd €.

²⁾ Für OTC-Derivate sind die Positiven Marktwerte nach Netting angegeben. Bei Anwendung heutiger Netting-Möglichkeiten hätte sich für 1999 ein auf 42 Mrd € reduzierter Wert ergeben.

³⁾ Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere; ausgenommen sind Wertpapiere bei Zweckgesellschaften in Höhe von 24 Mrd €, die nicht als Risiko der Bank angesehen werden.

Kreditrisikoprofil nach Regionen

Mehr als 85 % des gesamten Kreditportfolios entfallen auf Westeuropa und Nordamerika. In der asiatisch-pazifischen Region sind hier hauptsächlich Japan, Australien und andere als erstklassig (Investment Grade) eingestufte Länder vertreten. Bei den Kreditnehmern in den Emerging Markets entfällt ein großer Teil der Geschäftstätigkeit auf Transaktionen mit Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen und internationaler Finanzinstitute.

Kreditrisikoprofil nach Regionen (Sitz des Kreditnehmers)

in Mrd €	Kreditvolumen		Eventualverbindlichkeiten		OTC-Derivate*	
	31.12. 2000	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 1999
Osteuropa	3,46	4,19	0,69	0,70	0,28	0,26
Westeuropa	221,11	198,70	25,00	23,47	26,33	28,61
Afrika	0,30	0,58	0,38	0,60	0,46	0,36
Asien/Pazifik	13,48	17,49	3,21	5,65	7,48	7,23
Nordamerika	38,92	35,15	4,56	5,46	13,15	16,73
Mittel- und Südamerika	4,10	5,27	0,90	0,99	3,09	4,56
Sonstige	0,03	0,07	0,00	0,05	0,39	3,60
Insgesamt	281,40	261,45	34,74	36,92	51,18	61,35*

* Für OTC-Derivate sind die Positiven Marktwerte nach Netting angegeben. Bei Anwendung heutiger Netting-Möglichkeiten hätte sich für 1999 ein auf 42 Mrd € reduzierter Wert ergeben.

Mit Wertberichtigungen sollen Verluste aus Kreditrisiken aufgefangen werden. Die Wertberichtigungen werden unter Berücksichtigung des portfoliospezifischen Verlustrisikos gebildet und auf einem Niveau gehalten, das als risikoadäquat angesehen wird.

Die Angemessenheit einer Wertberichtigung prüft das Management anhand folgender Punkte:

- im Portfolio vorhandene Kreditrisiken;
- vorherrschende wirtschaftliche Rahmenbedingungen;
- Qualität des Portfolios gemäß Asset Quality Review (unabhängige Einheit zur Prüfung der Kreditqualität, tätig in Teilen des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen);
- bisher eingetretene Kreditausfälle unter Berücksichtigung des Wertberichtigungs niveaus.

Die Einzelwertberichtigungen werden regelmäßig zur Feststellung der angemessenen Höhe des Wertberichtigungsbetrages überprüft. Abschreibungen sind vorzunehmen, sobald nach Einschätzung des Managements Forderungen als uneinbringlich angesehen werden.

Wie die folgende Tabelle zeigt,

- blieben Einzelwertberichtigungen weitgehend stabil, worin sich die gute Entwicklung des Portfolios im Gesamtjahr widerspiegelt;
- fielen die Länderwertberichtigungen substanziell. Darin zeigt sich der Verkauf von Krediten mit unzureichendem Risikoertragsprofil, insbesondere Russland-engagements, sowie die Abschreibung uneinbringlicher Irak-Kredite;
- sanken die Pauschalwertberichtigungen infolge der niedrigeren durchschnittlichen Abschreibungen in den letzten fünf Jahren.

Risikoversorge

Risikoversorge nach Unternehmensbereichen

Bestand der Risikovorsorge nach Unternehmensbereichen

in Mrd €	Globale Unternehmen und Institutionen	Unter- nehmen und Immobilien	Privat- und Geschäfts- kunden	Sonstige	Konzern insgesamt	
	31.12.2000	31.12.2000	31.12.2000	31.12.2000	31.12.2000	31.12.1999
Kreditrisiken	229,62	183,08	62,07	5,29	480,06	466,40
Risikovorsorge						
für Bonitätsrisiken*	1,459	3,340	1,370	0,046	6,214	6,264
für Länderrisiken	0,274	0,016	0,004	0,000	0,294	0,756
für latente Risiken	0,199	0,348	0,110	0,032	0,690	0,830
Risikovorsorge insgesamt	1,932	3,704	1,484	0,078	7,198	7,850
Kreditrisiken nach Risikovorsorge	227,69	179,38	60,58	5,21	472,86	458,55

* einschließlich Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten

Länderrisiken

Die Deutsche Bank steuert Länderrisiken auf verschiedenen Ebenen. Nachfolgend die drei Hauptbereiche:

Grenzüberschreitende Transferrisiken

Bei den grenzüberschreitenden Transferrisiken handelt es sich um Risiken aus Forderungen gegenüber Kontrahenten in einem anderen Land als dem, in dem der Kreditgeber domiziliert ist. Grenzüberschreitende Transferrisiken beinhalten auch Kredite an unsere eigenen Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland. Die Überwachung von grenzüberschreitenden Transferrisiken erwies sich insbesondere im Zusammenhang mit der Krise in Lateinamerika in den 80er-Jahren als zweckmäßig.

Länderkredit-Engagement

Das gesamte Länderkredit-Engagement steht für die Kreditforderungen gegenüber Kunden in einem bestimmten Land mit hohem Risiko. Dazu zählen auch Kredite, die von unseren lokalen Geschäftsstellen an Kunden vor Ort (unter anderem auch in nationaler Währung) herausgelegt worden sind. Des Weiteren zählen dazu Kredite an ausländische Tochtergesellschaften dieser lokalen Kunden. Die Überwachung des gesamten Exposure war besonders im Zusammenhang mit der Asienkrise 1997/1998 von Bedeutung.

Event-Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor dienen zur Kontrolle potenzieller Marktrisiken bei Handelspositionen (weitere Einzelheiten dazu im Abschnitt Marktrisiken).

Event-Risk-Szenarien

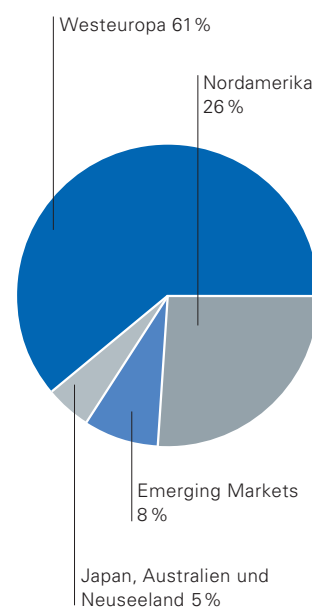
Die Bank setzt länder- sowie regionenbezogene Limite für das Risikoniveau nach Maßgabe dieser drei Hauptkontrollfaktoren fest. Diese Länderlimite werden entweder direkt vom Konzernvorstand oder vom Group Credit Policy Committee in Vertretung des Konzernvorstands festgelegt. Länderlimite hängen von der Risikobereitschaft der Bank ab und spiegeln die internen Länderrisiko-Einstufungen wider (die von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team festgelegt werden).

Die Daten über die Ausnutzung dieser Limite werden regelmäßig in den Risk Committees der Bank sowie vom Konzernvorstand geprüft.

Am 31.12.2000 belief sich das gesamte internationale Portfolio für grenzüberschreitende Transferrisiken auf 106,9 Mrd €. Dazu zählen sämtliche Margen- und Kreditprodukte, ohne nicht in Anspruch genommene Linien und Refinanzierung lokaler Stellen. Die Vergleichszahl per 31.12.1999 betrug 115,4 Mrd €. Die nebenstehende Grafik stellt eine Aufschlüsselung der grenzüberschreitenden Forderungen per Jahresende dar. Der überwiegende Teil der Forderungen entfällt auf hoch eingestufte OECD-Länder (einschließlich Länder der Euro-Zone), die nach Risikogesichtspunkten wenig problematisch sind. Nur 8,9 Mrd € entfielen auf grenzüberschreitende Forderungen an Kreditnehmer aus den Emerging Markets (sämtliche Länder in Lateinamerika, der Karibik, Asien außer Japan, Osteuropa, Nahost und Afrika) gegenüber 11,1 Mrd € in 1999. Die Verteilung zeigt die Grafik auf der folgenden Seite.

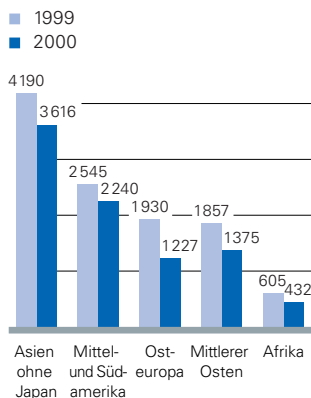
Länderrisiko-Exposure

Länderrisiko nach Regionen
insgesamt 106,9 Mrd €



In diesem Zusammenhang traf die Deutsche Bank 1999 die Entscheidung, ihr Emerging Markets-Engagement aktiv zu senken und trotzdem das Geschäft im Einklang mit ihrer globalen Strategie und Präsenz weiterzuführen. Seit den Erfahrungen der Asienkrise konzentriert sich die Deutsche Bank auf die Reduzierung der grenzüberschreitenden Transferrisiken. Zusätzlich fokussiert sich die Bank auf

Länderrisiko Emerging Markets in Mio €



die Senkung des gesamten Länderkredit-Engagements, insbesondere der sehr risikobehafteten befristeten Ausleihungen. Dadurch konnte eine Rückführung des gesamten Kredit-Exposures der Deutschen Bank in Emerging Markets auf 7,4 Mrd € erreicht werden. Dies gelang vor dem Hintergrund eines sich abschwächenden Euro (ein bedeutender Faktor, da ein großer Teil der Emerging Markets-Transaktionen in US-Dollar abgewickelt wird). Bei unverändertem US-Dollar-Kurs wären die Ausleihungen bis auf 7,0 Mrd € gesenkt worden.

Teil dieser Bereinigung war auch der Verkauf von Krediten mit niedrigem Ertragsprofil (insbesondere Russland-Kredite) auf den Sekundärmärkten, unter Verwendung der Wertberichtigungen verbunden mit den erforderlichen Abschreibungen. Die Bank entschied sich auch für die Abschreibung uneinbringlicher Irak-Kredite, da mit einer Rückführung nicht mehr gerechnet werden konnte.

Abwicklungsrisiken

Die Deutsche Bank ist eines der führenden Finanzinstitute auf den internationalen Kapitalmärkten. In dieser Eigenschaft ist sie auch Abwicklungsrisiken ausgesetzt, insbesondere bei Devisengeschäften und Edelmetall-Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen, wenn bei der gegenseitigen Abwicklung von Leistungsverpflichtungen diese nicht oder nicht termingerecht abgewickelt werden können. Die Bank überwacht diese Risiken laufend unter genehmigten Limiten. Die Deutsche Bank strebt auch den Abschluss von Nettingvereinbarungen an. Die Bank beteiligt sich ferner aktiv an Initiativen zur Verminderung des Abwicklungsrisikos und ist beispielsweise ein Mitglied der diesen Zweck verfolgenden CLS Bank.

Ausfallrisiken aus Derivategeschäften

Die Tabelle auf Seite II-117/118 zeigt – je Produktbereich – die auf die Handelsaktivitäten entfallenden, am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte sowie Durchschnittswerte für das gesamte Berichtsjahr.

Wie in den Vorjahren kam es aufgrund des weiteren Ausbaus der Investment Banking-Aktivitäten zu einer Ausweitung des Derivategeschäfts. Wiederbeschaffungswerte (Positive Marktwerte) im Derivategeschäft betragen 141,98 Mrd € (1999: 119,75 Mrd €). Nach Berücksichtigung durchsetzbarer Nettingvereinbarungen ergeben sich Netto-Wiederbeschaffungskosten in Höhe von 51,18 Mrd € (1999: 61,35 Mrd €; unter Anwendung heutiger Nettingmöglichkeiten: 42 Mrd €).

Handelsaktivitäten in Kreditderivaten führten am Jahresende zu Positiven Marktwerten von 601 Mio €. Die auf den Seiten II-117/118 folgende Tabelle enthält auch die Kreditderivate. Sie werden in Übereinstimmung mit den bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen zins- oder aktienindexbezogenen Transaktionen zugeordnet.

Außerhalb der Handelsaktivitäten werden Derivategeschäfte auch für das Management der Risiken im Anlagebuch verwendet.

Insbesondere führte die Bank eine Reihe von Kreditsicherungs-transaktionen durch. Zum 31.12.2000 betrug das mit diesen Transaktionen besicherte Kreditvolumen 25 Mrd €.

Handelsaktivitäten in OTC-Derivaten nach Kontrahentengruppen

in Mrd €	Positive Marktwerte nach Netting	
	31.12.2000	31.12.1999
OECD-Zentralregierungen	1,70	1,89
OECD-Kreditinstitute	24,61	39,05
OECD-Finanzdienstleistungsinstitute	11,09	6,70
Sonstige (zum Beispiel Unternehmen und Privatpersonen)	9,65	9,93
Nicht-OECD-Zentralregierungen	0,01	0,04
Nicht-OECD-Kreditinstitute	3,01	1,82
Nicht-OECD-Finanzdienstleistungsinstitute	1,11	1,92
Insgesamt	51,18	61,35

Bei Anwendung heutiger Netting-Möglichkeiten hätte sich für 1999 ein auf 42 Mrd € reduzierter Wert ergeben.

Geschäft mit OTC-Derivaten nach aufsichtsrechtlichen Kontrahentengruppen

Handelsaktivitäten in Derivaten

31.12.2000 in Mio €	Nominalbetrag nach Restlaufzeit			Insgesamt
	bis 1 Jahr	>1–5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
FRA's	646 730	61 292	0	708 022
Zins-Swaps (gleiche Währung)	2 013 576	1 899 169	1 373 344	5 286 089
OTC-Produkte				
Zinsoptionen-Käufe	179 798	346 321	90 244	616 363
Zinsoptionen-Verkäufe	222 331	342 201	116 571	681 103
Sonstige Zinsgeschäfte				0
Zwischensumme	3 062 435	2 648 983	1 580 159	7 291 577
Börsengehandelte Produkte				
Zins-Futures	1 283 688	436 851	55 894	1 776 433
Zinsoptionen-Käufe	127 586	15 897	0	143 483
Zinsoptionen-Verkäufe	86 570	22 235	0	108 805
Zwischensumme	4 560 279	3 123 966	1 636 053	9 320 298
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Devisentermingeschäfte	1 142 305	35 356	1 187	1 178 848
Cross-Currency-Swaps	308 206	146 114	101 652	555 972
Devisenoptionen-Käufe	152 807	17 499	392	170 698
Devisenoptionen-Verkäufe	120 493	10 628	527	131 648
Sonstige Devisengeschäfte				0
Zwischensumme	1 723 811	209 597	103 758	2 037 166
Börsengehandelte Produkte				
Devisen-Futures	2 386	636	2	3 024
Devisenoptionen-Käufe	460	0	0	460
Devisenoptionen-Verkäufe	741	0	0	741
Zwischensumme	1 727 398	210 233	103 760	2 041 391
Aktien-/Index-bezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Aktien-/Index-Swaps	42 726	12 539	2 268	57 533
Aktien-/Index-Optionen-Käufe	28 627	49 705	6 538	84 870
Aktien-/Index-Optionen-Verkäufe	30 955	57 425	14 268	102 648
Sonstige Aktien-/Index-Geschäfte	22	0	0	22
Zwischensumme	102 330	119 669	23 074	245 073
Börsengehandelte Produkte				
Aktien-/Index-Futures	72 839	131	0	72 970
Aktien-/Index-Optionen-Käufe	18 825	1 618	12	20 455
Aktien-/Index-Optionen-Verkäufe	15 850	2 995	44	18 889
Zwischensumme	209 844	124 413	23 130	357 387
Sonstige Geschäfte				
OTC-Produkte				
Edelmetallgeschäfte (einschließlich Gold)	17 405	17 481	4 688	39 574
Rohwaren	6 069	5 288	216	11 573
Zwischensumme	23 474	22 769	4 904	51 147
Börsengehandelte Produkte				
Futures	9 889	1 733	0	11 622
Optionen-Käufe	2 405	348	0	2 753
Optionen-Verkäufe	2 706	332	0	3 038
Zwischensumme	38 474	25 182	4 904	68 560
Summe ohne Börsengehandelte Produkte	4 912 050	3 001 018	1 711 895	9 624 963

Positive Marktwerte nach bankaufsichtsrechtlich anerkannten Netting-Vereinbarungen

* Marktwerte wurden nur für OTC-Derivate angegeben.

Positiver Marktwert*	Negativer Marktwert*	Netto- marktwert*	Durchschnittliche Werte 2000		
			Nominalvolumen	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
394	283	111	754 416	485	471
60 455	65 341	- 4 886	5 241 699	57 062	62 454
7 610		7 610	590 020	6 842	73
	6 751	- 6 751	660 834	88	6 965
		0	163	20	40
68 459	72 375	- 3 916	7 247 132	64 497	70 003
			2 290 138		
			193 416		
			201 438		
68 459	72 375	- 3 916	9 932 124	64 497	70 003
30 764	27 969	2 795	1 477 095	31 948	29 146
19 892	18 849	1 043	328 163	16 067	15 037
4 625		4 625	175 561	4 649	9
	3 256	- 3 256	136 836	13	2 652
		0	0	0	0
55 281	50 074	5 207	2 117 655	52 677	46 844
			4 328		
			719		
			5 659		
55 281	50 074	5 207	2 128 361	52 677	46 844
3 262	4 010	- 748	55 289	3 616	4 073
9 644		9 644	65 121	11 855	0
	10 682	- 10 682	70 308	4	13 379
20	21	- 1	675	292	304
12 926	14 713	- 1 787	191 393	15 767	17 756
			60 712		
			32 144		
			24 961		
12 926	14 713	- 1 787	309 210	15 767	17 756
1 591	1 426	165	49 961	851	822
3 727	3 252	475	12 108	2 265	2 221
5 318	4 678	640	62 069	3 116	3 043
			11 705		
			1 407		
			1 771		
5 318	4 678	640	76 952	3 116	3 043
141 984	141 840	144	9 618 249	136 057	137 646
51 177					

Marktrisiken

In der Deutschen Bank sind die Handelsbereiche des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen sowie eine ebenfalls zu Globale Unternehmen und Institutionen zählende Einheit für die Steuerung von Zinsrisiken aus Nichthandelsgeschäften autorisiert, Marktrisiken im Rahmen ihrer Befugnisse für die Steuerung von Aktiva, Verbindlichkeiten und Liquidität einzugehen. Bei bestimmten Tochtergesellschaften wird das Zinsrisiko aus Nichthandelsgeschäften von den zuständigen Geschäftsbereichen unter der Gesamtverantwortung von Group Market Risk Management gesteuert.

Value-at-Risk

Der Value-at-Risk-Ansatz wird zur Ermittlung eines quantitativen Maßes für Marktrisiken unter normalen Marktbedingungen eingesetzt. So misst der Value-at-Risk bei einem gegebenen Portfolio die potenziellen künftigen Verluste (bezogen auf den Marktwert), die unter normalen Marktbedingungen in einem gegebenen Zeitraum und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten werden. Der Value-at-Risk ermöglicht ein konsistentes und einheitliches Messverfahren, das sich auf sämtliche Handelsbereiche und -produkte anwenden lässt. Dies ermöglicht einen Vergleich der ermittelten Risiken, sowohl unter zeitlichen Gesichtspunkten als auch bezogen auf die täglichen Handelserträge.

Das von der Deutschen Bank angewandte Value-at-Risk-Modell basiert auf einem Monte Carlo-Simulationsverfahren. Die Volatilitäten und Korrelationen von Marktparametern werden auf der Basis der Beobachtungen der letzten zwölf Monate auf ungewichteter Basis angewandt. Die Value-at-Risk-Ermittlungen erfolgen für ein Konfidenzniveau von 99 % mit einem Zeithorizont von einem Tag.

Die deutsche Bankenaufsichtsbehörde hat der Deutschen Bank die Genehmigung zur Verwendung ihrer Value-at-Risk-Modelle für das aufsichtsrechtliche Meldewesen und die Berechnung der Eigenmittelunterlegung für Marktrisiken erteilt.

Backtesting zur Überprüfung der Value-at-Risk-Modellzahlen

Die Aussagekraft des auf historischen Marktbewegungen basierenden Value-at-Risk-Ansatzes wird durch entsprechende Verfahren (Backtesting) bestätigt. Dabei werden die täglichen Gewinne und Verluste mit den anhand des Value-at-Risk-Verfahrens prognostizierten Werten verglichen.

Ein Backtesting-Ausschuss, der vierteljährlich zusammentritt, erörtert die Backtesting-Ergebnisse auf Konzern-, Unternehmensbereichs- und Geschäftsbereichsebene.

Der Ausschuss setzt sich aus Risikomanagern, Risk Controllern und Business Area Controllern zusammen. Sie analysieren die Schwankungen der Gewinne und Verluste und prüfen die Vorhersagequalität der Value-at-Risk-Modelle. Mit seinen aus statistischen Analysen der Backtesting-Ergebnisse gezogenen Schlussfolgerungen leistet der Ausschuss seinen Beitrag zur Weiterentwicklung des Risikoermittlungsverfahrens.

Der Value-at-Risk des Konzerns setzt sich aus den Marktrisiken der Handelsbereiche des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen sowie den Zins- und Fremdwährungsrisiken der Nichthandelsbereiche zusammen.

**Value-at-Risk
des Konzerns**

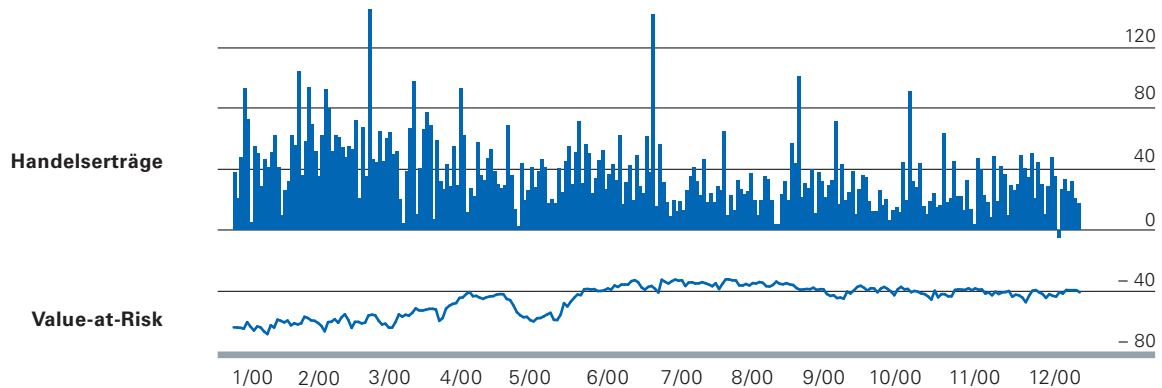
Value-at-Risk des Konzerns										
in Mio €	Value-at-Risk ¹⁾ insgesamt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Rohwarenpreis- risiko		Fremdwährungs- risiko ²⁾	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Value-at-Risk am Jahresende	37,7	61,3	35,2	58,0	12,3	17,8	2,9	1,4	5,0	8,0
Minimaler Value-at-Risk	30,9	33,8	25,8	31,0	10,8	9,0	1,3	0,6	3,5	2,7
Maximaler Value-at-Risk	65,5	61,3	62,6	58,0	42,2	27,4	6,8	3,8	11,8	19,9
Durchschnittlicher Value-at-Risk	43,6	47,8	38,3	44,5	18,7	14,5	3,5	1,9	7,5	8,6

¹⁾ 1 Tag Haltedauer, 99% Konfidenzniveau

²⁾ ohne Posten, die nach § 5 (1) Satz 2 Grundsatz I außer Ansatz bleiben

Der Value-at-Risk und die tatsächlichen Konzernhandelserträge werden in der folgenden Grafik im Jahresverlauf dargestellt. Dieses Backtesting ergibt, dass im Jahr 2000 keine Durchbrechung der Value-at-Risk-Bandbreite erfolgte.

Handelserträge und Value-at-Risk des Konzerns in 2000*
in Mio €



* Erträge und Value-at-Risk der Handelsbereiche von Globale Unternehmen und Institutionen sowie der für das Management der Zins- und Fremdwährungsrisiken der Nichthandelsbereiche zuständigen Einheiten

Die Darstellung des Marktrisikos der Deutschen Bank richtet sich nach den für das bankaufsichtsrechtliche Meldewesen maßgeblichen Richtlinien. Darin sind festgelegt:

- die Definition der Aktiva und Passiva, die zu Handelszwecken (Handelsbuch) sowie für andere Zwecke (Anlagebuch) gehalten werden;
- die konsolidierten Tochtergesellschaften, die nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes sowie den sonstigen Richtlinien und daraus abgeleiteten Vorschriften bestimmt werden.

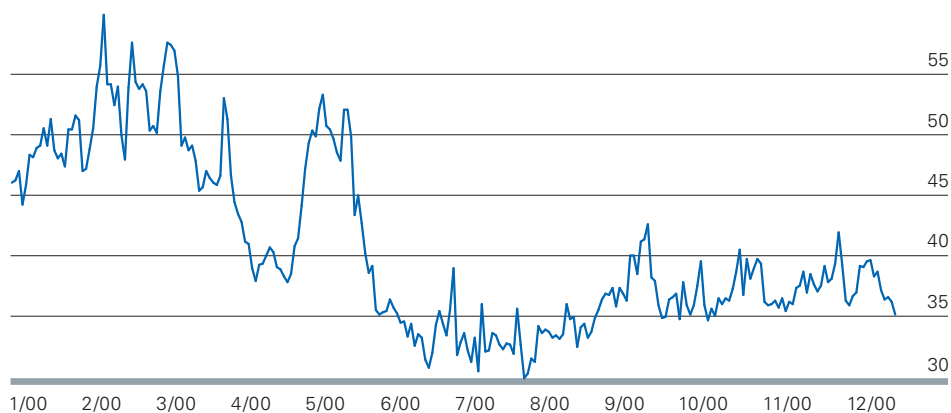
Mit dem so ermittelten Marktrisiko wird die Konsistenz der Marktrisikoberichte für die interne Risikosteuerung, zu aufsichtsrechtlichen Zwecken sowie für die externe Publizität sichergestellt. Dies entspricht den in Kürze zu erwartenden Baseler Vorschriften, nach denen die Banken gehalten sind, sowohl für Kapitaladäquanzzwecke als auch zur Informationsweitergabe unter Gesichtspunkten der Transparenz und Marktdisziplin interne Modelltechniken zu verwenden.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen

Der Value-at-Risk der Handelsbereiche des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen (Konfidenzniveau von 99 % mit einer Haltedauer von einem Tag) schwankte zwischen 29,4 Mio € und 60,8 Mio € mit einem Durchschnitt von 40,8 Mio € und belief sich per 31.12. 2000 auf 34,9 Mio €. Das Value-at-Risk-Limit für Globale Unternehmen und Institutionen betrug 73 Mio € im gesamten Geschäftsjahr 2000.

Täglicher Value-at-Risk in 2000, ein Tag Haltedauer, 99% Konfidenzniveau

in Mio €



Der Value-at-Risk stieg nach dem Jahreswechsel 1999/2000 an. Ursache war in erster Linie das Zins-Exposure im Zusammenhang mit den höheren Renditeaussichten, worin sich die damalige Marktunsicherheit widerspiegelte. Zu Beginn des Jahres war das Exposure von Globale Unternehmen und Institutionen am Aktienmarkt überdurchschnittlich hoch. Danach verlief der Value-at-Risk über sechs Monate hinweg allgemein rückläufig. Dieser Trend wurde infolge erhöhter Risiken im Zinsgeschäft angesichts des sich abzeichnenden Nachfragebooms nach Qualitätstiteln bei gleichzeitig zunehmender Schwäche der Aktienmärkte durch einen starken Anstieg und Rückgang im Mai unterbrochen. Nach Senkung der Zins- und Aktienpositionen wurde in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres das Value-at-Risk-Niveau vor Integration von Bankers Trust wieder erreicht und im Durchschnitt gehalten. Gegliedert nach den auch für das bankaufsichtsrechtliche Meldewesen maßgeblichen Risikoklassen, stellt sich das Marktrisiko der Handelsbereiche des Unternehmensbereichs wie folgt dar:

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoklassen

in Mio €	Value-at-Risk* insgesamt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Rohwarenpreisrisiko		Fremdwährungsrisiko	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Value-at-Risk am Jahresende	34,9	45,3	32,1	41,1	12,3	17,8	2,9	1,4	5,0	6,7
Minimaler Value-at-Risk	29,4	30,7	25,4	27,5	10,8	9,0	1,3	0,6	3,6	2,7
Maximaler Value-at-Risk	60,8	54,1	49,2	48,4	42,1	27,6	6,8	3,8	12,0	25,9
Durchschnittlicher Value-at-Risk	40,8	41,4	35,1	37,6	18,7	14,5	3,5	1,9	7,4	8,7

* 1 Tag Haltedauer, 99% Konfidenzniveau

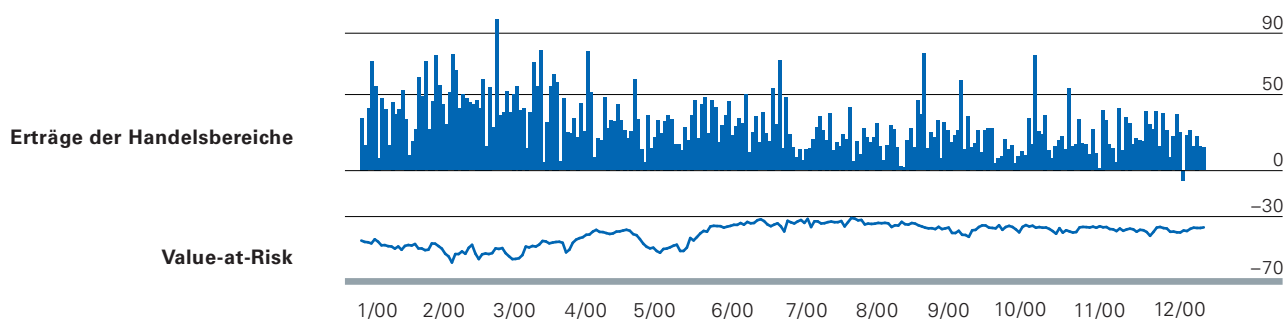
Die minimalen und maximalen Value-at-Risk-Werte verdeutlichen die Bandbreite, innerhalb derer sich der Wert im Geschäftsjahr 2000 bewegte.

Der Value-at-Risk für Zins- und Aktienkursrisiken setzt sich jeweils aus zwei Komponenten zusammen. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko auf emittentenbezogene Gründe zurückzuführen ist.

Der durchschnittliche Value-at-Risk für Zinsrisiken in Höhe von 35,1 Mio € umfasst 24,4 Mio € allgemeine und 24,8 Mio € spezifische Risiken. Der durchschnittliche Value-at-Risk in Höhe von 18,7 Mio € für Aktienkursrisiken setzt sich aus 12,9 Mio € für allgemeine Risiken und 10,8 Mio € für spezifische Risiken zusammen.

Wie die nachfolgende Grafik zeigt, wurde an 99 % der Handelstage ein positiver Handelsertrag erzielt. Es kam im Jahre 2000 an keinem der Handelstage zu Verlusten, die den Value-at-Risk für diesen Tag überschritten. Daran zeigt sich, dass das Value-at-Risk-Modell der Deutschen Bank die Marktrisiken nicht unterschätzt hat und nach wie vor ein konservatives Risikomessinstrument bleibt.

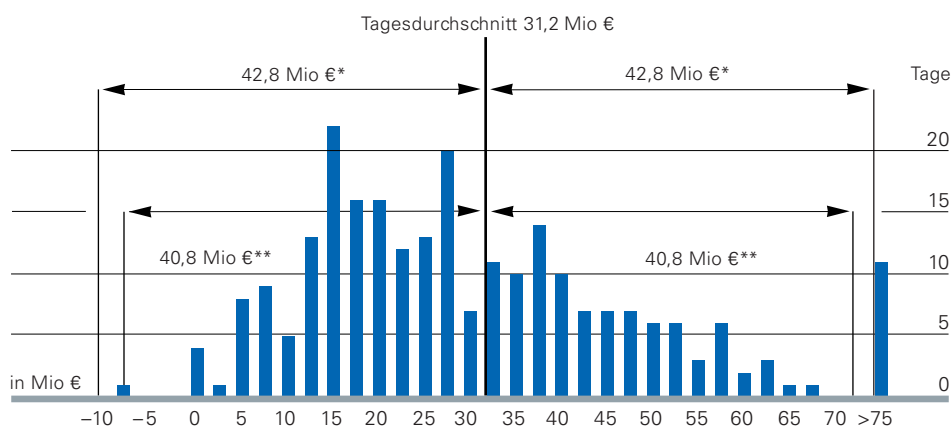
Erträge der Handelsbereiche und Value-at-Risk in 2000
in Mio €



Anhand der aufgeführten statistischen Verteilung der Erträge der Handelsbereiche lässt sich die Aussagekraft unserer Value-at-Risk-Prognose mit der Volatilität der tatsächlichen Handelsergebnisse vergleichen. Wie in der Grafik auf der folgenden Seite gezeigt, weisen die Handelsbereiche im Bereich Sales & Trading im Tagesdurchschnitt einen Handelsertrag von 31,2 Mio € aus, was einem tatsächlichen Value-at-Risk-Niveau in Höhe von 42,8 Mio € entspricht. Mit 40,8 Mio € lag der prognostizierte durchschnittliche Value-at-Risk für Globale Unternehmen und Institutionen fast auf derselben Höhe. Daran zeigt sich, dass die Value-at-Risk-

Voraussagen der tatsächlichen Ertragsvolatilität auf mittlerem Ertragsniveau sehr gut kalkuliert waren.

Globale Unternehmen und Institutionen: Tägliche Erträge der Handelsbereiche



* Normalverteilungsquantil (99% Konfidenzniveau) der täglichen Erträge
 ** durchschnittlicher Value-at-Risk (99% Konfidenzniveau)

Eine ähnliche Analyse – bestehend aus einem Vergleich zwischen reinen „Buy-&Hold“-Erträgen (im Gegensatz zu tatsächlichen Erträgen) und dem Value-at-Risk – wird ebenfalls angewandt. Sie unterstreicht zusätzlich die Gültigkeit unseres Value-at-Risk-Ansatzes sowohl als Prognoseinstrument für Verlustrisiken als auch für Ertragsschwankungen.

Während der täglich ermittelte Value-at-Risk Prognosen für maximale Verluste bei normalen Marktbewegungen liefert, werden extreme Marktbewegungen durch wöchentliche Stresstests der Handelsportfolien simuliert.

Solche Stresstests bilden zusammen mit den Event-Risk-Szenarien die Grundlage für die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken der verschiedenen Geschäftsfelder und Unternehmensbereiche erforderlich ist.

Der Analyse von länderspezifischen Event-Risiken kommt beispielsweise beim Risikomanagement der Emerging Markets-Portfolien eine große Bedeutung zu. Auffallende Bewegungen in den Aktien-, Zins- und Devisenmärkten verschiedener Länder werden simuliert und ihre Wahrscheinlichkeit durch die Vergabe eines

**Stresstests
 simulieren extreme
 Marktbewegungen**

**Event-Risk-Szenarien
 ergänzen Risikoanalyse
 der Emerging Markets**

Event-Risk-Ratings berechnet. Diese (internen) Event-Risk-Ratings mit ihrer höheren Frequenz und ihrem kurzfristigeren Betrachtungshorizont (ein bis drei Monate) sind von den längerfristigen Länderratings zur Krediteinschätzung zu unterscheiden. Eine Herabstufung der Ländereinschätzung führt über die Limitsteuerung zu einer Reduktion der Handelspositionen, die eingegangen werden dürfen.

Die Deutsche Bank berechnet länderspezifische Event-Risk-Szenarien für die wichtigsten Emerging Markets, in denen sie ein materielles Risiko eingeht. Event-Risk-Ratings werden wöchentlich beurteilt, und ein Committee überprüft zweiwöchentlich die Ratings und die Limite. Group Market Risk Management kann diese Limite und alle anderen Marktrisiko-Limite jederzeit ändern.

Risikomanagement des Beteiligungsportfolios

Neben den Handelsaktiva hält die Deutsche Bank ein Portfolio von Nichtbanken-Beteiligungen, darunter auch das Industriebeteiligungsportfolio.

Industriebeteiligungen

Als Management-Holdinggesellschaft ist DB Investor verantwortlich für die Verwaltung und Neuausrichtung des gesamten Portfolios an Industriebeteiligungen (einschließlich einiger Industriebeteiligungen, die direkt von der Deutschen Bank AG gehalten werden). DB Investor plant gegenwärtig den Verkauf der meisten börsennotierten Beteiligungen innerhalb der nächsten Jahre, in Abhängigkeit vom rechtlichen Umfeld und den Marktbedingungen.

Die Deutsche Bank wird zukünftig Ökonomisches Kapital für dieses Industriebeteiligungs-Portfolio auf der Grundlage von extremen Bewegungen der betreffenden Beteiligungswerte berücksichtigen.

Private Equity- Investments

Unter Private Equity versteht man die Bereitstellung von Eigenkapital an Unternehmen oder Fonds, die in der Regel nicht oder zumindest zum Zeitpunkt der ursprünglichen Kapitalanlage nicht börsennotiert sind. Diese Zurverfügungstellung von Beteiligungskapital erfolgt entweder auf eigene Rechnung der Bank oder für Dritte. Die Hauptmotivation besteht darin, zu einem späteren Zeitpunkt einen Veräußerungsgewinn zu erzielen. Der Begriff Private Equity umfasst auch Venture Capital, das heißt die Bereitstellung von Kapital für die Gründungsbeziehungsweise frühe Entwicklungsphase oder die Geschäftsausweitung. Private Equity-Aktivitäten beschränken sich nicht nur auf direkte Beteiligungen,

sondern umfassen auch passive Kapitalanlagen in Leveraged Buy-Out (LBO)-Fonds und gemeinschaftliche Beteiligungen mit Drittanlegern.

Mit Private Equity-Beteiligungen sind unterschiedliche Eigentumsrechte und Einfluss auf die Geschäftsleitung verbunden. Die Zurverfügungstellung von nachrangigem Fremdkapital an Unternehmen des Private Equity-Portfolios wird auch als Teil der Aktivitäten der Deutschen Bank im Bereich Private Equity angesehen.

Die Unternehmensbereiche Globale Unternehmen und Institutionen, Asset Management, Global Technology and Services, Unternehmen und Immobilien sowie DB Investor betreiben das Private Equity-Geschäft. (Im Rahmen der Neuorganisation der Deutschen Bank wurde diese Aktivität Anfang 2001 neu geordnet.)

Im Rahmen der vom Konzernvorstand erteilten Geschäfts- und Limitbefugnisse tätigen und steuern die Unternehmensbereiche ihre Private Equity-Geschäfte in Übereinstimmung mit vom Vorstand genehmigten Grundsätzen, Richtlinien und Limiten. Beteiligungen und Zusagen oberhalb bestehender Grenzen bedürfen der Genehmigung einzelner Vorstände beziehungsweise des Gesamtvorstands. Risk Management und Controlling haben standardisierte Berichte für Positionen, Gewinne und Verluste zum Zwecke der bereichsübergreifenden Vergleichbarkeit eingeführt.

Ökonomisches Kapital wird für Private Equity-Geschäfte berechnet und so in die Messung des Gesamtrisikos, dem die Bank ausgesetzt ist, einbezogen. Für Risikomanagement-Zwecke wird von Senior Risk Managern ein genehmigtes Performance- und Risiko-Rating jedem einzelnen Geschäft in den verschiedenen Private Equity-Einheiten zugeordnet. Regelmäßige Portfolio Reports werden erstellt unter Angabe der Risikoprofile, Performance, geschätzter Marktwerte und des Einsatzes von Ökonomischem Kapital für alle Geschäfte.

Am Ende des Jahres 2000 stand der Buchwert der Private Equity-Investitionen der Bank bei 7,9 Mrd € (194 Mio € davon wurden für Handelszwecke gehalten und deshalb in die Value-at-Risk-Berechnungen mit einbezogen). Das Portfolio verteilte sich (nach Buchwert) zu 58 % auf Nordamerika, 37 % auf Westeuropa und 4 % auf Lateinamerika. Im Private Equity-Portfolio der Deutschen Bank besteht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Old Economy- und New Economy-Investitionen. Es ist – bezogen auf die Branchenstruktur – breit gestreut.

Liquiditätsrisiken

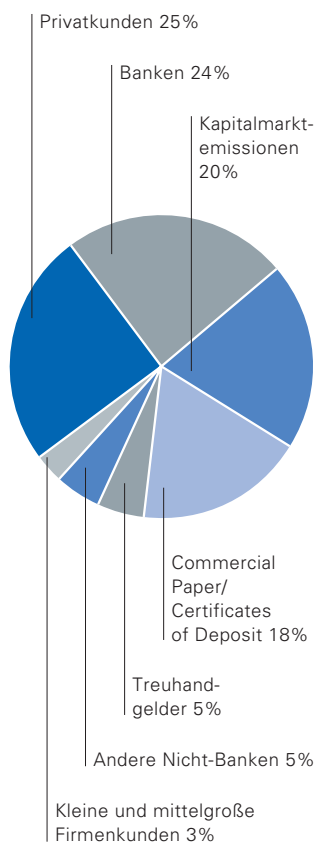
Da die Bilanzsumme des Konzerns in den letzten Jahren beträchtlich anstieg, spielt die Liquiditätssteuerung eine zentrale Rolle. Das Management des Liquiditätsrisikos gewährleistet zu jedem Zeitpunkt die Zahlungsfähigkeit der Bank und sorgt dafür, dass die Aktiva der Bank zu angemessenen Fristen und Konditionen refinanziert werden können.

Die Deutsche Bank analysiert ihre Netto-Cash Flows sowohl nach Währung und Standort als auch global. Ein internes Überwachungssystem erfasst die zukünftig zu erwartenden Cash Flows, und zwar taggenau und pro Währung. Zum Überwachungsprozess gehört auch die ständige Bewertung der Veräußerbarkeit von liquiden Vermögensgegenständen, insbesondere der Handelsbestände.

Die Bank finanziert einen erheblichen Teil ihrer Bilanz auf besicherter Basis mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Wertpapierbestände. Folglich ist der Anteil an unbesichert aufgenommenen Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt begrenzt.

Die Grafik zeigt die Zusammensetzung der unbesichert aufgenommenen Mittel zum 31.12.2000.

Diversifikation der unbesicherten Finanzierungsmittel



Die Liquidität der bilanziellen Aktiva, als wichtiges Element zum Schutz der Bank gegen kurzfristige Liquiditätsengpässe, wird laufend überwacht. Die Bank verfügt über eine breite Palette von liquiden Wertpapieren, die selbst in Zeiten angespannter Märkte in Barmittel umgewandelt werden können. Sie können ebenfalls eingesetzt werden, um unerwartet hohe Inanspruchnahmen aus zugesagten Kreditfazilitäten durch Kunden zu bedienen. Zur Bereitstellung von Sicherheiten im Rahmen der umfangreichen Clearing-Aktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen wichtigen Währungen unterhält die Bank ein Portfolio an äußerst liquiden Wertpapieren. Dieses Portfolio ist auf einige bedeutende Standorte verteilt und hat ein durchschnittliches Volumen von etwa 30 Mrd €.

Dank ihrer globalen Präsenz hat die Bank Zugriff auf eine Vielzahl unterschiedlicher Finanzierungsquellen, die hinsichtlich geografischer Region, Währung, Instrument und Laufzeit breit gestreut sind. Zu ihnen zählen Privatkunden- und Treuhandeinlagen sowie sonstige Kundeneinlagen und Zuflüsse aus langfristigen Kapitalmarkt-emissionen. Dank dieser starken Diversifikation konnte die Deutsche Bank die Aufnahme von Finanzierungsmitteln am volatileren Geldmarkt reduzieren.

Operationale Risiken stellen eine große Herausforderung für das Kreditgewerbe in den kommenden Jahren dar. Dies gilt insbesondere angesichts der neuen Kapitaladäquanzrichtlinien, die voraussichtlich im Jahre 2004 in Kraft treten und die eine Kapitalunterlegung auch für die operationalen Risiken vorsehen werden. Das neue aufsichtsrechtliche Regelwerk wird sowohl qualitative Anforderungen, die sich auf die Organisation und das Risikomanagement einer Bank beziehen, als auch quantitative Vorgaben zur Risikoerfassung und -messung enthalten. Die Deutsche Bank hat bereits eine Reihe dieser Anforderungen erfüllt.

Operationale Risiken

Die Deutsche Bank ist aktiv an der Arbeit nationaler und internationaler Bankenvereinigungen beteiligt mit dem Ziel, fachliche Beiträge für die Diskussion der Einbeziehung der operationalen Risiken in die neuen Kapitalrichtlinien zu leisten. Des Weiteren bereitet sich die Bank darauf vor, den zukünftigen regulatorischen Anforderungen für das bankinterne Management von operationalen Risiken zu entsprechen.

Die Deutsche Bank hat mit der Implementierung eines globalen Rahmenwerks für Operationale Risiken begonnen. In der im letzten Jahr verabschiedeten Operational Risk-Richtlinie wurden die Aufgaben und Verantwortlichkeiten für das Management und das Reporting von operationalen Risiken im Konzern geregelt. Die Verantwortung für das Management des operationalen Risikos liegt grundsätzlich bei den Unternehmensbereichen. Sie sind die Risikoträger und sie entscheiden, in welcher Form und in welchem Ausmaß sie Risiken akzeptieren, kontrollieren oder abbauen. Auch treffen sie die Entscheidung, welche Art von Vorsorgemaßnahmen zu treffen sind. Dabei spielt eine Kosten/Nutzen-Analyse eine wesentliche Rolle.

Operationales Risikomanagement (Organisation und Richtlinien)

Die Verantwortung für operationale Risiken wurde – parallel zu den bestehenden Zuständigkeiten für die Kredit- und Marktrisiken – in das Risikomanagement der Bank integriert, das unabhängig von den Geschäftsbereichen arbeitet. Der Group Chief Risk Officer hat einen Chief Risk Officer für operationale Risiken (CRO OR) mit konzernweiter Verantwortung ernannt. Dieser Chief Risk Officer ist Mitglied im Group Risk Board und zudem Vorsitzender des Operational Risk Committees.

Die Aufgaben dieses Committees, dem die divisionalen Operational Risk Officers wie auch Vertreter wichtiger Stabsfunktionen angehören, sind die Entwicklung und Umsetzung der bankinternen Richtlinien für das Management des operationalen Risikos.

Instrumente und Berichterstattung

Ein wesentliches Element der Steuerung ist das bankintern entwickelte Self Assessment für operationale Risiken (db Risk-Map). Das Self Assessment resultiert in einem Überblick zum aktuellen Risikoprofil der Geschäftsbereiche und dient zur Definition von Maßnahmen und Prioritäten für das Risikomanagement. Ein Scoring System, das die im Rahmen des Risk Assessment definierten Risikofaktoren – neben anderen in der Industrie als relevant angesehenen Risikoindikatoren – überwachen wird, befindet sich im Aufbau. Die Berichte aus der bankweiten Datenbank für die Verluste aus operationalen Risiken (db IRS) geben Aufschluss über den Erfolg des Risikomanagements sowie über die Qualität der gewählten Risikoindikatoren. Der Einsatz dieser Instrumente wird die Komplettierung einer konsistenten Berichterstattung über operationale Risiken auf Bereichs- und Konzernebene ermöglichen.

Versicherungs- technische Risiken der Versicherungsgesell- schaften des Konzerns

Um den versicherungstechnischen Risiken zu begegnen, existieren ausreichende Regularien. Dazu gehören in der Personenversicherung die Verwendung abgesicherter biometrischer Rechnungsgrundlagen mit statistisch ausreichenden Sicherheitsmargen, genaue Annahmerichtlinien, deren Einhaltung laufend überwacht wird, sowie der Risikoausgleich im Kollektiv durch Diversifikation innerhalb des Versicherungsbestands.

In der Schadenversicherung werden laufend die in das Portefeuille übernommenen Risiken und deren Verlauf beobachtet. Erkenntnisse aus Veränderungen in der Schadenentwicklung und den Markttrends fließen in die Risikoeinschätzung und Tarifierung ein.

Bei allen Versicherungsunternehmen erfolgt eine vorsichtige Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Außerdem wird das eigene Risiko durch Weitergabe von Risiken an ausgewählte Rückversicherungsgesellschaften begrenzt.

Zur Ermittlung der Gesamtrisikoposition werden die Werte des Ökonomischen Kapitals aller Risikoarten addiert, das heißt ohne eine Diversifikation zwischen diesen. Damit wird von der konservativen Annahme ausgegangen, dass in allen Risikoarten die maximalen Verluste gleichzeitig eintreten.

Die Nutzung des Ökonomischen Kapitals des Konzerns belief sich zum 31.12.2000, unter Berücksichtigung von unternehmensbereichsübergreifenden Diversifikationseffekten bei Kreditrisiken, auf 15,8 Mrd € (1999: 15,2 Mrd €). Darin sind das Liquiditäts-, das Abwicklungs-, das versicherungstechnische Risiko und die Industriebeteiligungen von DB Investor noch nicht enthalten.

Gesamtrisikoposition

Ökonomisches Kapital	
in Mrd €	31.12.2000
Kreditrisiken	8,2
Marktrisiken (inklusive Private Equity)	3,7
Operationale Risiken	2,8
Geschäftsrisiken	1,1
Insgesamt	15,8

Aus der Perspektive der Bankaufsicht stellen sich die Risikopositionen (Risikoaktiva einschließlich Marktrisikoäquivalent) gemäß nachstehender Tabelle dar, wobei die Berechnung nach der deutschen Umsetzung der Baseler Mindeststandards (BIZ-Regeln) erfolgt.

Eigenkapital und Risikoposition nach Aufsichtsrecht

Risikoposition nach BIZ					
in Mio €	31.12.2000	30.9.2000	30.6.2000	31.3.2000	31.12.1999
Risikoaktiva	285 480	299 034	283 620	299 174	283 945
Marktrisikoäquivalent	7 928	7 302	8 523	10 325	8 676
Insgesamt	293 408	306 336	292 143	309 499	292 621

Eigenmittel

Die Eigenmittel nach BIZ setzen sich entsprechend der folgenden Tabelle zusammen.

Mit einer Eigenkapitalquote von 12,6 % liegt die Deutsche Bank deutlich über der von der BIZ geforderten Mindestquote von 8 %.

Eigenmittel nach BIZ					
in Mio €	31.12.2000	30.9.2000	30.6.2000	31.3.2000	31.12.1999
Kernkapital (Tier I)	21 575	22 143	21 302	18 421	17 338
Ergänzungsmittel (Tier II)	15 382	17 207	17 185	18 212	17 338
Nutzbare Drittrangmittel (Tier III)	0	0	0	0	496
Anrechenbares Eigenkapital insgesamt	36 957	39 350	38 487	36 633	35 172
Kernkapitalquote (einschließlich Marktrisiken)	7,4%	7,2%	7,3%	6,0%	5,9%
BIZ-Eigenkapitalquote	12,6%	12,8%	13,2%	11,8%	12,0%

Ausblick

Für das Jahr 2001 rechnen wir mit einer Eintrübung des globalen konjunkturellen Umfelds. Dies ist insbesondere bedingt durch einen Rückgang des Wirtschaftswachstums in den USA.

Das Euro-Gebiet sollte jedoch nur in begrenztem Maße von dieser Konjunkturabschwächung getroffen werden. Ursächlich hierfür sind die nach wie vor hohe private Nachfrage sowie die Möglichkeit weiterer Zinssenkungen durch die Europäische Zentralbank.

Für Deutschland gehen wir für das Jahr 2001 von einem Wirtschaftswachstum von rund 2% aus. Sowohl die sich abzeichnenden positiven Effekte aus der Steuerreform als auch die Stärke des Exports begrenzen die Auswirkungen der abgeschwächten US-Konjunktur auf die deutsche Wirtschaft. Abnehmendes Wirtschaftswachstum sowie niedrigere Energiekosten werden die Inflation 2001 gering halten. Für das Wechselkursverhältnis zwischen Euro und US-Dollar prognostizieren wir für 2001 Parität.

Trotz der insgesamt eher moderaten Konjunkturperspektiven für 2001 gehen wir für die Marktsegmente, in denen wir durch die beiden neuen Gruppen Corporate and Investment Bank (CIB) und Private Clients and Asset Management (PCAM) und deren Geschäftsbereiche vertreten sind, von weiterhin sehr guten mittelfristigen Wachstumsperspektiven aus. Dies gilt in CIB zum Beispiel für das Emis­ sionsgeschäft in Aktien und Anleihen sowie für die Beratung bei Unternehmens­ übernahmen und Fusionen (Mergers & Acquisitions). Insbesondere für Europa rechnen wir für das Marktvolumen im M&A-Geschäft nach einer Konsolidierung im Jahr 2001 in den Folgejahren wieder mit zweistelligen Wachstumsraten.

Im Vermögensmanagement, also im Geschäft mit vermögensbildenden und vermögenden Privatkunden beziehungsweise im Asset Management, sind wir mit der neuen Gruppe PCAM gut aufgestellt, um am Wachstum in diesem Marktsegment zu partizipieren.

Die Angebotsfähigkeit in den weiteren Sparten des Privatkundengeschäfts wird gestärkt.

Die neue Managementstruktur konsequent und vollständig umzusetzen ist zurzeit eine unserer wichtigsten Aufgaben. Die sich hieraus ergebenden Vorteile sehen wir nicht nur in der Realisierung von Kostensynergien, sondern vor allem in der Schaffung und Erschließung neuer Ertragspotenziale durch Verbesserungen für unsere Kunden.

Die positiven Folgen dieser wachstums- und ertragsorientierten Ausrichtung unserer internen Prozesse und Strukturen sind bereits in den erfreulichen Geschäftsergebnissen der ersten Monate dieses Jahres erkennbar.

Insgesamt erwarten wir für das Geschäftsjahr 2001 trotz der leichten konjunkturellen Wachstumsdelle und der weiterhin hohen Volatilität der Aktienmärkte ein ähnlich gutes Ergebnis wie im Jahr 2000.

Erklärung des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Bank AG ist für den Konzernabschluss verantwortlich. Dieser wurde nach den International Accounting Standards erstellt und erfüllt damit die Voraussetzungen des § 292a HGB zur Befreiung von der Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Handelsrecht. Darüber hinaus werden die Publizitätsanforderungen der Europäischen Union erfüllt.

Die Verantwortung für eine zutreffende Rechnungslegung erfordert ein effizientes internes Steuerungs- und Kontrollsystem und eine funktionsfähige Revision. Das interne Kontrollsystem der Deutschen Bank basiert auf schriftlichen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation, einem ausgebauten Risiko-Controlling für Adressenausfall- und Marktrisiken sowie der Beachtung der Funktionstrennung. Es bezieht sämtliche Geschäftsvorfälle, Vermögenswerte und die Führung der Bücher ein. Die Revision der Deutschen Bank erfolgt entsprechend den umfangreichen Prüfungsplänen, die alle Bereiche des Konzerns abdecken und auch die Einhaltung der organisatorischen Vorgaben einschließen.

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat die Prüfung des Konzernabschlusses nach den International Standards on Auditing (ISA) sowie den deutschen Prüfungsvorschriften vorgenommen und einen entsprechenden Bestätigungsvermerk erteilt. Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft sowie die Revision der Deutschen Bank hatten ungehinderten Zugang zu sämtlichen Unterlagen, die sie im Rahmen ihrer Prüfungen für die Beurteilung des Konzernabschlusses sowie die Einschätzung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems benötigen.

Frankfurt am Main, 13. März 2001

Deutsche Bank AG



Josef Ackermann



Carl L. von Boehm-Bezing



Clemens Börsig



Rolf-E. Bräuer



Thomas R. Fischer



Tessen von Heydebreck



Hermann-Josef Lamberti



Michael Philipp

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutschen Bank AG aufgestellten Konzernabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Erläuterungen (Notes), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 geprüft. Aufstellung und Inhalt des Konzernabschlusses nach den International Accounting Standards (IAS) liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach den International Standards on Auditing (ISA) sowie den deutschen Prüfungsvorschriften vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für die Wertansätze und Angaben in dem Konzernabschluss auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung beinhaltet die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Accounting Standards ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie der Zahlungsströme des Geschäftsjahres.

Unsere Prüfung, die sich auch auf die vom Vorstand für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 aufgestellte geordnete Darstellung der nach Artikel 36 der 7. EG-Richtlinie zusätzlich geforderten Angaben zur Lage des Konzerns erstreckt hat, hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Überzeugung gibt die geordnete Darstellung zusammen mit den übrigen Angaben des Konzernabschlusses insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Außerdem bestätigen wir, dass der Konzernabschluss und die geordnete

Darstellung der zusätzlichen Angaben zur Lage des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 die Voraussetzungen für eine Befreiung der Gesellschaft von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts nach deutschem Recht erfüllen.

Frankfurt am Main, den 16. März 2001
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rolf Nonnenmacher
Wirtschaftsprüfer



Reinhard Prahl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats



Hilmar Kopper
Vorsitzender des Aufsichtsrats

In den vier ordentlichen Sitzungen des vergangenen Jahres hat der Aufsichtsrat umfassend über die geschäftliche und strategische Entwicklung der Bank und ihrer Geschäftsbereiche sowie über aktuelle Ereignisse und grundsätzliche Fragen beraten.

Neben dem Jahresabschluss 1999 und der Planung für das Geschäftsjahr 2000 wurden insbesondere die Neustrukturierung des Risikomanagements, die Entwicklung des Kreditgeschäfts im Konzern, die Strategie im Bereich E-Commerce sowie die künftige Gestaltung des Retail Banking eingehend besprochen.

Der Aufsichtsrat erörterte Veränderungen im Beteiligungsportefeuille der Bank. Den entsprechenden Vorschlägen des Vorstands wurde, soweit aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Regelungen erforderlich, nach gründlicher Prüfung zugestimmt.

Eingehend und regelmäßig wurde die allgemeine wirtschaftliche Lage diskutiert. Dies insbesondere mit Blick auf ihren Einfluss auf die Bank. Im Mittelpunkt standen hier die Währungs- und Zinssituation, die Veränderung des Ölpreises sowie die Entwicklung der New Economy und deren Einfluss auf Deutschland und Europa.

Darüber hinaus wurden aktuelle Einzelthemen in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Sprecher des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats diskutiert.

Gegenstand von vier außerordentlichen Sitzungen des Aufsichtsrats waren Erörterungen und Beschlussfassungen im Rahmen der geplanten Verschmelzung mit der Dresdner Bank AG und ihrem Nichtzustandekommen sowie Vorstandspersonalia.

Der Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken behandelte in seinen sechs Sitzungen die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements sowie alle größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Kredite fristgemäß und erteilte – sofern erforderlich – seine Zustimmung. Im Ausschuss wurden neben

Kredit- und Marktrisiken auch operationale Risiken ausführlich diskutiert. Dabei wurden globale Branchenportefeuilles vorgestellt und eingehend erörtert.

Der Präsidialausschuss und der Bilanzausschuss tagten im Berichtszeitraum jeweils zwei Mal. Die Einberufung des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses war im Jahr 2000 nicht erforderlich.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 26. Januar wurden die Geschäftsentwicklung im Jahre 1999 sowie die Planung der Geschäftsentwicklung für das Jahr 2000 besprochen. Berichtet wurde über die Neustrukturierung des Risikomanagements im Konzern und über Entwicklungen in Sachen Philipp Holzmann AG. Ferner beschloss der Aufsichtsrat, Herrn Prof. Dr. Clemens Börsig zum ordentlichen Vorstandsmitglied ab dem 1. Januar 2001 zu bestellen sowie dem Wunsch von Herrn Dr. Ronaldo Schmitz zu entsprechen, seine Bestellung zur Hauptversammlung 2000 niederzulegen.

Zwei außerordentliche Sitzungen am 8. und 14. März standen ganz im Zeichen der geplanten Verschmelzung der Bank mit der Dresdner Bank AG. In der ersten Sitzung wurde der Aufsichtsrat über die vorgesehenen Grundsatzvereinbarungen mit der Dresdner Bank AG und der Allianz AG informiert. In der zweiten Sitzung wurden die entsprechenden Beschlüsse dazu gefasst.

In der ordentlichen Sitzung am 5. April wurde der Jahresabschluss 1999 gebilligt und galt damit als festgestellt. Ferner haben der Bilanzausschuss und der Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken über ihre Tätigkeit berichtet. Weiterhin wurde die Risikolage im Konzern dargelegt. Die Tagesordnung für die Hauptversammlung 2000 wurde vereinbart sowie die Wiederbestellung von Herrn Dr. Tessen von Heydebreck zum Mitglied des Vorstands und zum Arbeitsdirektor der Deutschen Bank AG beschlossen. Außerdem entsprach der Aufsichtsrat dem Wunsch von Herrn Michael Dobson, seine Bestellung zum 9. Juni 2000 aufzuheben und seinem Ausscheiden aus dem Vorstand zuzustimmen.

Über das Scheitern der Verschmelzung mit der Dresdner Bank AG informierte der Vorstand in einer außerordentlichen Sitzung am 20. April.

In seiner vierten außerordentlichen Sitzung am 8. Juni beschloss der Aufsichtsrat, die Herren Edson Mitchell und Michael G. Philipp mit Wirkung vom 9. Juni 2000 zu ordentlichen Mitgliedern des Vorstands der Deutschen Bank AG zu bestellen.

Am 25. Juli wurde der Aufsichtsrat in seiner Sitzung über die geschäftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2000 informiert und die Initiative „Global e“ zur Entwicklung des E-Commerce vorgestellt.

In der letzten Sitzung des Jahres am 23. Oktober wurde über die geschäftliche Entwicklung des Konzerns in den ersten neun Monaten des Jahres berichtet sowie über die geplanten Aktivitäten im Geschäft mit den privaten Kunden der Bank. Ferner wurde der Erwerb des National Discount Brokers, USA, und der Banque Worms, Frankreich, erörtert. Es wurde der Beschluss zur notwendigen Erhöhung des Grundkapitals der Bank im Rahmen der Ausgabe von Belegschaftsaktien gefasst.

Vertreter des Abschlussprüfers haben an den Bilanzsitzungen des Aufsichtsrats, des Bilanzausschusses sowie des Ausschusses für Kredit- und Marktrisiken teilgenommen und Erläuterungen gegeben.

Die Buchführung, der Jahresabschluss für das Jahr 2000 mit Lagebericht sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die jeweiligen Berichte des Abschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat zur Einsicht ausgehändigt. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat heute den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist. Dem Vorschlag für die Gewinnverteilung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Herr Louis R. Hughes legte mit Wirkung zum 19. August 2000 sein Aufsichtsratsmandat nieder. Der Dank des Aufsichtsrats gilt ihm für die vertrauensvolle und engagierte Mitarbeit in den sieben Jahren seiner Zugehörigkeit zu diesem Organ. Als seinen Nachfolger bestellte das Amtsgericht Frankfurt am Main mit Wirkung zum 7. September 2000 Herrn Prof. Dr. Henning Kagermann, Sprecher des Vorstands der SAP AG, Walldorf/Baden.

Am 22. Dezember 2000 starb Edson Mitchell im Alter von 47 Jahren bei einem Flugzeugabsturz in Maine, USA. Seit 1995 gehörte er unserer Bank an. Mit seiner ganzen Kraft und großem Engagement hat er sich für unser Haus eingesetzt. Ausgezeichnet durch herausragende Fachkompetenz, ausgeprägte Führungsfähigkeiten, sicheres Gespür für zukunftsweisende Entscheidungen und eine gewinnende wie motivierende Wesensart, hat er mit nachhaltigem Erfolg gewirkt und dabei besonders die Weiterentwicklung unserer Aktivitäten im Investment Banking in einzigartiger Weise vorangetrieben. Er genoss international ein hohes Ansehen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz.

Frankfurt am Main, den 28. März 2001

Der Aufsichtsrat



Hilmar Kopper
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Hilmar Kopper

Vorsitzender
Frankfurt am Main

Heidrun Förster*

Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG, Berlin

Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Siemens Aktiengesellschaft,
München

Heinz Brülls*

Deutsche Bank AG, Aachen

Dr. Ulrich Cartellieri

Frankfurt am Main

Klaus Funk*

Deutsche Bank AG, Mainz

Sabine Horn*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Louis R. Hughes

President and Chief Operating Officer
Lockheed Martin Corporation, Bethesda
bis 19.8.2000

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG, Walldorf/Baden
ab 7.9.2000

Ulrich Kaufmann*

Deutsche Bank AG, Düsseldorf

Adolf Kracht

Unternehmensberater,
München

Professor Dr.-Ing. E. h.

Dipl.-Ing. Berthold Leibinger

Vorsitzender der Geschäftsführung
der TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

Dr. Klaus Liesen

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Ruhrgas AG, Essen

Margret Mönig-Raane*

Erste Vorsitzende der Gewerkschaft
Handel, Banken und Versicherungen,
Düsseldorf

Dr. Michael Otto

Vorsitzender des Vorstands
der Otto-Versand (GmbH & Co.),
Hamburg

Gerhard Renner*

Mitglied des Bundesvorstands der
Deutschen Angestellten-Gewerkschaft,
Hamburg

Dr. Hermann Scholl

Vorsitzender der Geschäftsführung
der Robert Bosch GmbH, Stuttgart

Klaus Schwedler*

GTG Gesellschaft für Technisches
Gebäudemanagement mbH, Eschborn

Michael Freiherr Truchseß

von Wetzhausen*
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Lothar Wacker*

Deutsche Bank AG, Köln

Dipl.-Ing. Albrecht Woeste

Vorsitzender des Aufsichtsrats
und Gesellschafterausschusses
der Henkel KGaA, Düsseldorf

Ausschüsse

Präsidialausschuss

Hilmar Kopper
– Vorsitzender
Heidrun Förster*
– stellvertretende Vorsitzende
Dr. Ulrich Cartellieri
Lothar Wacker*

Vermittlungsausschuss

Hilmar Kopper
– Vorsitzender
Heidrun Förster*
– stellvertretende Vorsitzende
Dr. Ulrich Cartellieri
Gerhard Renner*

Bilanzausschuss

Hilmar Kopper
– Vorsitzender
Heidrun Förster*
– stellvertretende Vorsitzende
Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann
Heinz Brülls*
Dr. Ulrich Cartellieri
Michael Freiherr Truchseß
von Wetzhausen*

Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken

Hilmar Kopper
– Vorsitzender
Dr. Ulrich Cartellieri
Dr. Klaus Liesen
Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann
– Ersatzmitglied
Adolf Kracht
– Ersatzmitglied

* von den Arbeitnehmern gewählt

Beraterkreis

Beraterkreis

Dr. Mark Wössner

Vorsitzender
Gütersloh

Dipl.-Volkswirt Dr. h. c. Tyll Necker

stellvertretender Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter
der Hako-Werke GmbH & Co.,
Bad Oldesloe

Sir John Craven

London

Dr. jur. Walter Deuss

KarstadtQuelle AG, Essen

Michael Dobson

Frankfurt am Main
ab 27.6.2000

Dr. Karl-Gerhard Eick

Mitglied des Vorstands
der Deutschen Telekom AG, Bonn
ab 1.2.2000

Dr. Michael Endres

Frankfurt am Main

Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim Funk

Mannesmann AG, Düsseldorf
bis 31.12.2000

Ulrich Hartmann

Vorsitzender des Vorstands
der E.ON AG, Düsseldorf

Dr. Karl-Ludwig Kley

Mitglied des Vorstands
der Deutsche Lufthansa AG, Köln

Max Dietrich Kley

Mitglied des Vorstands
der BASF Aktiengesellschaft,
Ludwigshafen

Dr. Jürgen Krumnow

Frankfurt am Main

Georg Krupp

Frankfurt am Main

Yoh Kurosawa

† am 2.1.2000
Chairman of the Board of Directors
IBJ The Industrial Bank of Japan, Ltd.,
Tokio

Francis Mer

Président Directeur Général
UNISOR, Paris

Heinz-Joachim Neubürger

Mitglied des Vorstands
der Siemens Aktiengesellschaft,
München

August Oetker

persönlich haftender Gesellschafter
Dr. August Oetker, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Houston

Dr. techn. h. c. Dipl.-Ing. ETH

Ferdinand Piëch
Vorsitzender des Vorstands
der Volkswagen AG, Wolfsburg

Dr. rer. pol. Dipl.-Kfm.

Gerhard Rüschen
Bad Soden am Taunus

Dr. Ronaldo H. Schmitz

Frankfurt am Main
ab 27.6.2000

Jürgen E. Schrempp

Vorsitzender des Vorstands
der DaimlerChrysler AG, Stuttgart

Dipl.-Ing. Hans Peter Stihl

Geschäftsführender
persönlich haftender Gesellschafter
der Firma Andreas Stihl, Waiblingen

Dr. Frank Trömel

stellvertretender Vorsitzender
des Aufsichtsrats
der DELTON Aktiengesellschaft
für Beteiligungen,
Bad Homburg vor der Höhe

Marcus Wallenberg

Executive Vice President
INVESTOR AB, Stockholm

Dr. Ulrich Weiss

Frankfurt am Main

Werner Wenning

Mitglied des Vorstands
der Bayer AG, Leverkusen

Dr. Jürgen Zech

Vorsitzender des Vorstands
der Gerling-Konzern
Versicherungs-Beteiligungs-
Aktiengesellschaft, Köln

Der Konzern im Zehnjahresvergleich

in Mio €	Zahlen nach IAS ¹			
Bilanz	2000²	1999²	1998	1997
Bilanzsumme	940 033	839 865	626 603	533 259
Aktiva				
Barreserve	17 972	21 879	20 175	10 272
Forderungen an Kreditinstitute	117 413	115 453	92 697	83 043
Forderungen an Kunden	373 605	352 371	274 825	265 098
Risikovorsorge	- 7 198	- 7 850	- 7 158	- 7 176
Handelsaktiva	290 404	233 000	169 003	118 404
Finanzanlagen	82 290	70 206	45 309	34 112
Sachanlagen ⁴	9 196	9 049	5 560	5 895
Kreditvolumen⁵	306 981	284 149	248 585	229 016
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ⁶	177 767	174 655	151 032	146 631
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ⁶	334 589	291 042	229 208	224 260
darunter: Spareinlagen und Bauspareinlagen	28 338	26 881	24 516	23 893
täglich fällige Gelder	134 677	116 736	87 091	91 260
Termineinlagen	171 574	147 425	117 601	109 107
Verbriefte Verbindlichkeiten	200 741	164 060	102 947	77 942
Rückstellungen ⁷	39 191	31 755	24 598	26 391
Nachrangkapital	15 410	15 504	7 186	6 615
Eigenkapital	27 509	23 147	17 641	16 405
Erfolgsrechnung für das Jahr	2000	1999	1998	1997
Zinsüberschuss	6 811	6 619	5 539	5 689
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	438	616	835	1 102
Provisionsüberschuss	11 468	8 084	5 311	4 569
Handelsergebnis	6 891	4 521	1 774	1 841
Überschuss im Versicherungsgeschäft	382	385	336	311
Ergebnis aus Finanzanlagen	3 107	2 007	1 182	469
Verwaltungsaufwand	21 037	15 746	10 121	9 347
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern	6 759	4 731	4 032	2 315
Restrukturierungsaufwand	30	884	-	1 271
Ertragsteuern	1 780	1 394	2 306	523
Jahresüberschuss	4 949	2 453	1 726	521
Kennziffern	2000	1999	1998	1997
Dividende je Aktie	1,30 €	1,15 €	1,12 €	0,92 €
Dividendensumme der Deutschen Bank AG	801	706	600	489
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung) ⁹	9,02 €	4,86 €	3,50 €	
Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)	7,93 €	4,06 €	3,17 €	0,94 €
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung) ⁹	8,86 €	4,67 €	3,50 €	
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inkl. Goodwill-Abschreibung)	7,78 €	3,91 €	3,17 €	0,92 €
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) (ohne Goodwill-Abschreibung) ⁹	32,4%	22,0%	25,9%	
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) (inklusive Goodwill-Abschreibung)	29,4%	19,6%	24,8%	6,4%
Aufwand/Ertrag-Relation (ohne Goodwill-Abschreibung) ⁹	73,3%	74,4%	69,1%	
Aufwand/Ertrag-Relation (inklusive Goodwill-Abschreibung)	75,6%	76,4%	70,2%	74,6%
BIZ-Eigenkapitalquote zum Jahresende ¹⁰	12,6%	12,0%	11,5%	10,6%
Eigenkapital gemäß BIZ zum Jahresende ¹⁰	36 957	35 172	29 343	24 692
Mitarbeiter zum Jahresende	98 311	93 232	75 306	76 141
¹ Durch die Anwendung von IAS sind die Zahlen der Bilanz, GuV und die Kennziffern ab 1994 mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.	³ Durch die Anwendung des Bank-Bilanzierungsrechts sind die Zahlen der Bilanz von 1992 und 1993 mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar; in der GuV wurden die Vergleichszahlen angepasst.			
² Durch die Anwendung von SIC-16 sind die Zahlen der Bilanz, GuV und die Kennziffern von 1999 und 2000 mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.	⁴ ab 1998 ohne selbst erstellte Software			

			Zahlen nach HGB		
1996	1995	1994	1993 ³	1992 ³	1991
453 051	368 981	303 009	284 603	254 987	229 460
11 840	9 159	6 492	3 846	4 575	4 226
69 536	55 842	51 708	50 076	48 903	56 216
235 229	209 389	180 568	158 123	150 606	139 333
- 6 750	- 7 319	- 7 565			
90 587	56 670	33 556			
28 326	25 244	20 763			
5 305	4 633	4 600	6 310	5 694	5 132
210 324	193 990	178 201	170 154	164 391	153 246
109 392	91 446	63 327	54 700	50 553	52 462
192 056	154 096	134 917	141 093	123 844	116 265
24 040	23 727	23 065	23 898	23 228	21 294
69 497	49 470	42 125	42 367	35 868	30 462
98 519	80 899	69 727	74 828	64 748	64 509
72 404	64 880	58 295	55 981	51 368	42 885
22 013	18 414	15 193	12 817	11 290	5 168
5 330	4 244	4 200	4 185	2 948	614
15 180	14 338	13 230	10 745	9 880	8 726
1996	1995	1994	1993	1992	1991
5 391	5 527	5 777	5 985	5 573	5 281
338	678	1 237	1 680	977	849
3 502	2 864	2 861	2 989	2 367	2 125
1 649	1 040	531	1 021	580	570
317	311	286	261	47	38
683	105	444			
7 781	6 972	6 407	5 998	5 328	4 941
2 652	1 954	1 866			
152	131	58			
1 366	739	931	1 053	805	899
1 134	1 084	877	1 147	936	721
1996	1995	1994	1993	1992	1991
0,92 €	0,92 €	0,84 € ⁸	0,84 €	0,77 €	0,77 €
460	459	400 ⁸	398	355	352
2,19 €	2,16 €	1,82 €	2,35 €	1,99 €	1,53 €
2,16 €	2,10 €	1,78 €			
17,1 %	13,7 %	14,1 %	24,5 %	21,0 %	21,3 %
74,8 %	73,8 %	69,1 %	58,5 %	62,2 %	61,7 %
9,9 %	10,1 %	10,4 %	11,3 %	10,5 %	10,7 %
22 389	20 405	19 194	20 830	17 849	16 934
74 356	74 119	73 450	73 176	74 256	71 400

⁵ ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Wertpapierkassengeschäfte⁶ ab 1998 ohne Short-Positionen⁷ ab 1998 ohne Ertragsteuerverpflichtungen⁸ ohne Jubiläumsbonus von 0,15 € je Aktie beziehungsweise von 73 Mio €⁹ Vor dem Hintergrund der Akquisition von Bankers Trust wurden 1999 (mit Vergleich 1998) erstmalig Kennzahlen „ohne Goodwill-Abschreibung“ aufgenommen, um die materiellen Auswirkungen aller Goodwill-Abschreibungen offen zu legen.¹⁰ ab 1998 auf Basis IAS

ABSCHNITT III: AKTUELLE GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN

AKTUELLE GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN

1. Wesentliche nachteilige Veränderungen

Außer den in diesem Prospekt angegebenen sind seit Ende des letzten Geschäftsjahrs, für das ein Abschluß erstellt wurde, keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen der Finanzlage der Emittentin eingetreten, die die Fähigkeit, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, beeinträchtigen würden.

2. Verfahren

Außer den in diesem Prospekt angegebenen liegen keine sich auf die Emittentin oder mit ihr verbundene Unternehmen beziehenden Gerichts- oder Schiedsverfahren vor, die einen wesentlichen Einfluß auf die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, haben könnten oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben.

3. Rating

Die Langzeitverbindlichkeiten der Deutschen Bank AG sind von Moody's Investors Services mit Aa3 und von Standard & Poor's Corporation mit AA bewertet worden.

4. Aufsichtsrat

Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG ist nachstehend auf Seite III – 12 aufgeführt.

5. Vorstand

Die derzeitige Zusammensetzung des Vorstands der Deutsche Bank AG ist nachstehend aufgeführt:

Rolf-E. Breuer

Josef Ackermann

Jürgen Fitschen

Tessen von Heydebreck

Clemens Börsig

Thomas R. Fischer

Hermann-Josef Lamberti

Michael Philipp

6. Aktueller Zwischenbericht

Der jüngste nicht geprüfte Zwischenbericht der Deutsche Bank AG datiert vom 30. September 2001 und ist auf den folgenden Seiten wiedergegeben. Kopien des jüngsten Zwischenabschlusses vom 30. September 2001 stehen bei den angegebenen Geschäftsstellen der Zahl- und Verwaltungsstellen zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Konzern Deutsche Bank

Erfolgsrechnung		
in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Zinsüberschuss	5 000	4 769
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	561	239
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	4 439	4 530
Provisionsüberschuss	7 975	8 771
Handelsergebnis	6 879	5 431
Überschuss im Versicherungsgeschäft	314	264
Ergebnis aus Finanzanlagen	926	2 345
Verwaltungsaufwand	16 035	15 139
Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 758	- 265
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern	3 740	5 937
Restrukturierungsaufwand	82	26
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern	3 658	5 911
Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	904	1 543
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach Steuern	2 754	4 368
Außerordentliches Ergebnis	-	-
Ertragsteuern auf das Außerordentliche Ergebnis	-	-
Gewinn nach Steuern	2 754	4 368

Kennziffern zum Ergebnis je Aktie		
in €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	5,30	7,87
Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)	4,39	7,05
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	5,21	7,71
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)	4,31	6,91

Bilanz

Konzern Deutsche Bank

Aktiva		
in Mio €	30.9.2001	31.12.2000
Barreserve	15 100	17 972
Forderungen an Kreditinstitute	132 500	117 413
Forderungen an Kunden	382 652	373 605
Risikovorsorge	- 6 589	- 7 198
Handelsaktiva	255 800	290 404
Finanzanlagen	103 219	82 290
Immaterielle Vermögenswerte	8 056	8 553
Sachanlagen	6 844	9 196
Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften	30 238	28 900
Sonstige Aktiva	22 231	18 898
Summe der Aktiva	950 051	940 033

Passiva		
in Mio €	30.9.2001	31.12.2000
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	196 325	177 767
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	321 157	334 589
Verbriefte Verbindlichkeiten	199 281	200 741
Handelsspassiva	120 101	127 137
Rückstellungen	41 995	39 191
Sonstige Passiva	18 218	17 098
Nachrangkapital	15 132	15 410
Verbindlichkeiten	912 209	911 933
Anteile in Fremdbesitz	872	591
Gezeichnetes Kapital	1 591	1 578
Kapitalrücklage	10 946	10 626
Eigene Aktien	- 412	131
Gewinnrücklagen	13 646	14 109
Kumuliertes Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten „Available-for-sale“	8 372	-
Kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung	122	264
Konzerngewinn 2000	-	801
Konzerngewinn 1.1.–30.9.2001 (Gewinn nach Steuern, ohne Fremdanteile am Gewinn)	2 705	-
Eigenkapital	36 970	27 509
Summe der Passiva	950 051	940 033

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Konzern Deutsche Bank

Eigenkapitalveränderungsrechnung		
in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–31.12. 2000
Eigenkapital des Konzerns zum Ende des Vorjahrs	27 509	23 147
Gezeichnetes Kapital		
Erhöhung des Gezeichneten Kapitals der Deutschen Bank AG	+ 13	+ 5
Kapitalrücklage		
Einstellung des Aufgeldes aus der Erhöhung des Gezeichneten Kapitals	+ 320	+ 188
Eigene Aktien		
Bestand	– 515	– 119
Ergebnis	– 28	+ 132
Gewinnrücklagen		
Einstellung in Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	–	+ 4 071
Sonstige Veränderungen	– 463*	– 29
Kumuliertes Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten „Available-for-sale“	+ 8 372	–
Kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung		
Veränderung	– 142	+ 19
Konzerngewinn	+ 2 705	+ 801
Ausschüttung der Deutschen Bank AG	– 801	– 706
Eigenkapital des Konzerns zum Ende der Periode	36 970	27 509

* aus der Anwendung von IAS 39

Kapitalflussrechnung

Konzern Deutsche Bank

Cash Flow-Betrachtung		
in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende des Vorjahrs	17 972	21 879
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	+ 8 172	– 4 104
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	– 9 726	– 6 163
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	– 1 340	+ 978
Effekte aus Wechselkursänderungen	+ 22	+ 254
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende der Periode	15 100	12 844

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Konzern Deutsche Bank

Zinsüberschuss

in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren	31 825	28 062
Laufende Erträge*	758	842
Zinsaufwendungen für Einlagen, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	27 882	24 549
Ergebnis aus dem Leasinggeschäft	299	414
Insgesamt	5 000	4 769

* aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen, aus Anteilen an nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen und aus Anteilen an verbundenen Unternehmen

Zinsüberschuss

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Zulasten GuV gebildete Vorsorgen	1 103	1 084
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	504	686
Eingänge aus abgeschriebenene Forderungen	45	63
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Währungsabsicherung	+ 7	- 96
Insgesamt	561	239

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Provisionsüberschuss

in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Wertpapiergeschäft	3 198	3 853
Vermögensverwaltung	2 118	2 336
Zahlungsverkehr	569	576
Auslands- und Reisezahlungsmittelgeschäft	292	284
Kreditbearbeitung und Avalgeschäft	930	627
Übrige Bereiche*	868	1 095
Insgesamt	7 975	8 771

* insbesondere Provisionen aus Fusionsberatung (M&A) und aus dem Vermittlungsgeschäft

Provisionsüberschuss

Handelsergebnis

Handelsergebnis		
in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Effektenhandel	3 015	3 294
Devisen-, Metall- und Warenhandel	1 003	759
OTC-Derivate/Swaps	1 188	882
Andere Finanzgeschäfte	1 635*	720
Handelsergebnis	6 841	5 655
bereinigt um den Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Handel in Eigenen Aktien	+ 38	- 224
Handelsergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	6 879	5 431

* einschließlich Effekte aus der Anwendung von IAS 39

Ergebnis aus Finanzanlagen

Ergebnis aus Finanzanlagen		
in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Gewinne/Verluste aus Finanzanlagen	1 866	2 653
Zuschreibungen zu/Abschreibungen auf Finanzanlagen	- 940	- 308
Insgesamt	926	2 345

Verwaltungsaufwand

Verwaltungsaufwand		
in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Personalaufwand	9 926	9 798
Andere Verwaltungsaufwendungen*	6 109	5 341
Insgesamt	16 035	15 139

* inklusive Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung und andere Vermögensgegenstände

**Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen
aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**

in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Sonstige Erträge	540	538
Sonstige laufende Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	540	538
Andere Erträge	–	–
Sonstige Aufwendungen	1 298	803
Sonstige laufende Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	633	208
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	563	502
Sonstige Steuern	94	73
Andere Aufwendungen	8	20
Insgesamt	– 758	– 265

**Saldo der Sonstigen
Erträge/Aufwendungen
aus der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit****Restrukturierungsaufwand**

in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Aufwand für Restrukturierungsmaßnahmen	–	23
Bankers Trust Retention Payments	84	119
Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	2	116
Insgesamt	82	26

**Restrukturierungs-
aufwand**

Angaben zur Bilanz

Konzern Deutsche Bank

Forderungen an Kreditinstitute

Forderungen an Kreditinstitute				
in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	30. 9. 2001	31. 12. 2000	30. 9. 2001	31. 12. 2000
Täglich fällige Verrechnungen	5 881	8 709	27 697	10 993
Geldanlagen	3 927	4 855	81 068	75 967
Kredite	6 222	7 675	7 705	9 214
Insgesamt	16 030	21 239	116 470	96 174
davon: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	3 170	3 511	68 280	50 812

Die Forderungen an Kreditinstitute haben gegenüber dem Jahresende 2000 um 15 Mrd € auf 133 Mrd € zugenommen. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf den Anstieg von kurzfristigen Geldanlagen – insbesondere durch Wertpapiere unterlegte Geschäfte – und täglich fälligen Verrechnungen mit ausländischen Kreditinstituten zurückzuführen.

Forderungen an Kunden

Forderungen an Kunden		
in Mio €	30. 9. 2001	31. 12. 2000
Inländische Kunden	146 736	154 681
Ausländische Kunden	235 916	218 924
Insgesamt	382 652	373 605
davon: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	69 784	75 365

Der Anstieg der Forderungen an Kunden wirkte sich nur zum Teil im Kreditvolumen aus; die Ausweitung resultiert im Wesentlichen aus Wertpapierkassageschäften und anderen Forderungen, die nicht dem Kreditgeschäft zuzurechnen sind.

Kreditvolumen

Kreditvolumen		
in Mio €	30. 9. 2001	31. 12. 2000
Forderungen an Kunden*	293 049	289 897
Wechselkredite**	14	195
Kredite an Kreditinstitute	13 927	16 889
Insgesamt	306 990	306 981

* ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Wertpapierkassageschäfte

** soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen

Risikovorsorge

in Mio €	1.1.–30.9. 2001	1.1.–30.9. 2000
Stand der Risikovorsorge zum Ende des Vorjahrs	7 035*	7 892
Zugänge		
zulasten GuV gebildete Vorsorgen	1 103	1 084
Abgänge		
zweckbestimmte Verwendung	1 060	819
zugunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	504	686
Effekte aus Wechselkursänderungen	15	164
Stand der Risikovorsorge zum Ende der Periode	6 589	7 635

* nach Anpassung von –163 Mio € wegen Änderung des Konsolidierungskreises

Risikovorsorge

Handelsaktiva

in Mio €	30.9.2001	31.12.2000
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	142 054	152 338
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57 625	80 298
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	54 189	53 764
Sonstige Handelsbestände	1 932	4 004
Insgesamt	255 800	290 404

Handelsaktiva

Finanzanlagen

in Mio €	30.9.2001	31.12.2000
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	1 148	1 113
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	2 354	1 940
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	73 123	61 376
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	22 530	13 939
Sonstiger Anteilsbesitz	4 064	3 922
Insgesamt	103 219	82 290

Finanzanlagen

Zum 30.9.2001 beliefen sich die unrealisierten Gewinne aus der Marktbewertung der Schuldverschreibungen sowie der Aktien auf 0,7 Mrd € beziehungsweise 8,0 Mrd €.

Das Ergebnis ist nach Berücksichtigung latenter Steuern erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	30.9.2001	31.12.2000	30.9.2001	31.12.2000
Täglich fällig	14 894	9 089	53 329	43 086
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16 999	20 361	111 103	105 231
Insgesamt	31 893	29 450	164 432	148 317

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind aufgrund höherer täglich fälliger Einlagen ausländischer Kreditinstitute – vorwiegend durch Wertpapiere unterlegte Geschäfte – um insgesamt 19 Mrd € auf 196 Mrd € angestiegen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
in Mio €	Inländische Kunden		Ausländische Kunden	
	30.9.2001	31.12.2000	30.9.2001	31.12.2000
Spareinlagen	20 862	20 779	4 997	5 077
Mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von drei Monaten	7 913	6 422	3 480	3 564
von mehr als drei Monaten	12 949	14 357	1 517	1 513
Bauspareinlagen	2 573	2 482	–	–
Andere Verbindlichkeiten	86 183	86 344	206 542	219 907
täglich fällig	40 225	38 451	96 140	96 226
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	45 958	47 893	110 402	123 681
Insgesamt	109 618	109 605	211 539	224 984

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen – insbesondere durch den Rückgang befristeter Gelder ausländischer Kunden – um 13 Mrd € auf 321 Mrd € ab.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Verbriefte Verbindlichkeiten		
in Mio €	30.9.2001	31.12.2000
Begebene Schuldverschreibungen	112 866	94 401
Begebene Geldmarktpapiere	71 060	91 268
Sonstige	15 355	15 072
Insgesamt	199 281	200 741

Die Handelspassiva enthalten die Short-Positionen aus Wertpapier-Leerverkäufen in Höhe von 67 619 Mio € (2000: 73 118 Mio €) sowie Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen von Netting-Vereinbarungen mit Positiven Marktwerten aus Handelsaktiva verrechnet wurden, in Höhe von 52 482 Mio € (2000: 54 019 Mio €).

Handelspassiva

Rückstellungen		
in Mio €	30. 9. 2001	31.12. 2000
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4 413	4 237
Versicherungstechnische Rückstellungen	30 869	27 937
Restrukturierungsrückstellung	52	193
Sonstige Rückstellungen	6 661	6 824
Insgesamt	41 995	39 191

Rückstellungen

Restrukturierungsrückstellung			
in Mio €	Strategische Neuausrichtung des Konzerns	Andere Restrukturierungsprogramme	Insgesamt
Stand zum 1.1. 2001	51	142	193
Zuführung in der Berichtsperiode	–	–	–
Zweckbestimmte Verwendung für			
Personalmaßnahmen	27	74	101
Infrastrukturmaßnahmen	22	16	38
Auflösung	2	–	2
Stand zum 30. 9. 2001	0	52	52

Restrukturierungsrückstellung

Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Hilmar Kopper

Vorsitzender
Frankfurt am Main

Heidrun Förster*

stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank 24 AG,
Berlin

Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Siemens Aktiengesellschaft,
München

Heinz Brülls*

Deutsche Bank AG,
Aachen

Dr. Ulrich Cartellieri

Frankfurt am Main

Klaus Funk*

Deutsche Bank 24 AG,
Frankfurt am Main

Gerald Herrmann*

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

Sabine Horn*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Sir Peter Job

London (ab 2.10.2001)

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG,
Walldorf/Baden

Ulrich Kaufmann*

Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Adolf Kracht

Unternehmensberater,
München

Prof. Dr.-Ing. E. h.**Dipl.-Ing. Berthold Leibinger**

Geschäftsführender Gesellschafter
TRUMPF GmbH + Co. KG,
Ditzingen

Margret Mönig-Raane*

stellvertretende Vorsitzende der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

Dr. Michael Otto

Vorsitzender des Vorstands
der Otto-Versand (GmbH & Co.),
Hamburg

Klaus Schwedler*

GTG Gesellschaft für Technisches
Gebäudemanagement mbH,
Eschborn

Tilman Todenhöfer

stellvertretender Vorsitzender
der Geschäftsführung
der Robert Bosch GmbH,
Stuttgart

**Michael Freiherr Truchseß
von Wetzhausen***

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Lothar Wacker*

Deutsche Bank AG,
Köln

Dipl.-Ing. Albrecht Woeste

Vorsitzender des Aufsichtsrats
und Gesellschafterausschusses
der Henkel KGaA,
Düsseldorf

* von den Arbeitnehmern gewählt

KAPITEL IV: ZUSATZINFORMATIONEN

ZUSATZINFORMATIONEN

1. Steuerliche Behandlung

Handelt es sich bei dem Anleger um ein In Deutschland ansässiges Rechtssubjekt (wie nachstehend definiert) und hält der Anleger das X-pert ZertifikatTM („**X-pert**“) als private Kapitalanlage, können Einkünfte oder Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften nur vorbehaltlich bestimmter zusätzlicher Beschränkungen gegen steuerpflichtige private Kapitalerträge aufgerechnet werden, die im laufenden oder vorherigen Steuerjahr oder in nachfolgenden Steuerjahren realisiert werden bzw. wurden. Wird X-pert innerhalb eines Jahres nach der Anschaffung veräußert oder von der Emittentin eingelöst, unterliegen die privaten Kapitalerträge der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% der geschuldeten Einkommensteuer). Die Höhe der Einkünfte oder Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös bzw. dem von der Emittentin gezahlten Barausgleichsbetrag und den Kosten für die Anschaffung des Wertpapiers.

Der Begriff "**In Deutschland ansässige Rechtssubjekte**" bezeichnet eine natürliche Person mit Wohnsitz oder überwiegendem Aufenthaltsort in Deutschland sowie eine juristische Person, die ihren eingetragenen Sitz in Deutschland hat oder deren Management und Beherrschungsorgane sich in Deutschland befinden.

Handelt es sich bei dem Anleger nicht um ein in Deutschland ansässiges Rechtssubjekt, werden auf den Differenzbetrag zwischen dem Verkaufserlös bzw. Barausgleichsbetrag und dem Ausgabepreis bzw. den Kosten für die Anschaffung des X-perts Einkommen- oder Körperschaftsteuern (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% der geschuldeten Einkommen- oder Körperschaftsteuer) erhoben, sofern das X-pert dem Geschäftsvermögen einer Betriebsstätte (in diesem Fall werden auf das steuerpflichtige Einkommen zudem Gewerbesteuern erhoben) oder festen Einrichtung, die der Gläubiger in Deutschland unterhält, zugerechnet wird. Diese Bestimmungen finden auch auf in Deutschland ansässige Rechtssubjekte Anwendung, sofern das Wertpapier dem Geschäftsvermögen zugerechnet wird.

2. Abwicklung und Clearing

Die Globalurkunde wird bei Clearstream Banking AG hinterlegt und zum Clearing unter folgender Clearing- und Wertpapierkennnummer zugelassen.

ISIN: DE0007223737

WKN: 722373

3. Zahl- und Verwaltungsstelle in Deutschland.

Die Deutsche Bank AG, die über ihre Geschäftsstelle in Frankfurt am Main tätig ist, fungiert in Deutschland als Zahl- und Verwaltungsstelle. Die Zahl- und Verwaltungsstelle handelt in ihrer Funktion als Options- oder Zahlstelle unter folgender Anschrift: Alfred-Herrhausen-Allee 16-24, D-65760 Eschborn, Deutschland (Corporate Actions Department, Telefon: +49 (0) 69 910 66817, Telefax: +49 (0) 69 910 69218).

4. Einsehbare Dokumente

Alle Dokumente, die entsprechend den Anforderungen der Frankfurter Börse zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen müssen, können in der Geschäftsstelle der oben angegebenen Zahl- und Verwaltungsstelle in Deutschland eingesehen werden.

5. Ausübungsrechte und Ausübungsverfahren

Nach Maßgabe der Nr.2 der Produktbedingungen nimmt die Emittentin eine Ausübungsmitteilung von Gläubigern gemäß vorstehender Definition an (unter Gläubiger wird das Rechtssubjekt verstanden, das zum fraglichen Zeitpunkt in den Aufzeichnungen der zuständigen Clearingstelle als Berechtigter eines bestimmten Nennbetrags der Wertpapiere geführt wird).

EMITTENTIN

Deutsche Bank AG
Taunusanlage 12
D-60262 Frankfurt
Deutschland

ABSCHLUSSPRÜFER

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Marie-Curie-Straße 30
D-60439 Frankfurt am Main
Deutschland